

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	11
Klima & Energie	12
Konsum & Verbraucherschutz	16
Landwirtschaft & Gentechnik	17
Naturschutz & Biodiversität	19
Stadt & Region	21
Tierschutz & Ethik	22
Umweltpolitik & Umweltrecht	23
Verkehr & Tourismus	26
Wasser & Meere	27

VERBÄNDE



Aus den Verbänden	30
Preise & Ausschreibungen	31

SERVICE

Rezensionen	32
Internet	34
Neu erschienen	35
Impressum	35
Termine	36

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst	37
Qualitätssicherung: Schweiz bewertet Umweltbildung	

THEMEN DES MONATS

Energiepolitik

Zertifikate sind geduldig

RECS-Zertifikate können Atom- und Kohlestrom grün färben, aber auch echten Ökostrom zählen

Seite 2

Müllentsorgung

Etwas ist faul im Freistaat Sachsen

Auch ohne den Müll von Neapels Straßen ist die sächsische Abfallpolitik eine anrühige Sache

Seite 4

Biokraftstoffe

Pflanzensprit mit Ökolabel?

Das Bundesagrarministerium lässt ein Nachhaltigkeitszertifikat für die Biomasseproduktion entwickeln

Seite 6

Interview: Slowenien

„Wir sind oft besser als die Regierung“

Slowenien hat die EU-Ratspräsidentschaft inne, aber für seine Umweltschützer nicht viel übrig

Seite 25

Energiepolitik

Zertifikate sind geduldig

RECS-Zertifikate können Atom- und Kohlestrom grün färben, aber auch echten Ökostrom zählen

Das europaweite Zertifikatesystem RECS ist vom trockenen Technikbegriff zum kontroversen Medienthema geworden. Die Energiekonzerne deklarieren damit Strom aus ihren Kohle- und Atomkraftwerken zu Ökostrom um – so der Vorwurf. VerbraucherInnen sind verunsichert: Bringt der Wechsel zu einem Ökostromanbieter doch nichts für die Energiewende? Umweltverbände raten zu einem genauen Blick auf die Eigentumsverhältnisse. ■ VON ANKE SIEGERT, GRÜNE LIGA

Von Ökoschwindel und legaler Ökostromwäsche war die Rede. Die Stadtwerke Kassel, die ihre Energieversorgung komplett auf „Ökostrom“ umgestellt hatten, waren soeben noch hoch gelobt worden. Aber dann stellte sich heraus, dass sie lediglich sogenannte RECS-Zertifikate eingekauft hatten. Nun wurden sie in der gesamten deutschen Presse vom Spiegel bis zur kleinen Ökozeitung des Betrugs bezichtigt. Dabei ist das Problem mit den Zertifikaten schon vor Jahren erkannt und diskutiert worden. Damals erregte die Sache allerdings kein Aufsehen, denn Klimawandel und Ökostrom waren noch nicht so sehr Gegenstand des öffentlichen Interesses.

Was RECS-Zertifikate garantieren und was nicht

Das Renewable Energy Certificates System, kurz RECS, ist ein europäisches Handelssystem für Ökostromzertifikate. In Deutschland wurde die Trägerorganisation unter anderem von den Energiekonzernen Eon, RWE und Vattenfall gegründet. Als Ziel wird angegeben, einen europaweiten Ökostromhandel zu ermöglichen und dadurch erneuerbare Energien zu fördern. Zurzeit darf in 15 Ländern mit RECS gehandelt werden.

RECS funktioniert so: Ökostromerzeuger erhalten Zertifikate pro Kilowattstunde produzierten Stroms. Diese Zertifikate können sie frei handeln – der „ökologische Mehrwert“ des Stroms steckt im RECS-Zertifikat und ist unabhängig vom konventionellen Stromhandel. RECS zertifiziert also lediglich, dass eine bestimmte Menge Ökostrom tatsächlich produziert

und ins Netz eingespeist wurde. Wer ein Zertifikat kauft, hat damit das Recht, die entsprechende Menge eigenen Stroms als Ökostrom zu verkaufen. Durch die Zertifizierung soll sichergestellt werden, dass keine Doppelvermarktung von Ökostrom stattfindet.

Das Problem beginnt damit, dass der Begriff Ökostrom nicht geschützt ist. Während es den Energieriesen genügt, ihren sogenannten Graustrom – meist Atom- und Kohlestrom – durch eingekaufte Zertifikate zu „grünem“ Strom aufzuwerten, fordern die Umweltverbände einen tatsächlichen Umweltnutzen, nicht nur einen auf dem Papier. Sie verlangen von den Ökostromproduzenten eine direkte Förderung erneuerbarer Energien durch den Auf- und Ausbau von Anlagen zum Beispiel für Wind- und Solarstrom, um dem Ausstieg aus der Kohle- und Atomindustrie näher zu kommen.

Nordeuropas Wasserkraft macht Zertifikate billig

Ein weiterer Mangel der RECS-Zertifikate ist ihr Preis. Sie werden für etwa 0,05 Cent pro Kilowattstunde und damit viel zu billig angeboten. Erst das macht es für die Kohle- und Atomkraftwerksbetreiber wirtschaftlich lukrativ, die Zertifikate zur Umdeklarierung von Graustrom zu Ökostrom zu „missbrauchen“. Nur wenn die RECS-Zertifikate so teuer wären, dass sich für die großen Konzerne auf längere Sicht eher das tatsächliche Errichten und Betreiben von Ökostromanlagen lohnen würde, wäre dem Ausbau der erneuerbaren Energien gedient. Ein Anstieg der Nachfrage über das derzeit verfügbare Angebot an

Ökostrom hinaus würde zu dem gleichen Ergebnis führen, liegt aber zurzeit noch in zu weiter Ferne. Der Grund: Die meisten Zertifikate werden in Skandinavien gekauft. Ein Blick auf die Stromproduktion in Europa zeigt, dass es ein sehr großes Angebot an Wasserkraftstrom gibt und es beim derzeitigen Anstieg der Ökostromnachfrage noch Jahrzehnte dauern wird, bis die Nachfrage groß genug sein wird.

Atomausstieg selber machen

Im September 2006 entstand das bundesweite Bündnis Atomausstieg selber machen (ASM). Greenpeace, WWF, BUND, NABU, Grüne Liga und andere Umweltorganisationen schlossen sich zusammen, um ein gemeinsames Ziel voranzutreiben. Anlass für das breite Bündnis war die Aufkündigung des Atomkonsenses durch die Atomkraftwerksbetreiber RWE, Eon, Vattenfall und EnBW im Spätsommer 2006. Um den Atomausstieg zu beschleunigen, ruft ASM die BürgerInnen seitdem auf, zu einem Ökostromanbieter zu wechseln, damit Vattenfall, Eon & Co. die Gewinne gekürzt werden. Bei der Auswahl der empfohlenen Anbieter (siehe Kasten) hat ASM darauf geachtet, dass keine wirtschaftlichen Verflechtungen mit der Atom- und Kohlelobby bestehen. Der Stromwechsel bringt so gleich einen zweifachen Umweltnutzen. Zum einen wird das Risiko eines Atomunfalls verringert und der radioaktive Abfall reduziert, zum anderen wird das Klima geschützt, indem die CO₂-Emissionen aus der Verbrennung fossiler Energieträger sinken.

Michael Meyer, Kampagnen-Koordinator von Atomausstieg selber machen,

sieht eines der stärksten Argumente für den Stromwechsel im politischen Ansatz von ASM: „Ökostromanbieter sind ein wichtiger politischer Faktor. Sie sprechen mit, wenn es um Energierecht, um Ökostromförderung und um andere energiepolitische Fragen geht.“ Diese Position zu stärken sei uneingeschränkt sinnvoll, so Meyer. „Wir müssen die Geldströme umleiten und die Machtstrukturen in der Energiewirtschaft verschieben – weg von der Atomwirtschaft.“

Wichtiges Kriterium für VerbraucherInnen ist auch, welche neuen Kraftwerke der Ökostromanbieter mit ihrem Geld baut oder saniert. Denn nur mit neuen Wind-, Biomasse- und Wasserkraftwerken lassen sich bestehende fossile Kapazitäten verdrängen. Dabei muss der Neubau über das Maß an ohnehin stattfindender staatlicher Förderung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hinausgehen.

Die Eigentumsverhältnisse entscheiden

Dabei schließen die Ökostromanbieter Lichtblick und Elektrizitätswerke Schönau (EWS) die Verwendung von RECS-Zertifikaten nicht aus. Jedoch nicht, um Graustrom grün zu färben, sondern lediglich als technisches Nachweissystem, also als Register. EWS-Gründer Michael Sladek betont, dass RECS-Strom auf keinen Fall mit Ökostrom gleichgesetzt werden dürfe. Ökostrom muss nach dem Verständnis von EWS deutlich mehr Nachweise erbringen als nur den, dass irgendwo Regenerativenergie in der gleichen Menge ins Stromnetz eingespeist wurde. Atomausstieg selber machen legt keinen generellen Einspruch gegen die RECS-Zertifikate ein, da die ASM-Kriterien von allen vier empfohlenen Ökostromanbietern erfüllt werden. Sowohl Greenpeace energy und Naturstrom, die keine RECS-Zertifikate verwenden, als auch Lichtblick und EWS werden von ASM als sichere Ökostromanbieter empfohlen. Abgesehen von einer möglichen Verwirrung der VerbraucherInnen ist dagegen auch nichts einzuwenden. Ein Wermutstropfen bleibt aber: Vattenfall, Eon und RWE sitzen im RECS-Trägerverein. Allein deshalb wäre es

optimal, wenn sich die „echten Ökostromanbieter“ von allen fragwürdigen Systemen fernhielten. Leider haben fast alle Praktiken ihr Für und Wider und zurzeit gibt es keine europaweite Alternative.

Mit RECS gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz

Interessant ist, dass RECS ursprünglich von der Stromwirtschaft ins Leben gerufen wurde, um das EEG zu verhindern. Das rot-grüne Gesetz aus dem Jahr 2000 garantiert den Anlagenbetreibern über einen bestimmten Zeitraum einen festen Vergütungssatz für den von ihnen erzeugten Ökostrom. Das EEG gilt als erfolgreichstes Instrument der deutschen Umweltpolitik und wurde bis heute von fast 50 Staaten in seinen Grundzügen übernommen. Bis 2020 soll der Anteil erneuerbarer Energien an der deutschen Stromversorgung auf mindestens 20 Prozent ansteigen. 2007 waren schon 14 Prozent erreicht. Auch wenn als Ziel von RECS ebenfalls die Förderung regenerativer Energien angegeben wird, so ist dies allein mit Zertifikaten nicht zu erreichen. RECS-Zertifikate können das EEG nicht ersetzen. Genau deshalb trommeln die Stromriesen gegen das EEG und für ein Zertifikatesystem. Unabhängig davon wird aber eine gute und transparente europäische Stromkennzeichnung, bei der jede Kilowattstunde Strom einen Nachweis bekommt, dringend gebraucht.

Das Ziel ist die Energiewende

Was bleibt von der RECS-Debatte? Im schlimmsten Fall wird der Atom- und Kohlelobby ein Vorteil verschafft, da manche VerbraucherInnen durch die Medienschlacht so verunsichert sind, dass sie den Stromwechsel lieber bleiben lassen. Im besten Fall machen sich Ökostromanbieter, Umweltverbände und kritische StromkundInnen noch einmal klar, was eigentlich das gemeinsame Ziel ist. Nämlich nicht, den einen oder anderen Ökostromanbieter mit Schlagworten anzuschwärzen, sondern die Energiewende voranzutreiben und 20, 50, ja 100 Prozent Ökostrom zu erreichen. Ein RECS-Zertifikat an sich ist also weder

Ökostromanbieter-Check

Die vier vom Aktionsbündnis „Atomausstieg selber machen“ benannten Ökostromanbieter Elektrizitätswerke Schönau (EWS), Greenpeace energy, Lichtblick und Naturstrom erfüllen die folgenden Kriterien:

1. Es besteht keine eigentumsrechtliche Verflechtung mit einem Stromanbieter, der Atom- oder Kohlekraftwerke betreibt oder mit Strom aus diesen Quellen handelt.
2. Ausschließlich „grüner Strom“ wird geliefert: Der Strom des Anbieters, wie er in der Stromkennzeichnung anzugeben ist, muss mindestens zur Hälfte aus erneuerbaren Energien stammen. Der Rest kann aus gasbetriebenen Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen kommen.
3. Alle StromkundInnen in Deutschland müssen zu diesem Anbieter wechseln können.

► www.atomausstieg-selber-machen.de

„gut“ noch „böse“. Was überwiegt, hängt von seiner jeweiligen Verwendung ab. Wer Ökostrom beziehen möchte, der einen tatsächlichen Umweltnutzen leistet, sollte die Kriterien beachten, die das ASM-Bündnis aufgestellt hat. Möchte man zwischen tatsächlichem und angeblichem Ökostrom unterscheiden, führt der Blick auf die Zertifikate nicht ans Ziel. Auch wenn einem die großen Energiekonzerne weismachen möchten, dass allein die Verwendung von RECS-Zertifikaten schon das Prädikat „Öko“ verdient.

Anke Siegert ist Biologin. Beim ostdeutschen Umweltnetzwerk Grüne Liga ist sie verantwortlich für bundesweite Öffentlichkeitsarbeit unter anderem zu Energiethemen.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 2044-745,
Fax -468, E-Mail:
oeffentlichkeitsarbeit@
grueneliga.de,
www.grueneliga.de



Müllentsorgung

Etwas ist faul im Freistaat Sachsen

Auch ohne den Müll von Neapels Straßen ist die sächsische Abfallpolitik eine anrühige Sache

Die Müllberge auf den Straßen von Neapel sorgten international für Schlagzeilen. Weniger bekannt ist, dass Sachsen schon länger italienische Siedlungsabfälle einführt, um seine überdimensionierten Behandlungsanlagen auszulasten. Damit wachsen auch die mit der Beseitigung verbundenen Umweltprobleme. Vor allem, wenn die Abfälle schlecht verpackt gelagert werden, zu faulen beginnen und ganzen Dörfern den Atem nehmen. ■ VON MARIA ELANDER, DUH

Wenn es um Müll geht, wird man in Sachsen schnell nervös. Spaziergänger am Rande der Deponie Spröda im Nordwesten des Freistaats werden, kaum dass sie einmal stehen bleiben, von Wachleuten in Tarnhosen unmissverständlich aufgefordert, die Umgebung der nicht einmal eingezäunten Deponie zu verlassen. Die Aufpasser notieren auch die Kennzeichen von Autos, die in eine nahe gelegene Nebenstraße der Bundesstraße 183a einbiegen, und ermitteln später den Fahrzeughalter. Notfalls folgen sie Fahrzeugen mit fremden Kennzeichen im Geländewagen.

Aus Hausmüll wird „Ersatzbrennstoff“

Dabei hat die Deponie Spröda seit 2006 eine ordentliche Zulassung: als Zwischenlager für Abfallfraktionen aus der rund 50 Kilometer entfernten mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage (MBA) in Cröbern. Die MBA betreibt der Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen. Dort werden Siedlungsabfälle vorbehandelt, wie es im Fachjargon heißt. Der Müll wird dazu erst zerkleinert und dann in sogenannte Fraktionen sortiert. Wertstoffe wie Metalle werden aussortiert, ebenso der Bioabfall mit geringem Heizwert, der biologisch behandelt und danach meist deponiert wird.

Bis zu 45 Prozent der Abfallmenge haben jedoch einen so hohen Heizwert, dass sie fossile Brennstoffe in Stahl-, Zement- oder Heizkraftwerken ersetzen können. Der Fachmann spricht von thermischer Verwertung des Mülls. Diese „heizwertreiche Fraktion“ im Müll besteht unter anderem aus Papier, Kunststoffen

und Verbundstoffen, die gezielt aussortiert werden. Aus der heizwertreichen Fraktion kann in einem weiteren Produktionsschritt ein sogenannter Ersatzbrennstoff (EBS) werden, der einen höheren Brennwert als das Ausgangsmaterial besitzt und deswegen ein hochwertiger Brennstoff für die Industrie ist.

Einbahnstraße bei den Kreiswerken

Soweit die Theorie. Alleiniger Abnehmer der heizwertreichen Fraktion der MBA Cröbern ist die Kreiswerke Delitzsch GmbH. Dieser Firma verdankt die Abfallbehandlungsanlage ihre amtliche Zulassung, denn die Kreiswerke wollen entsprechend einer Annahmeregulation aus den heizwertreichen Fraktionen EBS herstellen und beteuern, dass es ausreichend Abnehmer dafür gebe. Zwischen der MBA Cröbern und der Verarbeitung zu Ersatzbrennstoff sind jedoch Zwischenlager wie die auf der Deponie Spröda zwischengeschaltet, wo die heizwertreichen Fraktionen zwischengelagert werden dürfen. Allerdings war die Voraussetzung für die Erteilung von Genehmigungen zur Zwischenlagerung in Spröda die zeitnahe Verarbeitung und anschließende Verwertung von EBS in Heizkraftwerken beziehungsweise in Zement- oder Stahlwerken. Seit etwa zwei Jahren wurde jedoch der größte Teil der von den Kreiswerken Delitzsch aus Cröbern abgenommenen heizwertreichen Fraktion in Kunststoffolie verpackt und in sogenannten Zwischenlagern als Ballen gelagert – in Spröda sowie in Bitterfeld in Sachsen-Anhalt und Senftenberg in Brandenburg.

Aus einem potenziellen Sekundärroh-

stoff wird so wieder Müll. Damit nämlich aus heizwertreichen Fraktionen verwertbarer Ersatzbrennstoff werden kann, darf die Qualität während der Zwischenlagerung nicht leiden. Die Betreiber hofften, dass das luftdichte Einpacken in Folie vor der Lagerung auf der Deponie ausreichen würde. Aber die verpackte heizwertreiche Fraktion aus der MBA in Cröbern ist feucht und mit organischen Anhaftungen wie Lebensmittelresten verunreinigt. Es gärt daher in den intakten Ballen, Bakterien und Pilze lösen anaerobe biochemische Prozesse aus. Als Folge dieser Zersetzungsreaktionen bilden sich neben Abbauprodukten erhebliche Mengen an Gasen, je nach Prozess beispielsweise Methan und Kohlendioxid. Die luftdichten Ballenumhüllungen werden zunehmend strapaziert und platzen schließlich durch den entstehenden Überdruck auf. In den beschädigten Ballen geht die Zersetzung der heizwertreichen Fraktion durch aerobe Reaktionen weiter. Ein Teil der Ballen wird auch schon beim Transport und vor allem bei Ladevorgängen beschädigt.

In Spröda stinkt es

Am 25. Januar versicherte der sächsische Umweltminister Roland Wöller (CDU) nach einer parlamentarischen Anfrage des grünen Abgeordneten Johannes Lichdi im Landtag, dass beschädigte Ballen im Zwischenlager Spröda bereits neu umwickelt seien. Doch von der Deutschen Umwelthilfe (DUH) am 31. Januar veröffentlichte Fotos aus dem Kurzzeitzwischenlager in Spröda widerlegen Wöllers Darstellung.⁽¹⁾ Die vier Tage zuvor aufgenommenen Bilder zeigen, dass sich ein Großteil der Ballen

in Auflösung befindet. Seitdem sind die beschädigten Ballen und die großen Mengen an losem Material ungeschützt der Witterung ausgesetzt. Die Zersetzungsprozesse gehen ungehemmt weiter, was die in der Nachbarschaft lebenden Menschen beständigen können: In Spröda stinkt es.

Die Veröffentlichung der DUH hat den Handlungsdruck für die sächsischen Behörden und die Delitzscher Kreiswerke gesteigert. Nur einen Tag später ordnete das Regierungspräsidium Leipzig als zuständige Behörde an, dass die widerrechtliche Lagerung aufgerissener Ballen mit heizwertreichen Fraktionen auf der Deponie Spröda beendet werden müsse. Beschädigte Ballen seien sofort abzutransportieren und zu verwerten. Seitdem ist man in Spröda nervöser geworden, wenn es um die zwischengelagerten Ballen geht.

Unehnte Zwischenlager, echte Gewinne

Die Realität hat die Kreiswerke Delitzsch eingeholt. Die in Spröda seit 2006 zwischengelagerten Mengen an heizwertreicher Fraktion müssten schnellstmöglich abtransportiert werden. Doch wohin der Müll gebracht und wie er weiter verwertet werden kann, bleibt offen. Denn so heizwertreich diese Fraktionen auch sind – ihre Weiterverarbeitung kostet. Eine „ewige Zwischenlagerung“ bringt den Kreiswerken dagegen sogar noch richtig Geld ein. Der Bürgerverein Sauberes Delitzscher Land e.V. hat ausgerechnet, dass die tatsächliche Verwertung der von den Kreiswerken vertragsgemäß übernommenen heizwertreichen Fraktionen aus der MBA Cröbern unter den vereinbarten Randbedingungen zum Verlustgeschäft werden muss. Werden die abgenommenen Mengen aber gar nicht zu EBS verarbeitet, sondern immer weiter „zwischenlagert“, erzielen die Kreiswerke Umsatzerlöse, die gewinnträchtig verbucht werden können: Sie erhalten laut Bürgerverein 90 Euro pro Tonne abgenommener heizwertreicher Fraktion und haben nur 36 Euro Zwischenlagerkosten.⁽²⁾

Im Zwischenlager Spröda zeigt sich jedoch nur ein Glied einer langen Kette dubioser sächsischer Müllgeschäfte. Seit

August 2006 nehmen die Kreiswerke Delitzsch nach Aussagen des MBA-Betreibers in Cröbern vertragsgemäß die volle Menge heizwertreicher Fraktion ab: jährlich bis zu 120.000 Tonnen. Medienberichten zufolge räumen die Kreiswerke selbst ein, dass sie nur einen sehr bescheidenen Teil der aus Cröbern übernommenen heizwertreichen Fraktionen auch tatsächlich verarbeiten oder verarbeiten lassen. Im Jahr 2007 war es nur ein knappes Viertel. Der Rest wurde – und wird zum größten Teil auch heute noch – in weitere Zwischenlager verbracht, vor allem auf eine Deponie bei Bitterfeld.

Deponieverbot wird untergraben

Seit dem 1. Juni 2005 dürfen keine unvorbehandelten Siedlungsabfälle auf Deponien mehr abgelagert werden. Wesentliches Ziel dieser europäischen Regelung war die Vermeidung von Abfällen, die deponiert werden müssen. Außerdem sollte damit erreicht werden, dass deutlich weniger Mengen an klimaschädlichen Deponiegasen – vor allem Methan – in die Atmosphäre gelangen. Wenn die heizwertreichen Fraktionen aber nun kaum verwertet, sondern nur „zwischenlagert“ werden, präsentiert sich ein altes Problem lediglich im neuen Gewand. Die liberal genehmigte Zwischenlagerung von Abfällen könnte dann zum Schlupfloch für eine Rückkehr zur umweltbelastenden Deponierungspraxis vergangener Zeiten werden.

Überkapazitäten nicht nur in Sachsen

Am Beispiel Cröbern ist zu sehen, dass regional zum Teil erhebliche Überkapazitäten in der Vorbehandlung von gemischten Siedlungsabfällen vorhanden sind, aber keine überzeugenden Konzepte für eine nachhaltige Verwertung der heizwertreichen Fraktion existieren. Die Tendenz zu Überkapazitäten in der Abfallbehandlung beschränkt sich aber nicht auf Sachsen. Branchenkenner warnen schon seit Jahren vor Überkapazitäten in der Abfallbehandlung in Deutschland. Der Bundesverband der deutschen Entsorgungswirtschaft hat im Juni 2007 Zahlen veröffentlicht, die prognostizieren, dass

sich bereits im Jahr 2008 ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Kapazität und Abfallaufkommen einpendeln wird. Gleichzeitig werden die Abfallmengen weiter zurückgehen: von 18,1 Millionen Tonnen im Jahr 2008 auf 16,8 Millionen Tonnen im Jahr 2015. Trotzdem werden im großen Stil noch immer weitere Müllverbrennungsanlagen geplant und errichtet.

Mülltourismus hat keine Zukunft

Die mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage in Cröbern wurde für jährlich 300.000 Tonnen Müll geplant und genehmigt. Um die MBA wirtschaftlich zu betreiben, muss sie gut ausgelastet sein. Deshalb wurden von Mai 2007 bis Ende Januar 2008 in Cröbern auch über 70.000 Tonnen gemischte Siedlungsabfälle aus privaten Haushalten in Italien behandelt. Solche Importe von Siedlungsabfällen zur Beseitigung bringen zwar für einzelne Anlagenbetreiber große Gewinne, führen aber zur Verzögerung des Aufbaus von angemessenen Behandlungskapazitäten im Herkunftsland und zu einer Verlagerung der mit der Beseitigung verbundenen Umweltauswirkungen. Diese Art des Mülltourismus darf es künftig nicht mehr geben. Die zuständigen Landesbehörden können ohne Begründung Importe von gemischten Siedlungsabfällen ablehnen. Sie müssten von dieser Möglichkeit nur konsequenter Gebrauch machen.

Anmerkungen

- ▶ (1) www.kurzlink.de/deponiesproeda-duh
- ▶ (2) www.kurzlink.de/mbacroeborn-bilanz

Maria Elander studierte Umweltpolitik und Physik und arbeitete als Expertin für ökologische Industriestandards im Umweltbundesamt. Seit 2007 leitet sie den Bereich Kreislaufwirtschaft bei der Deutschen Umwelthilfe (DUH) in Berlin.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 /
2400867-41, Fax -19,
E-Mail: elander@duh.de,
[www.duh.de/
projekte.html](http://www.duh.de/projekte.html)



Biokraftstoffe

Pflanzensprit mit Ökolabel?

Das Bundesagrarministerium lässt ein Nachhaltigkeitszertifikat für die Biomasseproduktion entwickeln

Vor einem Jahr hat die EU ehrgeizige Ziele zur Förderung von Biokraftstoffen beschlossen. Doch seit den Berichten über Regenwaldabholzung und Monokulturen fordern Umweltexperten die Einhaltung strenger ökologischer und sozialer Kriterien. Zu den Ländern, die ein Zertifizierungssystem erarbeiten, gehört jetzt auch Deutschland. Kürzlich startete eine Pilotphase. Das Modell dazu hat eine Consultingagentur entwickelt. ■ VON NICOLE PAUL, FNR

Biokraftstoffe zählen zu den erneuerbaren Energien. Doch ist die Energieerzeugung aus pflanzlichen Rohstoffen seit geraumer Zeit Gegenstand heftiger Diskussionen. Umweltgruppen in Nord und Süd sprechen ihr die Nachhaltigkeit ab – differenziert oder auch pauschal, teils mit sachlichen, teils mit emotionalen Begründungen. Sowohl die EU-Kommission als auch die Bundesregierung sehen in ihren aktuellen Gesetzesentwürfen für die Förderung von Biokraftstoffen vor, dass die Nachhaltigkeit der Erzeugung nachgewiesen sein muss.

Einen solchen Nachweis könnten Zertifikate erbringen. Funktionierende Zertifizierungssysteme gibt es bereits, etwa im Kaffee- und Holzsektor. Dort ist ihr Einsatz jedoch freiwillig und deckt demzufolge nur Teilmärkte ab. Hier dagegen soll ein Verfahren entwickelt werden, das

möglichst die gesamte Biomasseproduktion erfasst. Denn der Markt für Rohstoffe wie Palm- und Sojaöl, die für Energie- und Nahrungszwecke gleichermaßen geeignet sind, wächst ständig. Wird er nur teilweise kontrolliert, droht der nicht zertifizierte Teil auf Regenwald- oder andere wertvolle Flächen auszuweichen, womit nichts gewonnen wäre.

Nur ein umfassendes System hat Wirkung

2007 hat das Kölner Unternehmen meó Consulting Team mit Förderung des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMELV) ein Konzept für die Zertifizierung von Biomasse zur Energieerzeugung entwickelt. Damit soll die Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien vor allem bei der Biokraftstoffproduktion belastbar nachgewiesen werden können. Am 1. Februar startete

nun mit BMELV-Finanzierung eine zweijährige Pilotphase, die zeigen soll, wie praxistauglich der Ansatz ist.

Das meó-Modell ist so konzipiert, dass es nach der Pilotphase sämtliche pflanzlichen Rohstoffe, Erzeugerländer und Verwendungspfade einbeziehen kann. Mit der EU, Argentinien, Brasilien, Indonesien und Malaysia sind schon jetzt fast alle wichtigen Rohstoffproduzenten dabei. Die spätere Überführung in ein globales System gelingt jedoch nur, wenn auch die Nachfrageseite mitzieht, das heißt, wenn verarbeitende Industrie und Politik weltweit Nachhaltigkeit von den Lieferanten einfordern und dies gesetzlich verankern.

Das Projektmanagement der Pilotphase liegt ebenfalls bei meó. Die Kölner beteiligten Unternehmen aus Landwirtschaft, Handel, Biokraftstoffindustrie, Automobil- und Mineralölindustrie sowie Forschungs-

Nachhaltigkeit

A-Z



B wie Biotechnologie

Mehr Nahrungsmittel für Hungernde und bessere Medikamente? Oder unkontrollierbare Gefahren für Mensch und Umwelt? Am Thema Biotechnologie in Landwirtschaft und Medizin scheiden sich die Geister. Das Projekt »Konkrete Diskurse« zeigt, wie sich Schüler(innen) und Studierende an der Diskussion beteiligen können, indem sie Quellen sichten, das eigene Urteil schärfen und bioethischen Fragen mit Methoden der Theaterpädagogik nachgehen.

J. Dietrich
Konkrete Diskurse zur ethischen Urteilsbildung
 Ein Leitfaden für Schule und Hochschule am Beispiel moderner Biotechnologien
 oekom verlag, München 2008, ca. 171 Seiten, 29,90 EUR,
 ISBN 978-3-86581-094-6

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
 Fax +49/(0)81 91/970 00-405

Die guten Seiten der Zukunft



und Umweltschutzeinrichtungen an dem Projekt. Neben der Auswahl einer geeigneten Zertifizierungsmethode steht auch der Nachweis der Treibhausgasemissionen entlang der Wertschöpfungsketten auf der Agenda. Zudem sollen mit Hilfe eines Metasystems andere Zertifizierungsansätze und -systeme integriert werden. Damit soll vermieden werden, dass Biomasselieferanten die Anforderungen gleich mehrerer kostenaufwendiger Zertifizierungsverfahren erfüllen müssen.

Drei verschiedene Ansätze

Als Zertifizierungsmethoden existieren international drei relevante Ansätze:

- ▶ Bei „Book & Claim“ sind die Zertifikate nicht an konkrete Biomasseströme gekoppelt. Stattdessen werden Agrarbetriebe für ihren umweltgerechten Anbau zertifiziert, sie verkaufen ihre Biomasse und ihre Zertifikate jedoch auf zwei getrennten Märkten. Der Biokraftstoffhersteller wiederum erwirbt für die von ihm eingesetzte Biomasse die entsprechende Menge Zertifikate über einen elektronischen Handelsplatz. Die Biomasse selbst muss aber nicht aus dem zertifizierten Betrieb stammen. Dreh- und Angelpunkt ist die Nachfrage nach den Zertifikaten. Wird sie stimuliert, etwa durch die geplante Nachhaltigkeitsverordnung in Deutschland, steigt die Zahl der zertifizierten Betriebe und damit auch die nachhaltige Produktion. Book & Claim gilt als leicht installierbar, kostengünstig und relativ betrugssicher. Ein derart pragmatisches System könnte verhindern, dass bei einem geschätzten Nachfragenvolumen von 6 bis 7 Milliarden Litern Biokraftstoff in Deutschland für 2015 der administrative Aufwand ausufert.
- ▶ Die sogenannte Massenbilanzmethode (Mass Balance) koppelt die Nachhaltigkeitsnachweise an physische Biomasseströme. Es ist allerdings möglich, diese beim Transport und auch bei der Lagerung mit nicht nachhaltig erzeugter Biomasse zu mischen. Das Mischungsverhältnis muss entlang der Handelskette erfasst und überprüft werden.

- ▶ „Hard IP“ ist das strengste Modell. IP steht für Identity Preservation, deutsch Herkunftsnachweis. Das Zertifikat begleitet die Biomasse von der Erzeugung bis zur Verwendung, die Rohstoffe dürfen ausschließlich getrennt von nicht nachhaltig erzeugter Ware gelagert und gehandelt werden.

Welche der drei Methoden am praxistauglichsten ist, soll sich in der Pilotphase herausstellen.

Für Andreas Schütte, Geschäftsführer der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR), ist das gesamte méo-Vorhaben, das die FNR als Projektträger des Bundeslandwirtschaftsministeriums betreut, der zurzeit am weitesten gediehene und konkreteste Ansatz zum Nachweis von Nachhaltigkeit. Zugleich sei es sehr umfassend:

Es beziehe nicht nur die meisten großen Anbau- und Handelsländer mit ein, sondern decke mit Soja, Zuckerrohr, Ölpalmen, Mais, Raps, Weizen und Zuckerrüben auch alle wichtigen Rohstoffe ab. Das System müsse so schnell wie möglich auf die gesamte Agrarrohstoffe verarbeitende Industrie übertragen werden.

Nicole Paul ist Politologin und seit 2004 bei der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe in Gülzow (Mecklenburg) in der Öffentlichkeitsarbeit tätig.

Kontakt:
Tel. +49 (0)3843 /
6930-142, Fax -220
E-Mail: n.paul@fnr.de,
www.nachwachsende-
rohstoffe.de



Rechtliche Grundlagen für die Zertifizierung von Biokraftstoffen

Grundlage für die Biotreibstoff-Zertifizierung sind mehrere Gesetzestexte und -entwürfe aus Brüssel und Berlin:

Auf EU-Ebene ist der Richtlinien-Entwurf der Europäischen Kommission zur Förderung erneuerbarer Energien vom Januar relevant, der neben einem für alle EU-Mitgliedstaaten gleich hohen verbindlichen Biokraftstoffanteil von zehn Prozent auch Aussagen zu dessen Nachhaltigkeit macht: So sollen nur Biokraftstoffe anrechenbar sein, die mindestens 35 Prozent Treibhausgase gegenüber Mineralölprodukten einsparen und nicht von wertvollen Flächen stammen. Als Zertifizierungsmethode favorisiert die Kommission die Massenbilanzmethode (Mass Balance), die 2010 und 2012 aber in der EU noch einmal zur Diskussion gestellt werden soll.

- ▶ Entwurf: www.ec.europa.eu/energy/climate_actions/doc/2008_res_directive_de.pdf

Im vergangenen Dezember legte die Bundesregierung einen Entwurf für eine Nachhaltigkeitsverordnung für Biokraftstoffe vor, die unter anderem vorschreibt, dass das Treibhausgasminderungspotenzial mindestens 30 Prozent und ab

1. Januar 2011 mindestens 40 Prozent betragen muss. Zudem werden Flächen definiert, die für die Biokraftstoffproduktion tabu sind. Die sogenannte Schnittstelle, die die Nachhaltigkeit für die gesamte Wertschöpfungskette belegen muss, soll der Betrieb sein, der aus der eingesetzten Biomasse Biokraftstoffe herstellt. Ist diesem Betrieb eine Ölmühle vorgelagert, ist diese zusätzlich Schnittstelle. Schnittstellen müssen Mitglied in einem Zertifizierungssystem sein.

- ▶ Entwurf: www.bmu.de/erneuerbare_energien/downloads/doc/40712.php

Die deutsche Nachhaltigkeitsverordnung ist zurzeit zur Notifizierung bei der EU-Kommission. Diese kann eine Anpassung der Verordnung fordern, wenn sie zu stark von ihren eigenen Vorstellungen abweicht.

In Europa arbeiten außerdem noch Großbritannien, die Schweiz und die Niederlande an Zertifizierungssystemen beziehungsweise an rechtlichen Rahmenbedingungen dafür.

- ▶ www.dft.gov.uk/pgr/roads/environment/rfto
- ▶ <http://cgse.epfl.ch/page65660.html>

ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Abfallimporte steigen

Deutschland eine Sondermülldeponie?

■ Die Einfuhr von gefährlichem Sondermüll nach Deutschland ist 2006 auf 2,3 Millionen Tonnen angestiegen. Dem Umweltbundesamt (UBA) zufolge wächst die Menge seit 2001 kontinuierlich an. Als gefährlicher Müll eingestuft werden zum Beispiel Säuren, Quecksilber, Blei, Chemikalien und Altöl. Nach Angaben des UBA wird der Sondermüll zum größten Teil weiterverarbeitet. Etwa 300.000 Tonnen jährlich landeten jedoch unter der Erde in ehemaligen Stollen und Salzbergwerken, berichtete die Süddeutsche Zeitung Ende Januar.

Die Abfallimporte insgesamt belaufen sich laut UBA auf knapp 18 Millionen Tonnen, darunter hauptsächlich Stahlschrott. Der größte Anteil der etwa 5,6 Millionen Tonnen genehmigungspflichtigen Abfalls kam 2006 aus den Niederlanden, Irland und Italien nach Deutschland. Nichteuropäische Staaten lieferten etwa 300.000 Tonnen. Die Bundesländer mit der höchsten Abnahmequote des Sonder-

mülls waren 2006 Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Sachsen. [io]

► Umweltbundesamt, Dr. Joachim Wuttke, Dessau, Tel. +49 (340) / 2103-3459, www.uba.de

Siedlungs- und Verpackungsabfälle

EU vermüllt weiter

■ Die EU-Ziele zur Reduzierung von Siedlungs- und Verpackungsmüll wurden nicht erreicht. Das geht aus im Januar veröffentlichten Analysen der Europäischen Umweltagentur (EEA) hervor. Die durchschnittliche pro Kopf produzierte Menge an Siedlungsmüll in Westeuropa beträgt meist über 500 Kilogramm. Bis zum Jahr 2000 sollte sie eigentlich auf 300 kg/Kopf stabilisiert sein, so steht es im 5. Umweltaktionsprogramm. Die neuen Mitgliedstaaten produzieren weniger Siedlungsmüll, das Müllaufkommen sinkt statistisch gesehen sogar leicht. Vermutet wird allerdings, dass dieses nur an der Art der Messung liegt, da viele Länder früher das Gewicht mit Hilfe des Volumens geschätzt haben.

Verpackungsmüll nimmt entgegen den Zielvorgaben der Verpackungsrichtlinie zu. Zwischen 1997 und 2004 wuchs das Verpackungsmüllvolumen rasanter als

das Bruttoinlandsprodukt der Union. Das Verpackungsmüllaufkommen pro Kopf variiert sehr stark zwischen den Mitgliedstaaten. Spitzenreiter ist Italien mit 209 Kilogramm, wohingegen die Slowakei und Litauen bei nur 69 Kilogramm liegen.

Einzig ihre selbst gesteckten Ziele für das Recycling von Verpackungsmüll hält die EU ein. So erreichte sie schon fast 2004 ihre 55-Prozentquote für 2008. Hier gibt es erneut große Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten. Während in Belgien um die 76 Prozent recycelt werden, sind es in Zypern nur 22 Prozent. [io]

► EEA, Kopenhagen, Tel. +45 (0)33 / 3671-00, Fax -99, www.eea.eu

Klimaeffekte von Müll

Steigende Abfallmengen schlecht fürs Klima

■ Bis zum Jahr 2020 werden die EU-BürgerInnen pro Kopf und Jahr rund 680 Kilogramm Müll produzieren. Das hat die Europäische Umweltagentur (EEA) in einer Studie berechnet. 1995 waren es noch 460, 2004 bereits 520 Kilogramm. Innerhalb der berechneten 25 Jahre entspricht dies einem Anstieg von 25 Prozent. Dies ist

UNDISZIPLINIERT!

FORSCHUNG OHNE FACHGRENZEN

GAIA – ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN
FÜR WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT

ist eine transdisziplinäre Zeitschrift für Wissenschaftler und
Wissenschaftsinteressierte, die sich mit Hintergründen, Analysen
und Lösungen von Umwelt- und Nachhaltigkeitsproblemen befassen.



Fordern Sie ein PROBE-ABO an! Infos unter www.oekom.de/gaia



ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN FÜR
WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT
ECOLOGICAL PERSPECTIVES FOR
SCIENCE AND SOCIETY
4 | 2007

- WIE DER KLIMAWANDEL TOPTHEMA WURDE
- WASTEWATER TREATMENT AT THE SOURCE
- REGIONALE FÖRDERUNG ERNEUERBARER ENERGIEN

oekom verlag
GUTER WISSENSCHAFTLICHES VERLAG
HINWEGVON DER VERGANGENHEIT
DARIN NEU (1997-2007)

nicht nur ein Umwelt- und Platzproblem, sondern auch ein Klimafaktor. Die aus der Abfallwirtschaft resultierenden Treibhausgasemissionen betragen im Jahr 2005 immerhin etwa zwei Prozent der Gesamtemissionen der EU.

Deponien emittieren beispielsweise Methan, die Transporte von Abfällen erzeugen CO₂ und andere Treibhausgase. Die Menge an deponierten Abfällen wird allerdings in den nächsten Jahren abnehmen. Wurden 2004 noch fast die Hälfte aller Abfälle deponiert, soll der Anteil bis 2020 auf voraussichtlich 35 Prozent sinken. 42 Prozent aller Abfälle dürften bis dahin recycelt werden, etwa ein Viertel aller Abfälle wird im Jahr 2020 laut EEA verbrannt. Durch die veränderte EU-Abfallpolitik sei mit sinkenden Netto-Treibhausgasemissionen zu rechnen. In den späten 1980ern entstanden durch die Siedlungsabfallwirtschaft noch etwa 55 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente pro Jahr. 2020 könnten es laut EEA nur noch 10 Millionen Tonnen sein. Dies setze allerdings „Investitionen in neue und verbesserte Abfallwirtschaftskapazitäten“ voraus, damit die Technik mit den wachsenden Abfallbergen Schritt halten könne.

Umweltverbände kritisieren die Tendenz, die wachsenden Müllberge zu verbrennen und fordern strikte Maßnahmen zur Müllvermeidung. Auch die EEA-Studie kommt zum Schluss, dass es besser sei, Abfälle zu vermeiden, um das Klima zu schützen. „Abfallerzeugung ist per definitionem ein Verlust von Ressourcen“ heißt es im EEA-Briefing zum Thema. Angesichts der steigenden Abfallmengen und der „derzeit nicht nachhaltigen Verbrauchs- und Produktionsmuster“ dürfe sich Europa nicht „selbstzufrieden zurücklehnen“.

Eine vom Forschungsinstitut Ökopoll im Auftrag der EU-Kommission erarbeitete Studie hat zudem ergeben, dass klare Recyclingziele für städtischen Müll in der gesamten EU bis zu 144 Millionen Tonnen CO₂ jährlich einsparen könnten. [jg]

- ▶ http://reports.eea.europa.eu/briefing_2008_1/de
- ▶ Studie: Climate Protection Potentials of EU Recycling Targets, www.eeb.org/publication/general.htm

Schiffsabwrackung

Neue internationale Norm für Altschiffe

■ Die Internationale Organisation für Normung (ISO) hat eine neue Normenserie für den Umgang mit Schrottschiffen gestartet. Das „Schiffsrecyclingmanagementsystem ISO 30000“ soll den Schutz der ArbeiterInnen und der Umwelt verbessern helfen. Das erste Dokument der Serie ist bereits öffentlich zugänglich, weitere sollen dieses Jahr folgen. Internationale Gültigkeit haben die Normen allerdings noch nicht.

Der Umweltausschuss des EU-Parlaments hat bei seiner Debatte im Januar über das von der EU vorgelegte Grünbuch zum gleichen Thema Bedenken geäußert, dass die internationalen Verhandlungen im Schiffsrecycling nicht weit genug gingen. Die EU müsse angesichts der wachsenden Anzahl zu verschrottender Schiffe selbst tätig werden. In den nächsten Jahren werde das Aufkommen alter Schiffe zur Abwrackung steigen, schon weil das Einhüllentankerverbot greife.

Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen weisen seit Jahren auf die Gefahren durch die unsachgemäße Entsorgung alter Schiffe hin, da diese viele gefährliche Chemikalien enthalten. Meist werden Altschiffe in Drittweltländer verkauft. [jg]

- ▶ www.iso.org (News 17.01.2008)
- ▶ www.europarl.eu
- ▶ www.ec.europa.eu/environment/waste/ships

Konsultation Elektrogeräte

Chemikalienverbot bald ohne Ausnahme?

■ Die EU-Kommission überarbeitet zurzeit die Richtlinie 2002/95/EG (RoHS-Richtlinie), die den Gebrauch gefährlicher Chemikalien in Elektrogeräten reglementiert. Hierzu hat sie die Öffentlichkeit aufgerufen, sich bis zum 1. April an Konsultationen zu beteiligen, bei denen es einerseits

um eine grundsätzliche Überarbeitung der Richtlinie, andererseits um die Überprüfung und Bewertung der bisherigen Ausnahmeregelungen geht. Insgesamt sind im Anhang zur Richtlinie 29 Substanzen wie Blei oder Quecksilber und deren Verbindungen aufgelistet. Allerdings gibt es zahlreiche Ausnahmen für Produkte, bei denen es nach Herstellerangaben „keine Alternativen“ gibt. In der neu vorgelegten Version der Richtlinie soll es aber möglich sein, ein Totalverbot zu erreichen – mit einer angemessenen Übergangsfrist, um Unternehmen die Umstellung zu erleichtern. Es gibt noch weitere politische Optionen, die die EU-Kommission vorgeschlagen hat, unter anderem, künftig alles unter der EU-Chemikalienverordnung REACH zu regeln. Die Überprüfung der Richtlinie soll 2010 abgeschlossen sein. Im Oktober wird eine Veröffentlichung zu den Ausnahmeregelungen erwartet.

Umweltverbände fordern eine Verschärfung der Richtlinie und ein Ausnahmenverbot auch bei medizinischen Geräten ab 2012. Darüber hinaus sollten durch die RoHS-Richtlinie weitere Substanzen verboten werden: alle bromierten Flammschutzmittel einschließlich deca-BDE, alle Phthalate, PVC und Beryllium. Ein ausführlicher Kommentar der Verbände kann im Internet heruntergeladen werden. [jg]

- ▶ Europäisches Umweltbüro (EEB), Nathalie Cliquot, Tel. +32 (0)2 / 2891097, E-Mail: nathalie.cliquot@eeb.org, www.eeb.org (Publications - ENGO comments)
- ▶ <http://rohs.exemptions.oeko.info>

Schiffsemissionen

Vorschläge für weniger Dreck aus Schiffen

■ Ein Bericht der zwischenstaatlichen Gruppe für Klimaveränderungen (IPCC) zeigt, dass die CO₂-Schiffsemissionen im Jahr 2007 dreimal höher waren als angenommen. Statt der geschätzten 400 Millionen Tonnen CO₂ seien 2007 rund 1,2 Milliarden Tonnen CO₂ in die Atmosphäre

emittiert worden. Bisher ist die Schifffahrt nicht in den EU-Klimaschutzmaßnahmen unter dem Kyoto-Protokoll einbezogen. Die Studie wurde während eines Treffens der Internationalen Schifffahrtsorganisation IMO veröffentlicht. Danach sind Schiffe für etwa 4,5 Prozent der globalen Kohlenstoffdioxidemissionen verantwortlich. Bis 2020 werden die Emissionen um 32 Prozent ansteigen, wird geschätzt.

Auf dem IMO-Treffen Anfang Februar wurden außerdem Vorschläge für die Reduktion der Luftverschmutzung durch Schiffe verabschiedet. Die Vorschläge werden Anfang April dem Umweltschutzausschuss vorgelegt und sollen im Oktober von der IMO offiziell beschlossen werden. Der zuständige technische Unterausschuss hat verschiedene Szenarien zur Reduktion von Schwefeloxiden betrachtet, über die der Umweltausschuss dann entscheiden soll. Es gibt drei Optionen, die sich auf weltweite und regionale Maßnahmen beziehen. Die ehrgeizigste würde dazu führen, dass ab 2015 weltweit nur noch ein Schwefelgehalt von 0,5 Prozent im Treibstoff erlaubt wäre. Die am wenigsten anspruchsvolle hieße ein Grenzwert von drei Prozent ab 2012 weltweit und in ausgewiesenen Gebieten – eine Art Umweltzonen auf dem Meer – sehr viel strengere Regelungen.

Außerdem verabschiedete der Unterausschuss Vorschläge für die Reduktion von Stickstoffoxiden durch motorenbezogene Maßnahmen. Es handelt sich dabei um ein Dreiklassensystem für neue Motoren, das zwischen 16 und 22 Prozent ab 2011 und bis 80 Prozent ab 2016 einsparen soll. [jg]

► www.kurzlink.de/imo-beschluss

Luftverschmutzung I

Dicke Luft in Deutschland

■ Die Konzentration von Stickstoffdioxid und Feinstaub hat 2007 die in Deutschland vorgeschriebenen Grenzwerte überschritten. Das hat das Umweltbundesamt errechnet. Die Feinstaubwerte überstiegen bei 34 von 415 Messstationen die Höchstmarke für den Tagesmittelwert. Die Stickstoffdioxidwerte lagen sogar bei 50 Prozent aller Messstationen über dem ab 2010 vorgeschriebenem Maximum. Trotz fehlender Sommersmogepisoden übertraf die Ozonkonzentration an 98 Prozent der Messstationen den langfristigen Zielwert.

Als Hauptverursacher der zu hohen Luftbelastung werden Verbrennungsprozesse zur Energiegewinnung, die Industrie sowie der Verkehr genannt. [tt]

► Bericht „Luftbelastungssituation in Deutschland“ (PDF, 10 S., 509KB): www.umweltbundesamt.de/luft/downloads/luftbelastung_2007.pdf

Luftverschmutzung II

Neues Wissen erregt Besorgnis

■ Experten in den USA und in Deutschland haben in den letzten Wochen über neue Erkenntnisse berichtet, welche Gesundheitsgefahren von Partikeln in der Atemluft ausgehen können.

Dass Luftverschmutzung die Anzahl und Schwere von Herz-Kreislauf- und Lungenerkrankungen beeinflusst, ist bereits vielfach wissenschaftlich belegt.

Luftverschmutzung kann aber offenbar auch negative Auswirkungen auf die Fortpflanzung haben. ForscherInnen der US-amerikanischen Hopkins University fanden heraus, dass Luftverschmutzung zumindest bei Mäusen zu Veränderungen der Erbanlagen führen kann. Im Versuch hatten die männlichen Mäuse zwei Drittel mehr Mutationen im Sperma als gesunde Mäuse, berichteten sie im Wissenschaftsmagazin Nature.

Ultrafeine Staubteilchen, die sogenannten Nanopartikel, gelten als besonders gesundheitsgefährdend – allerdings auch als wenig erforscht. Die Teilchen sind nicht nur extrem klein und könnten somit Auswirkungen auf Zellebene haben, sie haben auch eine andere Oberfläche, fanden Forscher am Berliner Fritz-Haber-Institut heraus, die sich mit Nanorußpartikeln aus Dieselmotoren beschäftigten. Deren Oberfläche bestehe aus vielen winzigen Strukturen, die Sauerstoff enthielten, was wiederum den Verdacht erhärte, die Nanopartikel könnten schneller und heftiger reagieren.

Nicht nur die Schadstoffe in der Außenluft, auch die durch Bürogeräte wie Laserdrucker oder Kopierer emittierten Schadstoffe in Innenräumen können die Gesundheit schädigen. Mitte Januar hat der Deutsche Bundestag über das Thema debattiert. Die ParlamentarierInnen diskutierten über eine Studie des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR), die das „Feinstaubpotenzial“ von Laserdruckern untersuchte. In der Studie ging es darum, Messverfahren für die Emissionen zu entwickeln. Laut BfR konnten keine Erkrankungen nachgewiesen werden, die direkt mit den Laserdruckern in Verbindung

»Plaza der Vielfalt« zur UN-Biodiversitätskonferenz

Vom 27. bis 30. Mai 2008 veranstaltet die DBU ein attraktives Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm im Umfeld zur Internationalen Konferenz über die biologische Vielfalt in Bonn. Über 150 Firmen, Verbände und Forschungseinrichtungen stellen ihre neuesten

Projekte und Produkte vor. Ein hochkarätig besetztes Informations- und Diskussionsforum informiert über aktuelle Entwicklungen. Die Veranstaltung findet am Tagungsort der Konferenz statt (Robert-Schuman-Platz). Weitere Infos unter www.plaza-der-vielfalt.de



gebracht werden konnten. Es gebe aber Irritationen der Haut und Schleimhäute. Die Interessengemeinschaft Tonergeschädigter sieht das anders und dokumentiert seit Jahren Fälle von gesundheitlichen Problemen. Tonerpulver könne sogar krebserregendes Benzol und Schwermetalle enthalten. Eine systematische Untersuchung möglicher Gesundheitsgefährdungen steht noch aus. [jg]

- ▶ Johns Hopkins University, Jonathan Samet, USA, Tel. +1 (0) 410 / 955-3286, www.jhsph.edu
- ▶ Fritz-Haber-Institut, Dang Sheng Su, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 8413 5406, E-Mail: dangsheng@fhi-berlin.mpg.de
- ▶ Interessengemeinschaft Tonergeschädigter, Hans-Joachim Stelting, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 67998110, www.krank-durch-toner.de

tigen im Haushalt verwendeten Produkten wie zum Beispiel Reinigungsmitteln oder Farben müssten zügig Regelungen getroffen werden. Generell unterstützt ECOS ein schnelles Standardisierungsprogramm im Nanotechbereich. Wichtig sei dabei, die Definition für nanotechnologische Substanzen möglichst genau zu fassen. Denn mit Größenunterschieden können sich die toxikologischen Eigenschaften unterscheiden. Dies müsse durch die Definition und Klassifizierung entsprechend erfasst werden können. [jg]

- ▶ Öko-Institut, ECOS-Expertin Katja Moch, Freiburg, E-Mail: k.moch@oeko.de, www.ecostandard.org/position_papers.php

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Nanotechnologie

Experten wollen strenge Nano-Norm

■ Im Rahmen der öffentlichen Konsultation zur Nanotechnologie hat die für umweltfreundliche Normen Eintretende Organisation ECOS (European Environmental Citizens für Standardization) ein Positionspapier veröffentlicht. Darin wird unter anderem gefordert, verpflichtende Risikobewertungen einzuführen, bevor Nanotechnologien angewandt werden. Diese Risikobewertungen sollten so detailliert wie möglich ausfallen, damit mögliche Umwelt- und Gesundheitsschäden vermieden werden können. Darüber hinaus ist die Öffentlichkeit angemessen zu beteiligen und sollte freien Zugang zu Umweltsicherheits- und Gesundheitsdaten haben. Produkte, die Nanotechnik enthalten, sollten nach Meinung der Umweltverbände gekennzeichnet werden.

Besonders bei der Verwendung von Nanotechnologien in Lebensmitteln und Lebensmittelverpackungen sowie bei Kosmetika müsse es schnell verbindliche Regelungen und Normen geben, die die Sicherheit von VerbraucherInnen und den Schutz der Umwelt gewährleisten. Auch bei sons-

Negativpreis

Public Eye Award für Atom- und Rohstoffkonzerne

■ Die Schweizer Nichtregierungsorganisation Public Eye on Davos hat anlässlich des Weltwirtschaftsforums (WEF) im Januar wieder Preise an die ihrer Ansicht nach verantwortungslosesten Unternehmen der Welt vergeben. „Gewinner“ sind in diesem Jahr das Schweizer Rohstoffunternehmen Glencore und der französische Atomkonzern Areva. Die Nuklearfirma erhielt zudem den neugeschaffenen Publikums-Schmähpreis „Public Eye People's Award“, der per Internet-Abstimmung ermittelt wurde. Areva und Glencore stünden exemplarisch für all jene WEF-Mitglieder und Großunternehmen, deren soziales und ökologisches Verhalten die Schattenseiten einer auf Profit ausgerichteten Globalisierung aufzeigten, erklärte Public Eye on Davos auf der gleichnamigen, von ihr traditionell organisierten WEF-Gegenveranstaltung.

Areva erhielt den „Public Eye Global Award“ für seinen Uranabbau im Norden von Niger. Die afrikanischen Minenar-

beiter würden nicht über Gesundheitsrisiken informiert, und Analysen zeigten die Verseuchung von Luft, Wasser und Boden. Eine Organisation vor Ort habe von verdächtigen Todesfällen unter den Areva-Arbeitern gesprochen, verursacht durch radioaktiven Staub und kontaminiertes Grundwasser. Der Rohstoffkonzern Glencore gewann den „Public Eye Swiss Award“ für die Umweltverschmutzungen und Gesundheitsschäden in seinen kolumbianischen Kohleminen. Zudem verhalte sich das umsatzstärkste Schweizer Unternehmen gewerkschaftsfeindlich und sei intransparent, heißt es in der Begründung der Jury.

Tatsächlich gewürdigt wurde dagegen die Hess Natur Textilien GmbH aus Deutschland, die faire Arbeits- und Handelsbedingungen einhält und ökologische Produkte vertreibt. Ein gemeinsam mit der Hilfsorganisation Helvetas durchgeführtes Biobaumwoll-Projekt in Burkina Faso sichert dort die Existenz zahlreicher KleinbäuerInnen und sorgt für eine nachhaltige Bodenbewirtschaftung. Hess erhielt dafür den „Public Eye Positive Award“.

Die Public Eye Awards wurden zum vierten Mal vergeben. Nominiert war unter anderem auch der deutsche Agrarchemiekonzern Bayer CropScience. [mbu]

- ▶ www.publiceye.ch

Umweltrangliste

Europäer und Costa Rica vorn

■ 13 EU-Staaten haben es unter die besten 20 auf der Länder-Umweltrangliste der US-amerikanischen Universitäten Columbia und Yale geschafft. Die Spitzengruppe belegen die Schweiz, Norwegen, Finnland, Schweden und – als bestes Entwicklungsland – Costa Rica.

Das Ranking misst den Zustand der natürlichen Umwelt und die staatlichen Leistungen in der Umwelt- und Gesundheitspolitik. Sechs Kategorien wurden bewertet: Luft, Gesundheit, Wasser, Artenvielfalt, natürliche Ressourcen und Klimawandel. Die skandinavischen Länder ▶

profitierten deutlich von ihrer geringen Bevölkerungsdichte, Costa Rica von dem immensen Artenreichtum in den Regenwäldern. Die Forscher unterstrichen aber auch, dass sämtliche Staaten in der Spitzengruppe ein hohes Umweltbewusstsein in der Bevölkerung und eine aktive Umweltpolitik aufwiesen.

Allerdings schnitten nicht alle europäischen Staaten so gut ab. Einige EU-Staaten wie Belgien und die Niederlande schafften es nicht einmal unter die vorderen 50. Rumänien kam nur auf Platz 83. Deutschland belegt Platz 13, was nach Ansicht der Autoren der Studie ein Beweis ist, dass auch dicht besiedelte Staaten gute Umweltleistungen erzielen können. Grundsätzlich fällt allerdings auf, dass die Europäer bei der staatlichen Umweltpolitik deutlich besser abschnitten als beim Zustand der natürlichen Umwelt. [ms]

► www.epi.yale.edu

KLIMA & ENERGIE

EU-Klimapaket I

Geteilte Anstrengungen zur Senkung der Emissionen

■ Ende Januar hat die EU-Kommission einen Gesetzesvorschlag vorgelegt, wie die Mitgliedstaaten das vor einem Jahr vereinbarte Ziel erreichen können, die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Da die Emissionen bis 2005 nur um etwa sechs Prozent gesunken sind, fehlen noch 14 Prozent. Diese Reduktion soll nach Vorstellung der Kommission auf zwei Wegen erreicht werden: Die Sektoren, die in das Emissionshandelssystem (ETS) einbezogen sind, müssen ihre Emissionen um 21 Prozent reduzieren, alle anderen wie etwa der Verkehr oder die Haushalte um zehn Prozent.

Während das ETS europaweit organisiert werden soll (siehe folgender Beitrag),

verteilen sich die Anteile bei den nicht vom ETS erfassten Emissionen sehr unterschiedlich auf die einzelnen Mitgliedstaaten. Wirtschaftlich starke Länder müssen deutlich mehr einsparen als ärmere. So sollen Luxemburg und Dänemark ihre Emissionen um 20 Prozent reduzieren, während Bulgarien und Rumänien – ausgehend von einem viel niedrigeren Niveau – etwa den gleichen Prozentsatz zulegen dürfen. Deutschland muss 14 Prozent an seinen Emissionen kürzen.

Grundlage für die Berechnungen ist das Bruttoinlandsprodukt. Als neues Basisjahr gilt fortan 2005, wodurch Deutschland den „Wiedervereinigungsbonus“ aus dem Zusammenbruch der Ost-Industrie verliert. Insgesamt würden durch die notwendigen Maßnahmen bis 2020 Kosten in Höhe von 0,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entstehen, so die Kommission. Außerdem haben die EU-Beamten den bisherigen Begriff „Lastenverteilung“ (burden sharing) aus ihrem Wortschatz gestrichen. Um die negative Konnotation des alten Begriffs zu überwinden, sprechen sie jetzt von „geteilten Anstrengungen“ (effort sharing).

Das Climate Action Network, größtes Netzwerk klimapolitischer Nichtregierungsorganisationen der Welt, kritisierte den Kommissionsentwurf scharf. So gebe es keinen effektiven Sanktionsmechanismus, und die Staaten könnten zu viele Emissionszertifikate aus Drittländern hinzukaufen, wofür noch kein wirksames Kontrollverfahren existiere. Vor allem aber sei das Gesamtziel von 20 Prozent Emissionsreduktion zu niedrig, um die Erderwärmung auf maximal zwei Grad zu begrenzen – was das offizielle Ziel der EU ist. Vor dem Hintergrund, dass die Staats- und Regierungschefs bei den Klimaverhandlungen auf Bali im Dezember einen Zielkorridor von 25 bis 40 Prozent für die Industriestaaten beschlossen haben, seien 20 Prozent völlig unzureichend, so das Klimanetzwerk. Auch das Bundesumweltministerium ist dieser Ansicht. Andere EU-Staaten sind dagegen skeptisch. [ms]

- Klima- und Energiepaket der EU-Kommission: www.kurzlink.de/klimapaket1
- Climate Action Network: www.climnet.org

EU-Klimapaket II

Emissionshandel mit immer weniger heißer Luft

■ Ein wesentlicher Teil des europäischen Klima- und Energiepakets (siehe Beitrag links) ist der Überarbeitungsvorschlag für das Emissionshandelssystem (ETS). Nach Ansicht von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso hat sich das System zwar insgesamt bewährt, es seien aber einige Änderungen für die dritte Verpflichtungsperiode ab 2013 notwendig.

So sollen die einzelnen Verpflichtungsperioden auf sieben Jahre verlängert werden. Auch wird der Umfang des ETS auf bisher nicht erfasste Branchen wie die Chemie- oder die Aluminiumindustrie sowie weitere Treibhausgase ausgedehnt. Kleinere Emittenten, die im Jahr weniger als 10.000 Tonnen CO₂ emittieren, nehmen dagegen künftig nicht mehr am Handel teil. Die Kommission schätzt, dass durch diese Maßnahmen etwa fünf Prozent mehr Emissionen durch das ETS erfasst werden als in den ersten beiden Verpflichtungsperioden. Außerdem soll das bisherige Prinzip der Nationalen Allokationspläne abgeschafft und die Verteilung der Zertifikate in Zukunft europaweit geregelt werden.

Besondere Aufmerksamkeit widmet der Kommissionsvorschlag der Vergabe der Emissionszertifikate. Insgesamt stehen nach ihren Berechnungen im Jahr 2020 1.720 Millionen Tonnen Treibhausgase im ETS zur Verfügung, die dann vollständig versteigert werden sollen. Wann die einzelnen Sektoren allerdings zur Versteigerung übergehen müssen, unterscheidet sich deutlich. Die Stromunternehmen sollen bereits ab 2013 alle Zertifikate ersteigern müssen, andere Bereiche beginnen mit 20 Prozent und steigern sich bis 2020 auf 100 Prozent. Energieintensive Industrien wie etwa der Stahlsektor erhalten sämtliche Zertifikate zunächst sogar kostenlos. Die Gefahr, dass diese Unternehmen aus der EU abwanderten, sei sonst zu groß, begründete die Kommission diese Entscheidung. Erst wenn auf internationaler Ebene ein neuer Klimaschutzvertrag geschlossen werde, könne man sehen, wie mit diesen

Unternehmen zu verfahren sei. Das wird voraussichtlich im Jahr 2010 der Fall sein.

Die Einnahmen aus dem Zertifikatehandel werden den Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen. Die Kommission möchte allerdings vorschreiben, dass mindestens 20 Prozent in den Ausbau der erneuerbaren Energien investiert werden müssen – was die Finanzminister der Mitgliedstaaten sofort zurückwies. Außerdem sollen zehn Prozent der Einnahmen von den reicheren zu den ärmeren Mitgliedstaaten umverteilt werden.

Umweltverbände begrüßten den Vorschlag als Schritt in die richtige Richtung und lobten vor allem die deutlich zunehmende Versteigerung der Zertifikate, bemängelten aber die Ausnahmen für energieintensive Industrien. Der Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft warnte dagegen, eine Versteigerung der Zertifikate werde den Strom um 25 Prozent verteuern.

- ▶ Klima- und Energiepaket der EU-Kommission: www.kurzlink.de/klimapaket2
- ▶ Climate Action Network: www.climnet.org
- ▶ Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft: www.vik.de

EU-Klimapaket III

Unterschiedliche Ausbauziele für erneuerbare Energien

■ Um das beschlossene europäische Ziel von 20 Prozent erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch bis 2020 zu erreichen, will die EU-Kommission verbindliche Ziele für die einzelnen Mitgliedstaaten festschreiben. Dies ist Teil des Klima- und Energiepakets, das die Kommission Ende Januar vorgelegt hat (siehe vorhergehende Beiträge).

Dabei gehen die konkreten Zahlen weit auseinander: Während Belgien, Ungarn oder Luxemburg lediglich 13 beziehungsweise 11 Prozent neue Regenerativkapazitäten aufbauen müssen, soll das Wasserkraftland Schweden im Jahr 2020 knapp die Hälfte seiner Energie aus erneuerbaren

Quellen beziehen. Deutschland soll sich von derzeit sechs auf 18 Prozent steigern. Wie ein Land das Ziel erreichen will – ob es also eher auf Windkraft, Biomasse oder einen anderen Energieträger setzt –, kann es allerdings selbst entscheiden. Es muss seine Pläne aber in einem Nationalen Aktionsplan (NAP) festhalten.

Von der Idee, einen umfangreichen Handel mit Zertifikaten zu etablieren, wie von Teilen der Industrie gefordert, hat sich die Kommission im letzten Moment verabschiedet. Zwar sollen einzelne Länder nach wie vor die Möglichkeit haben, aus anderen Ländern sogenannte Herkunftsnachweise zu erwerben (siehe Artikel S. 2), das System soll aber nicht verpflichtend sein. Im Vorfeld der Veröffentlichung des Entwurfs sah sich die Kommission speziell in diesem Punkt heftiger Kritik von einigen Mitgliedstaaten – allen voran Deutschland und Spanien – ausgesetzt, die um die Wirksamkeit ihrer Systeme der Einspeisevergütung fürchteten. Mit dem jetzigen Vorschlag der Kommission könne zumindest die Bundesregierung aber gut leben, kommentierte Franz Josef Schafhausen vom Bundesumweltministerium den Entwurf.

An einem weiteren umstrittenen Punkt hielt die Kommission dagegen fest: Der Anteil der Biokraftstoffe am gesamten Kraftstoffverbrauch soll bis zum Jahr 2020 auf zehn Prozent erhöht werden. Umwelt- und Entwicklungsverbände kritisierten, dass die Gewinnung von Autotreibstoffen aus dem Anbau von Ölpalmen, Soja oder Mais nicht nur ineffizient sei, sondern vor allem in Entwicklungsländern gravierende soziale und ökologische Schäden verursache. Die Kommission ging immerhin insoweit auf die Bedenken ein, dass sie nun lediglich solche Biokraftstoffe anerkennen will, die mindestens 35 Prozent Emissionen einsparen und bestimmten Nachhaltigkeitskriterien entsprechen (siehe Artikel S. 6). Aus Sicht von Umweltverbänden sind diese Kriterien allerdings viel zu schwach. Sie fordern nach wie vor ein Moratorium für den Ausbau. [ms]

- ▶ Klima- und Energiepaket der EU-Kommission: www.kurzlink.de/klimapaket3

EU-Klimapaket IV

EU-Beihilfen für CO₂-Endlagersuche

■ Mit einem Bündel von Vorschlägen will die Europäische Kommission der Technologie der CO₂-Abscheidung und -speicherung (CCS), dem vierten Teil des Klima- und Energiepakets (siehe vorhergehende Beiträge), zum Durchbruch verhelfen. So plant die Kommission, bis zum Jahr 2015 ein Dutzend Demonstrationsprojekte zu fördern. Gleichzeitig hat sie die Regelungen für staatliche Beihilfen geändert, sodass die Mitgliedstaaten zukünftig CCS-Projekte finanziell unterstützen können. Von besonderer Bedeutung ist die Entscheidung, Emissionen, die aus Kraftwerken mit CCS-Technologie stammen, künftig als „nicht ausgestoßen“ zu werten. Damit sparen sich die Kraftwerksbetreiber den Kauf der entsprechenden Zertifikate im Rahmen des Emissionshandels.

Das größte Problem der neuen Technologie – abgesehen von den ungeklärten Langzeitrisiken – sind bisher die hohen Kosten. Mehrere ambitionierte Pilotprojekte in Norwegen und den USA wurden bereits aus Kostengründen gestoppt (siehe S. 13). Doch wenn die Maßnahmen greifen und zusätzlich der Emissionshandel den Preis für Verschmutzungszertifikate in die Höhe treibt, müsste die CCS-Technologie in 10 bis 15 Jahren wirtschaftlich sein, schätzt die Kommission. Im Jahr 2030 soll CCS dann bereits 15 Prozent der gesamten CO₂-Reduktion der EU einbringen.

Beobachter verfolgen die Entwicklungen bei CCS mit deutlich mehr Skepsis als die EU-Kommission, die die Technologie als unumschränkt positive Entwicklung feiert. So begrüßte das Europäische Umweltbüro (EEB) zwar, dass ein klarer rechtlicher Rahmen für CCS geschaffen werden soll. Auch erkannte der Dachverband an, dass CCS möglicherweise positive Effekte im Klimaschutz bewirken könne. Er machte aber gleichzeitig darauf aufmerksam, dass Kohlekraftwerke mit CCS-Technologie bis zu einem Viertel mehr Energie verbrauchen als herkömmliche Kraftwerke. Auch gebe es nach wie vor ungelöste

ÖKOLOGIE & LANDBAU

Zeitschrift für ökologische Landwirtschaft

Schwerpunkt in Heft 145

Klimaschutz und Öko-Landbau

- Vorteile des Öko-Landbaus für das Klima
- Vorteile der Öko-Rinderhaltung
- Biogas als Beitrag zum Klimaschutz?

Themen in Heft 145

aus Forschung, Praxis und Beratung

- Schadnester in Getreide
- Zielvorgaben für die Tiergesundheit
- Tierhaltungsverfahren im Vergleich
- Die Bio-Branche in Japan

Herausgeber: Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) |
Erscheinungsweise: vier Ausgaben pro Jahr |
Einzelhefte: 9,90 EUR (zzgl. Porto) |
Abo (zzgl. Versand): Privatbezieher 29,- EUR |
Firmen/Organisationen 45,- EUR | ermäßigt 20,- EUR

**Bestellen Sie jetzt Ihr Probeabo*
(zwei Ausgaben für nur 7,95 Euro) bei:**
oekolandbau@oekom.de oder oekom verlag |
Waltherstraße 29 | D-80337 München |
Fax +49 / (0)89 / 544184-49 | www.oekom.de

* Sie erhalten ein vergünstigtes Probeabo, beginnend mit der aktuellen Ausgabe. Wenn Ihnen Ökologie & Landbau gefällt und Sie nicht bis spätestens 10 Tage nach Erhalt des zweiten Heftes schriftlich kündigen, erhalten Sie Ökologie & Landbau automatisch im regulären Abonnement.



Foto: Schweisfurth-Stiftung

Fragen bei der Lagerung des CO₂, die mit ökologischen und Sicherheitsrisiken einhergehen. Andere Organisationen lehnen CCS vollständig ab, weil sie die Risiken für unkalkulierbar halten oder befürchten, dass die Energieversorgung damit für viele Jahrzehnte auf fossile Energieträger festgelegt würde. Experten des Umweltbundesamtes halten zudem ein langsames Entweichen von CO₂ aus den unterirdischen Lagerstätten für möglich. [ms]

- ▶ Klima- und Energiepaket der EU-Kommission: www.kurzlink.de/klimapaket4
- ▶ www.eeb.org
- ▶ www.de.wikipedia.org/wiki/CO2-Abscheidung

Verkehr und Klima

Große schnelle Autos haben Freunde im EU-Parlament

■ Die Abgeordneten des Europaparlaments haben Mitte Januar die ehrgeizigen Klimaschutzbemühungen der EU-Kommission ausgebremst. Eine Mehrheit sprach sich dafür aus, die schärferen Grenzwerte für den CO₂-Ausstoß von Autos erst 2015 einzuführen. Der Wunschtermin der EU-Kommission ist 2012.

Der Vorschlag des Parlaments sieht vor, dass Neuwagen dann bis zu 125 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer ausstoßen dürfen. Die Kommission wollte diesen Wert auf 120 Gramm senken. Die Grünen im Europaparlament kritisierten die Entscheidung. Ihrer Einschätzung nach ist es technisch längst möglich, umwelteffiziente und spritsparende Autos zu bauen. Der Gesetzentwurf für die neuen Grenzwerte soll 2009 verabschiedet werden.

Aus Sicht von Umweltverbänden müssen die Vorgaben der EU-Kommission dagegen noch deutlich verschärft werden, damit der Straßenverkehr spürbar etwas zum Klimaschutz beiträgt. So sollten neue Autos überhaupt nicht mehr zugelassen werden, wenn sie die ab 2015 festgelegten Kohlendioxid-Obergrenzen überschreiten, forderten Ende Januar in Berlin der Verkehrsclub Deutschland (VCD), die

Deutsche Umwelthilfe (DUH) und der Naturschutzbund (NABU).

Der CO₂-Grenzwert von 120 Gramm pro Kilometer müsse sogar schon 2012 gelten, forderte VCD-Experte Gerd Lottsiepen. Die drei Verbände verlangten eine langfristige Strategie zur Reduzierung des Spritverbrauchs: Bis 2020 solle die EU beschließen, dass Pkw nur noch durchschnittlich 80 Gramm CO₂ pro Kilometer emittieren dürfen. Derzeit sind 160 Gramm der Durchschnitt. Die Umweltschutzorganisationen kritisierten auch die Bundesregierung, die sich ihrer Meinung nach den Interessen der deutschen Autohersteller gebeugt hat.

Der Gesetzentwurf für die neuen EU-weiten Grenzwerte soll im kommenden Jahr verabschiedet werden. [mbu]

- ▶ VCD, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 280351-0, Fax 10, E-Mail: mail@vcd.org, www.vcd.org
- ▶ www.duh.de/verkehr_luftreinhaltung.html
- ▶ EU-Gesetzgebungsverfahren: www.kurzlink.de/mitentscheidung

Energieeffizienz

Strengere Vorgaben für Gebäude geplant

■ Die EU-Kommission hat erste Ideen für die in diesem Jahr geplante Überarbeitung der Gebäuderichtlinie vorgelegt. Während der „Woche der nachhaltigen Energie“ Ende Januar in Brüssel sagte ein Sprecher der Generaldirektion Energie, dass die Grundprinzipien der Richtlinie zwar erhalten bleiben sollten, man aber eine Reihe von Ergänzungen und Verschärfungen in Betracht ziehe.

So sollen weiterhin die Mitgliedstaaten die Effizienzstandards setzen, die Kommission will aber europaweit einheitliche Mindeststandards festschreiben, um damit in allen Ländern Fortschritte zu garantieren. Derzeit diskutiert die Kommission noch, nach welchen Kriterien diese Mindeststandards festgesetzt werden sollen. Möglich wären etwa Obergrenzen für den Energieverbrauch pro Quadratmeter oder auch spezifische Anforderungen an einzel-

ne Komponenten wie Fenster oder Dächer. Weiterhin soll der derzeitige Grenzwert von 1.000 Quadratmetern, bis zu dem ein Gebäude bisher nicht von der Richtlinie erfasst wird, abgesenkt werden. Wie weit, verriet die Kommission allerdings noch nicht. [ms]

- Informationen zur Gebäuderichtlinie:
www.kurzlink.de/GebaeudeRL

Emissionshandel

Zuteilung für deutsche Anlagen

■ Die Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt) beim Umweltbundesamt hat die Zuteilung von CO₂-Emissionszertifikaten auf die einzelnen Anlagen in Deutschland für die Verpflichtungsperiode 2008 bis 2012 abgeschlossen. Damit erhalten 1.625 Anlagen gut 451 Millionen Emissionsberechtigungen. Das sind etwas weniger als die 453 Millionen Tonnen, die die EU-Kommission Deutschland zugestanden hatte. 29 Anlagen werden zum ersten Mal vom Emissionshandel erfasst, bei 427 Anlagen mussten die beantragten Zertifikate gekürzt werden. In der Handelsperiode 2008 bis 2012 erhalten die Anlagenbetreiber die Berechtigungen noch umsonst. Ab 2013 sieht die Kommission eine zunehmende Versteigerung vor (siehe vorhergehenden Beitrag). [ms]

- www.dehst.de

Energieversorgung

Kampf um Kohle

■ Der Streit um die Zukunft der Kohleenergie in Deutschland spitzt sich immer weiter zu. Mittlerweile haben sich an fast allen Standorten für die mehr als 20 geplanten neuen Kraftwerke Bürgerinitiativen gegründet, um eben diese zu verhindern. In Köln, Bremen Herne, Krefeld, Querschied und Ensdorf wurden die Pläne mittlerweile

wieder fallen gelassen – zu groß war der Widerstand aus der Bevölkerung.

Ausweichmöglichkeiten scheinen die Unternehmen im europäischen Ausland zu suchen. So plant der Energiekonzern RWE ein 1.600-Megawatt-Kohlekraftwerk in Athen. Auftraggeber ist der griechische Energiekonzern DEI. Bei dem Kraftwerk handelt es sich offenbar um dieselben Pläne, die RWE im saarländischen Ensdorf hatte verwirklichen wollen. Die Ensdorfer Bürger hatten sich Ende letzten Jahres mit deutlicher Mehrheit gegen ein neues Kraftwerk in der Region ausgesprochen und die Pläne damit gestoppt. Aber auch in Athen gab es massive Anwohnerproteste gegen das Kraftwerk. Anfang Februar kam es dabei zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und DemonstrantInnen. In Deutschland und Griechenland stehen die Kohlekraftwerke mit den höchsten Emissionen in Europa. [ms]

- Geplante Kohlekraftwerke in Deutschland:
www.bund.net/klima

Chemikalien und Klimaschutz

Gesetz gegen fluorierte Klimagase auf dem Weg

■ Die neue Chemikalien-Klimaschutzverordnung der Bundesregierung ist dem Parlament zugeleitet worden. Die Chem-KlimaschutzV (Drucksache 16/7604) ist Teil des Klimaschutzpakets, das die Bundesregierung im letzten Dezember vorgelegt hat. Der Gesetzesvorschlag soll dem Schutz des Klimas vor Veränderungen durch den Eintrag bestimmter fluoriert Treibhausgase dienen. Damit soll die Zahl von bestimmten unter das Kyoto-Protokoll fallenden Emissionen verringert werden. Die Regelung soll Grenzwerte und Prüfpflichten, aber auch Rücknahme- und Rückgewinnungsvorschriften beim Umgang mit fluorierten Treibhausgasen anpassen. [jg]

- Verordnung (PDF):
www.kurzlink.de/ChemKlimaschutzV

Hermesbürgschaften

Exporte sollen nachhaltiger werden

■ Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (OECD) hat Nachhaltigkeitskriterien für die Vergabe von Exportkrediten und -bürgschaften beschlossen. Die Richtlinien sollen garantieren, dass Exportkreditagenturen, die Geld an Regierungen aus Entwicklungsländern verleihen, damit nicht den eigenen Nachhaltigkeitszielen widersprechen. Hinsichtlich der einzelnen Bestimmungen verweist die OECD auf bestehende Abkommen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds. [ms]

- www.kurzlink.de/oecdstandards

Fossile Energieträger

Rückschlag für CO₂-Speicherung

■ Eine Warnung der norwegischen Sicherheitsbehörde für den Ölsektor (PSA) hat massive Irritationen über die Zukunft der CO₂-Abscheidungs und -speicherungstechnologie (CCS) hervorgerufen. Die CCS-Technologie könne deutliche Sicherheitsrisiken mit sich bringen, so die PSA in einer umfassenden Studie. Sowohl toxische als auch Korrosionseffekte des CO₂ in gasförmiger, flüssiger oder fester Form seien noch nicht ausreichend untersucht. Auswirkungen auf die Gesundheit von Menschen und die Umwelt seien möglich.

Die Studie erreichte vor allem deshalb eine so hohe Aufmerksamkeit, weil Norwegen unumstrittener Vorreiter für CCS ist. Bereits seit zehn Jahren gibt es Versuchsanlagen. Die norwegische Regierung will mit Hilfe von CCS bis zum Jahr 2020 ihre CO₂-Emissionen um die Hälfte reduzieren. Damit hat sie sich die weltweit ehrgeizigsten Ziele gesetzt.

Im Unterschied zu den meisten anderen Staaten (siehe S. 13) herrscht im Ölför-

derland Norwegen allgemeiner Konsens, dass die CCS-Technologie ein zentraler Bestandteil im Kampf gegen den Klimawandel sein müsse. Sowohl die rot-grüne Regierung als auch die größte norwegische Umweltorganisation Bellona sind CCS-Befürworter. Daher versuchte auch Bellona die Bedeutung der Studie herunterzuspielen. Der Bericht würde keine Neuigkeiten enthalten, sondern lediglich den weiteren Ausbau der Technologie gefährden. [ms]

► Studie: www.kurzlink.de/studiepsa

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Lebensmittelkennzeichnung

Fett und Zucker müssen vorne auf die Packung

■ Die Europäische Kommission hat Ende Januar neue Regeln für die Kennzeichnung von verarbeiteten Lebensmitteln vorgeschlagen. Für Fleisch und Gemüse gelten sie nicht. Der entsprechende Richtlinienentwurf kombiniert zwei frühere Verordnungen: die Regelung für die all-

gemeine Etikettierung und jene für die Kennzeichnung nährwertbezogener Angaben. VerbraucherInnen sollen sich dadurch leichter für ein gesünderes Produkt entscheiden können. Die neue Richtlinie verpflichtet die Industrie zu einer klaren, verständlichen Etikettierung, die nicht irreführend sein darf.

Auf der Packungsvorderseite müssen laut dem Entwurf die Kalorienzufuhr, der Gehalt an Gesamtfett, gesättigten Fettsäuren, Kohlenhydraten, Zucker und Salz abgedruckt sein. Das Etikett muss lesbar sein, eine Schriftgröße von mindestens drei Millimetern ist vorgeschrieben. Die Verpackungsrückseite muss die empfohlene Tagesmenge enthalten sowie den geschätzten durchschnittlichen Energiebedarf für Männer und Frauen zwischen 19 und 50 Jahren. Für Kinder sind allerdings keine Angaben vorgeschrieben.

Die europäische Vereinigung der Ernährungsindustrie (CIAA) kritisierte den Richtlinienentwurf, weil er den Wettbewerb im Binnenmarkt schwäche, die Verbraucher verwirre und bei kleinen Packungen nicht praktikabel sei. Dagegen lobte der Europäische Verbraucherverband (BEUC) die geplanten Regelungen als wichtigen Beitrag gegen die Fettleibigkeit. Bedauerlich sei jedoch, dass die Kommission keine EU-weite Farbensymbolik für

die Packungsvorderseite – ähnlich dem britischen „Ampelsystem“ – festgelegt habe. [mbu]

- EU-Kommission, Gesundheit und Verbraucherschutz, Brüssel, www.ec.europa.eu/dgs/health_consumer/index_de.htm
- BEUC, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 7431590, E-Mail: consumers@beuc.eu, www.beuc.eu

Produktsicherheit

Immer mehr Produktrückrufe

■ Die Zahl der bei der Europäischen Kommission gemeldeten gefährlichen und zurückgerufenen Produkte ist in den vergangenen vier Jahren immens gestiegen. Das geht aus Daten der EU-Kommission hervor, die eine Münchener Kanzlei analysiert hat. Die Kommission veröffentlichte die Zahlen angesichts der zahlreichen Produktrückrufe und Sicherheitswarnungen im vergangenen Sommer, die vor allem chinesische Produkte betrafen.

2004 wurde die europäische Produktsicherheitsrichtlinie (European Product Safety Directive) EU-weit in einzelstaatliches Recht umgesetzt. Neben Maßnahmen, die verhindern sollen, dass gefährliche Produkte auf den Markt kommen, sieht die

Nachhaltigkeit

A-Z



S wie Stromsparen

Die deutschen Haushalte verbrauchen immer mehr Strom – über 27 Prozent des Stromverbrauchs in Deutschland gehen auf ihre Kosten. Damit sind sie der zweitgrößte Verbraucher nach der Industrie. Dieses Buch gibt einen Überblick über Verbrauchstrends, Einsparpotenziale und Steuerungsinstrumente und bietet Lösungen, wie der Stromverbrauch in Haushalten dauerhaft gesenkt werden kann.

C. Fischer (Hrsg.)
Strom sparen im Haushalt
 Trends, Einsparpotenziale und neue Instrumente für eine nachhaltige Energiewirtschaft
 oekom verlag, München 2008
 210 Seiten, 39,90 EUR, ISBN 978-3-86581-084-7

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
 Fax +49/(0)81 91/970 00-405

Die guten Seiten der Zukunft



Richtlinie auch vor, die Verantwortlichen zu bestrafen. Die Richtlinie betrifft Hersteller, Vertriebs Händler und Einzelhändler zahlreicher Produkte wie zum Beispiel Kraftfahrzeuge oder Boote, aber auch Kosmetika, Spielzeug und Elektroartikel. Die Anzahl der veröffentlichten Produktrückrufe ist maßgeblich auf die neuen Produktsicherheitsvorschriften für einen stärkeren Verbraucherschutz zurückzuführen.

Spielwaren und Kinderausstattungsartikel waren mit 22 Prozent des Gesamtanteils die Produkte, vor denen am häufigsten aus Sicherheitsgründen gewarnt wurde. Es folgten Elektrogeräte mit einem Anteil von 15 Prozent und Kraftfahrzeuge mit einem Anteil von zehn Prozent. [mbu]

► Kanzlei Lovells, München, Tel. +49 (0)89 / 29012-0, www.lovells.com

im Europaparlament. Hersteller dürften Schwermetalle zwar nur verwenden, wenn es keine Alternative gebe, hieß es bei der Europäischen Verbraucherorganisation (BEUC). Das Vorhandensein von Alternativen werde aber gar nicht überprüft. Für BEUC geht der Gesetzesvorschlag nicht weit genug. So fehle beispielsweise eine schwarze Liste mit mangelbehafteten Spielzeugprodukten im Entwurf. Mit der Richtlinie befassen sich nun EU-Minister rat und Parlament. [mbu]

- BEUC, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 7431590, E-Mail: consumers@beuc.eu, www.beuc.eu
- EU-Kommission, Verbraucherpolitik, Brüssel, www.ec.europa.eu/consumers/index_de.htm
- EU-Gesetzgebungsverfahren: www.kurzlink.de/mitentscheidung

Schadstoffe in Spielzeug

Puppen und Teddys ohne Blei und Quecksilber

■ Kinderspielsachen in Europa sollen sicherer werden. Ein Gesetzentwurf der EU-Kommission von Ende Januar verbietet gefährliche Chemikalien und Schwermetalle in Puppen, Teddybären, Autos und anderem Spielzeug. Auch die Regeln für Kleinteile, die Kinder verschlucken könnten, wurden verschärft.

Nach dem Vorschlag von EU-Industriekommissar Günter Verheugen darf Spielzeug keine Chemikalien mehr beinhalten, die Krebs erregen, Allergien auslösen, und das Erbgut und die Fortpflanzung schädigen können. Ausnahmen sind Batterien, Mikrochips oder andere Teile im Kuscheltier oder Spielgerät, mit denen die Kinder nicht in Kontakt kommen. Für Schwermetalle wie Blei und Quecksilber sollen Grenzwerte festgelegt werden, die ein Gesundheitsrisiko ausschließen. Laut Verheugen ist ein völliges Verbot von Schwermetallen nicht möglich.

Diese Ausnahme sei ein unnötiges Zugeständnis an die Industrie, kritisierten Verbraucherverbände sowie die Grünen

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Agrarreform

Agrarzahlen aus Brüssel werden vereinfacht

■ Zwar haben sich die EU-Agrarminister Ende Januar in Brüssel darauf verständigt, dass die Landwirte künftig die Agrarzuschüsse der Gemeinschaft mit weniger bürokratischem Aufwand erhalten. Aber der Streit um die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) geht weiter. Künftig werden bei geringfügigen Verstößen gegen die Vorschriften nicht mehr automatisch die Beihilfen gekürzt. Bußgelder von weniger als 100 Euro werden nicht mehr erhoben. Auch die Regelung, dass Bauern ihr Land mindestens zehn Monate besessen haben müssen, bevor sie Anspruch auf Subventionen haben, wird abgeschafft.

Direktzahlungen erhalten Landwirte, wenn sie EU-weite Standards bei Umweltschutz, Lebens- und Futtermittelsicherheit, tierischer Gesundheit und Tierschutz einhalten. Die EU-Kommission will mit der GAP-Reform die bisherigen Agrarsubventionen für Großbetriebe deutlich reduzie-

ren. Ein Vorschlag von EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel sieht vor, Betrieben, die jährlich mehr als 100.000 Euro aus dem Gemeinschaftstopf bekommen, künftig weniger Geld zu zahlen.

Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer ist gegen die Kürzung der Beihilfen, weil dies seiner Ansicht nach die Großbetriebe in Ostdeutschland besonders hart trafe. Umweltorganisationen und ökologische Erzeugerverbände unterstützen hingegen die Kommissionspläne: Die frei werdenden Gelder aus den Direktzahlungen kämen sowohl kleineren Höfen als auch der Umwelt zugute. Bis Ende des Jahres sollen nach dem Willen der Kommission die Pläne verabschiedet sein. [mbu]

► EU-Kommission, Landwirtschaft, Brüssel, www.ec.europa.eu/agriculture/index_de.htm

Nahrungsmittelzulassung

Neuartige Lebensmittel sollen zentral genehmigt werden

■ Sogenannte neuartige Lebensmittel sollen nach dem Willen der Europäischen Kommission künftig zentral geprüft und dann gegebenenfalls für die VerbraucherInnen in allen Mitgliedstaaten zugelassen werden. Damit solle die Markteinführung solcher Lebensmittel beschleunigt werden. Das sieht ein Verordnungsentwurf vor, den die Kommission im Januar in Brüssel veröffentlichte.

Bisher waren die Mitgliedstaaten selbst dafür zuständig, zu überprüfen, ob neuartige Lebensmittel auf den Markt dürfen. Nach der neuen Verordnung soll dies die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) übernehmen. Die Mitgliedstaaten hätten dann nur noch die Möglichkeit, den Verkauf bereits zugelassener Lebensmittel zu stoppen, wenn diese ihrer Ansicht nach gefährlich sein können.

Als neuartig definiert die EU-Kommission solche Lebensmittel, die vor 1997 nicht nennenswert in der EU konsumiert wurden. Der Kommission zufolge betrifft ►

Nachhaltigkeit

A-Z



M wie multifunktionale Landwirtschaft

Die Landwirtschaft erfüllt viele Funktionen: Schafe etwa liefern nicht nur Milch, Wolle und Fleisch; sie erfreuen auch Touristen und festigen den Deich, der vor der nächsten Sturmflut schützt. In diesem Buch erfahren Sie, warum die klassischen ökonomischen Theorien in der Landwirtschaft nicht mehr greifen und warum neben den üblichen Agrarprodukten auch nicht-marktfähige Leistungen der Landwirte subventioniert werden sollten.

H. Wüstemann, S. Mann, K. Müller (Hrsg.)

Multifunktionalität

Von der Wohlfahrtsökonomie zu neuen Ufern
oekom verlag, München 2007, 300 Seiten
34,80 EUR, ISBN 978-3-86581-055-7

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
Fax +49/(0)81 91/970 00-405

oekom
verlag

Die guten Seiten der Zukunft

dies zum einen pflanzliche und tierische Nahrungsmittel, die in nicht herkömmlichen Zuchtverfahren hergestellt wurden – hierunter fällt die Gentechnik. Außerdem Lebensmittel, die durch neuartige Produktionsverfahren modifiziert wurden, zum Beispiel mittels Nanotechnologie. Weitere Beispiele sind Pflanzenalgen, fungizide Mikroorganismen sowie Nahrungsmittel mit veränderter Aufbaustruktur. Auch cholesterinreduzierte Nahrung, bei denen Öle und Milchprodukte mit Chemikalien angereichert wurden, gehört zu den neuartigen Lebensmitteln. [mbu]

► www.ec.europa.eu/food/food/biotechnology/novelfood

Deutsch-französischer Umweltgipfel

Für transparente Gentech-Zulassung

■ Bundesumweltminister Sigmar Gabriel und sein französischer Kollege Jean-Louis Borloo haben an die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) appelliert, die Stellungnahmen der EU-Mitgliedstaaten zur Zulassung genmodifizierter Produkte stärker zu berücksichtigen als bisher. Die von den Ländern erhobenen Einwände und Fragen müssten gründlich geprüft und beantwortet werden. Beide Minister setzen sich dafür ein, das Zulassungsverfahren transparenter zu gestalten und die wissenschaftliche Basis zu verbessern. Dies hatten die meisten europäischen Umweltminister und auch die EU-Kommission allerdings bereits im vergangenen Jahr verlangt.

Auf der Tagesordnung des deutsch-französischen Umweltrats im Februar in Goslar standen auch das Klima- und Energiepaket, das die EU-Kommission im Januar verabschiedet hatte, sowie die Reduzierung der CO₂-Emissionen von Autos und die UN-Biodiversitätskonferenz im Mai in Bonn. [mbu]

► Bundesumweltministerium, Berlin, Tel. +49 (0)1888 / 3052010, www.bmu.de

Gentechnikrecht

Deutschland hat ein neues Gentechnikgesetz

■ Nachdem im Januar die Bundesregierung grünes Licht für ein neues Gentechnikgesetz gegeben hatte, haben Ende des Monats der Bundestag und im Februar auch der Bundesrat der Novelle zugestimmt. Letzte Änderungswünsche CDU-geführter Bundesländer bei den Kennzeichnungsregeln fanden im Bundesrat keine Mehrheit.

Das neue Gesetz macht genauere Vorgaben für die Kennzeichnung von Lebensmitteln. Das Label „Ohne Gentechnik“ soll sicherstellen, dass VerbraucherInnen gezielt gentechnikfreie Lebensmittel auswählen können. Eier, Fleisch- und Milchprodukte erhalten die Kennzeichnung nur, wenn die Tiere nicht mit gentechnisch veränderten Pflanzen gefüttert wurden.

Für den Anbau von Genmais gilt künftig ein Mindestabstand von 150 Metern zu Feldern mit konventionellen Sorten und von 300 Metern zu Ökomais. Benachbarte Landwirte können die Abstände aber nach Absprache unterschreiten. Der Gentech-Bauer muss seinen Nachbarn allerdings über Rechtsfolgen aufklären und die Vereinbarung veröffentlichen. Auch das Standortregister bleibt öffentlich.

Umwelt- und Verbraucherschützer hatten Lob und Kritik für die Novelle. So sehen alle großen Umweltverbände sowie die Verbraucherzentralen die Kennzeichnung positiv, da nun auch gentechnikfreie Futtermittel zum Zuge kommen. Der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) kritisierte jedoch, das neue Gesetz biete keinen ausreichenden Schutz für eine Lebensmittelerzeugung ohne Gentechnik. Für die Abstandsregelung forderten die Verbände Nachbesserungen. Der Deutsche Bauernverband rät vom Gentech-Anbau ab, weil er Haftungsrisiken befürchtet. [mbu]

► Gesetz: www.bundesrecht.juris.de/gentg
► BUND, Heike Moldenhauer, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 275864-456, www.gentechnikfreie-regionen.de
► www.boelw.de, www.vzbv.de

Monsanto-Mais**Frankreich verbietet Genmais, Seehofer laviert weiter**

■ Die Regierung in Paris hat im Februar verboten, die Genmaissorte MON810 der US-Firma Monsanto auf französischen Feldern zu pflanzen. Eine EU-Schutzklausel macht einen solchen nationalen Alleingang möglich: Mitgliedstaaten dürfen ein zeitweises oder vollständiges Verbot von Anbau und Import gentechnisch veränderter Organismen verhängen.

In Deutschland forderte daraufhin der BUND Bundesagrarminister Horst Seehofer auf, ebenfalls den Anbau von MON810 zu verbieten. Seehofer solle sich auch in Brüssel dafür einsetzen, dass MON810 nicht wieder in der EU zugelassen werde. Die Genehmigung war im Frühjahr 2007 abgelaufen. Monsanto legte inzwischen den für die Zulassung erforderlichen Monitoringplan vor, entschieden wurde aber noch nichts.

Im vergangenen Herbst hatte Seehofer erstmals Bedenken gegen den Anbau des Monsanto-Genmaises geäußert. Der Minister berief sich dabei auf Untersuchungen des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) vom Frühjahr. Die Behörde warnte damals vor MON810 als „Risikokultur“. Das Gift, das die Pflanze vor dem Schädling Maiszünsler, einem Schmetterling, schützen soll, schädige auch andere Insekten, zum Beispiel Wespen, Ameisen oder Spinnen, die „eine große Rolle bei der natürlichen Schädlingsbekämpfung spielen“. Seitdem gilt ein Handelsverbot für den Genmais.

Angebaut werden soll MON810 in diesem Jahr auf über 4.000 Hektar heimischer Ackerfläche an mehr als 250 Standorten. Die meisten Felder liegen in Brandenburg und Sachsen. In der EU stoppten bereits fünf Mitgliedstaaten den Anbau des potenziell gefährlichen Genmaises. Neben Frankreich sind dies Griechenland, Österreich, Polen und Ungarn. [mbu]

- ▶ BUND, Gentechnikexpertin Heike Moldenhauer, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 275864-456, www.gentechnikfreie-regionen.de

Genfood-Einfuhren**EU will illegalen Genreis aus China abfangen**

■ Die Europäische Kommission will Produkte aus China, die mit gentechnisch verändertem Reis hergestellt wurden, künftig kontrollieren, bevor sie eine Einfuhrerlaubnis erhalten. Auf allen Waren müsse nachgewiesen sein, dass sie frei von der in der EU nicht zugelassenen Bt63-Variante sind, heißt es in einem Kommissionsbeschluss vom Februar. Erst mit diesem Nachweis würden sie künftig auf dem europäischen Markt zugelassen. 2006 und 2007 waren immer wieder chinesische Reislieferungen in die EU gelangt, die gentechnisch verunreinigt waren.

Bei Gensoja und -baumwolle konnte sich ein Expertengremium der EU-Länder nicht auf ein Votum einigen, ob diese Sorten in der EU zugelassen werden sollen oder nicht. Darüber werden nun die zuständigen Minister entscheiden. [mbu]

- ▶ EU-Kommission, Lebensmittelsicherheit/Gentechnik, Brüssel, www.ec.europa.eu/food/food/biotechnology/gmfood/index_en.htm

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Biodiversitätsgipfel**Verbände fordern Fairness und Verantwortung**

■ Am 7. und 8. Februar fand in Berlin das internationale Dialogforum „100 Tage bis zur UN-Konferenz über die biologische Vielfalt“ statt. Hundert Tage vor dem Biodiversitätsgipfel in Bonn markierten die rund 200 TeilnehmerInnen aus Verbänden, Politik und Presse sowie der Generalsekretär der Biodiversitätskonvention (CBD) Ahmed Djoghlaif ihre Eckpunkte für eine erfolgreiche Vertragsstaatenkonferenz.

Das Dialogforum bildete den Auf-

takt für die Arbeit deutscher Nichtregierungsorganisationen, die Druck bis zur UN-Konferenz im Mai machen wollen. Deutschland als Gastgeberland wird hier eine besondere Verantwortung zugemessen.

Die Organisationen stellten auf der Veranstaltung ihre vier Kernforderungen vor:

- ▶ „Ausbeutung verhindern.“ Die wichtigen Naturgebiete der Welt sollen sofort unter Schutz gestellt und damit gerettet werden.
- ▶ „Reichtum verpflichtet.“ Der Schutz der biologischen Vielfalt soll als Zukunftsaufgabe anerkannt und entsprechend finanziert werden.
- ▶ „Ärmere Staaten fair beteiligen.“ Reiche und arme Länder sollen den Schatz der Natur gemeinsam und verantwortlich verwalten.
- ▶ „Agro-Industrie stoppen.“ Die Vielfalt in der Landwirtschaft soll erhalten und gefördert werden.

Auch die Europäische Union war durch einen Sprecher vertreten. Die EU hat sich verpflichtet, bis 2010 den Rückgang der Artenvielfalt deutlich zu reduzieren. Der slowenische Umweltminister Mitja Briceelj stellte die Pläne der derzeitigen EU-Präsidentschaft seines Landes im Bereich Biodiversität vor. Man wolle Klima- und Biodiversitätsschutz zusammendenken, sich für eine EU-Position für ein globales Finanzierungssystem und für ein nachhaltiges Forstmanagement und -monitoring einsetzen sowie den Privatsektor stärker einbeziehen, sagte Briceelj. Das einzurichtende globale Schutzgebietsnetz müsse auch Meeresschutzgebiete enthalten. Um Biodiversität wirklich zu schützen, müssten alle Ebenen – lokale, regionale wie internationale – verantwortlich zusammenarbeiten.

Organisiert wurde das Treffen vom Deutschen Naturschutzring (DNR) und dem Forum Umwelt und Entwicklung.

[Bettina Lange]

- ▶ Forum Umwelt und Entwicklung, Günter Mitlacher, NGO-Koordination CBD, Tel. +49 (0)228 / 92399353, E-Mail: mitlacher@forumue.de
- ▶ www.biodiv-network.de

Neobiota-Datenbank

Daisie kennt alle Aliens

■ Ende Januar ist im slowenischen Portoroz die erste Datenbank über gebietsfremde Arten, sogenannte Neobiota, in Europa vorgestellt worden. „Delivering Alien Invasive Species Inventories for Europe“ (Daisie) heißt das Internetportal mit der Zusammenstellung von über 10.000 gebietsfremden Arten, von denen über 1.700 in Deutschland vorkommen. Zehn Prozent von ihnen gehören zu den invasiven Arten, die einen wirtschaftlichen Schaden anrichten oder die Biodiversität bedrohen. Invasionen durch gebietsfremde Arten gehören mittlerweile zu den größten ökologischen und ökonomischen Bedrohungen weltweit. Sie können neue Krankheiten übertragen, Ökosysteme und die Biodiversität verändern, Kulturlandschaften zerstören, den Wert von Land und Wasser für menschliche Aktivitäten reduzieren oder andere sozio-ökonomische Auswirkungen auf die Menschen haben. Die Daisie-Webseite soll helfen, mit Informationen über invasive Arten diesen Herausforderungen zu begegnen.

Die meisten eingeschleppten Arten gelangen auf dem Land- oder Seeweg nach Europa wie die bis zu einem Meter große, giftige Riesenqualle *Rhopilema nomadica*, die Ende der 1970er-Jahre über den Suezkanal ins Mittelmeer einwanderte. Heute treiben oft über hundert Kilometer lange Schwärme im östlichen Mittelmeer und fügen Schwimmern Verletzungen zu. 2001 mussten israelische Behörden Tonnen dieser Quallen aus den Kühlbecken des Kraftwerks Hadera entfernen. Die Aktion kostete 50.000 Dollar.

Auch der globale Flugverkehr sorgt dafür, dass immer häufiger fremde Tiere einwandern. Ein Teil der Spezies wurde zufällig eingeschleppt, mehr als 6.000 Arten wurden dagegen absichtlich nach Europa gebracht – wie der zur Bekämpfung von Blattläusen importierte Harlekin-Marienkäfer, der mittlerweile eine Vorliebe für Weintrauben entwickelt und sich extrem vermehrt hat.

Der Klimawandel wird nach Ansicht von Experten in Zukunft eine Ausbreitung

der wärmeliebenden Arten überproportional fördern. Daher gelte es den zufälligen Import etwa durch Ballastwasser von Schiffen oder in Holzverpackungen einzudämmen.

Der Umgang mit Neobiota und speziell mit invasiven Arten wird auch auf der UN-Biodiversitätskonferenz im Mai in Bonn verhandelt. Aktuelle Entwicklungen von invasiven Arten in Deutschland und deren Bezug zur UN-Konferenz soll ein DNR-Workshop am 9. April in Bonn beleuchten. [bv]

- ▶ Daisie: www.europe-aliens.org
- ▶ Workshop: www.biodiv-network.de

Eurobarometer-Umfrage

EuropäerInnen besorgt um biologische Vielfalt

■ Eine Eurobarometer-Umfrage hat gezeigt, dass die Europäerinnen und Europäer sehr beunruhigt über das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten sowie die Verschlechterung des Zustands von natürlichen Lebensräumen und Ökosystemen sind. 90 Prozent der Befragten halten laut der Umfrage den Verlust an biologischer Vielfalt für ein schwerwiegendes Problem. Der Erhalt der Biodiversität ist für 93 Prozent der EuropäerInnen eine moralische Verpflichtung. Den BürgerInnen ist auch bewusst, dass ihr Wohlergehen und ihre Lebensqualität von der Biodiversität abhängen, und drei Viertel von ihnen glauben, dass der Verlust an Biodiversität negative wirtschaftliche Folgen haben kann. Zwei Drittel der Befragten erklärten, sie würden bereits persönliche Anstrengungen zum Schutz der Biodiversität unternehmen, während ein Drittel angab, gern mehr tun zu wollen.

In Griechenland, Portugal und Rumänien ist die Besorgnis am stärksten. Dennoch machen sich die EuropäerInnen weniger Sorgen über den Verlust in ihrem eigenen Land als über den weltweiten Verlust an Biodiversität. Nur ein Fünftel der Befragten ist der Ansicht, dass sie gegen-

wärtig schon vom Verlust an Biodiversität betroffen sind, wohingegen 70 Prozent davon ausgehen, dass sie oder ihre Kinder die Folgen künftig zu spüren bekommen werden.

Trotz aller Besorgnis wissen in Europa nur die wenigsten über das Kernstück des europäischen Naturschutzes Bescheid: das Natura-2000-Netz. Dieses EU-weite Netzwerk von Naturschutzgebieten für Europas wertvollste Lebensräume und am stärksten gefährdete Arten deckt mittlerweile etwa 20 Prozent der gesamten Fläche der EU ab. 80 Prozent der Befragten hatten noch nie etwas davon gehört, und von denen, die davon gehört hatten, wussten nur wenige, worum es sich genau handelt. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/eurobarometer_biodiv

Waldzustandsbericht 2007

Krank, kränker, deutscher Wald

■ Über 70 Prozent des deutschen Waldes sind als krank einzustufen. Dies berichtet die Bundesregierung im Waldzustandsbericht für das Jahr 2007. Ein Viertel aller Bäume gilt als deutlich geschädigt. Ihnen fehlt mindestens ein Viertel der üblichen Blatt- und Nadelmasse, so die Definition in dem im Januar veröffentlichten Bericht. Besonders betroffen sind die Bestände von Buchen und Eichen, die zu 85 Prozent als „sichtbar krank“ klassifiziert wurden. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Anzahl der Bäume mit deutlichen Schäden stark erhöht. Hessen verzeichnete einen Anstieg geschädigter Fichten um 10 Prozent. In Sachsen kletterte die Gesamtzahl der mit deutlichen Schäden dokumentierten Eichen von 29 auf 42 Prozent. Das ist ein Zuwachs von einem Drittel. Als Hauptverursacher der Waldschäden werden Verkehr, industrielle Landwirtschaft sowie die hohen Emissionen von giftigen Stickoxiden und Ammoniak genannt.

Umweltverbände forderten eine waldverträglichere Agrar-, Verkehrs- und Energiepolitik. Der BUND kritisierte auch die

unzureichende Beachtung von Sturm-, Hitze-, Trockenheits- und Insektenschäden. Außerdem fehlten in dem Bericht viele Schäden, die gar nicht sichtbar seien. Wenn etwa kranke Bäume durch neue ersetzt würden, so der BUND, fielen sie aus der Statistik. Viele Bäume erreichten ihr natürliches Alter nicht mehr. [tt]

- Waldzustandsbericht: www.nw-fva.de
- BUND, Waldexperte László Maráz, München, E-Mail: maraz-laszlo@gmx.net

EU Forest Focus

Waldmonitoring soll Klima berücksichtigen

■ Waldmonitoring soll in der EU um die Bereiche Klimawandel und Biodiversität erweitert werden, meint die EU-Kommission in einem im Februar veröffentlichten Bericht. Der Bericht bewertet die Umsetzung des Forest-Focus-Programms aus dem Jahr 2003, das bis 2006 lief und nicht verlängert oder ersetzt wurde. Die EU-Gemeinschaftsmaßnahme Forest Focus zielt auf ein europaweit harmonisiertes, umfassendes und breit angelegtes Langzeitmonitoring der europäischen Waldökosysteme ab. Im Mittelpunkt stehen dabei der Schutz gegen Luftverschmutzung und die Verhütung von Waldbränden. Bisher existiert kein einheitliches europäisches Waldmonitoringsystem. [bv]

- Bericht: www.kurzlink.de/com_2008_6
- Forest Focus: www.kurzlink.de/forest-focus

Tag der Artenvielfalt

Suchen für den Artenschutz

■ „Artenvielfalt in Schutzgebieten“ ist das diesjährige Motto des GEO-Tages der Artenvielfalt. Zum zehnten Mal ruft das Wissenschaftsmagazin am 14. Juni sowohl Experten als auch Schulklassen und Laien auf, innerhalb von 24 Stunden in einem selbst abgesteckten Gebiet alle Pflanzen-

und Tierarten zu dokumentieren. Neben der Hauptveranstaltung im Nationalpark Bayerischer Wald sind zahlreiche, von Privatpersonen organisierte Begleitaktionen geplant. Formuliertes Ziel des Tages ist ein Beitrag zum Erhalt und zur Dokumentation der Pflanzen- und Tierwelt. Der GEO-Tag gilt inzwischen als größte Feldforschungsaktion in Mitteleuropa. Es gibt auch eine internationale Partneraktion, dieses Jahr im Biosphärenreservat Kruger to Canyons in Südafrika. [io]

- Anmeldung: GEO-Tag der Artenvielfalt, Tom Müller, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 3703-2732, Fax -172732, E-Mail: mueller.tom@geo.de, www.geo.de/artenvielfalt

Kommunen sollten sich lieber auf die Innenentwicklung der Städte konzentrieren und Freiflächen nutzen, heißt es in der Difu-Studie mit dem Titel „Neue Baugebiete: Gewinn oder Verlust für die Gemeindekasse?“. Das könne sowohl Kosten sparen als auch Versiegelung und Zersiedelung verhindern. Rund 113 Hektar Freifläche werden derzeit in Deutschland pro Tag in Siedlungs- und Verkehrsflächen umgewandelt. Die Bundesregierung will Flächenverbrauch bis 2020 auf 30 Hektar pro Tag begrenzen. [jg]

- Difu, Michael Reidenbach, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 39001-295, E-Mail: reidenbach@difu.de, www.difu.de

STADT & REGION

Zersiedelung

Neue Baugebiete leeren die Gemeindekassen

■ In der Hoffnung auf lohnende Steuereinnahmen weisen Gemeinden gern neue Baugebiete aus. Eine „fiskalische Wirkungsanalyse von Wohn- und Gewerbegebieten“ des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), die vom Bundesamt für Naturschutz finanziert wurde, zeigt aber, dass die Folgekosten oft größer sind als die Einnahmen durch den kommunalen Finanzausgleich. Letzterer ist die Verteilung von Landesmitteln an die Kommunen und die Umverteilung von Mitteln zwischen den Kommunen. Gemeinden in Wachstumsregionen am Rande größerer Städte hätten der Studie zufolge beim Wohnungsbau höhere Gesamtfolgekosten für innere und äußere Erschließung sowie soziale Infrastruktur zu tragen als die zusätzlichen Einnahmen ausgleichen würden. Auch für die Ausweisung neuer Gewerbegebiete ergebe sich oft eine negative Bilanz. Besonders innerkommunale Wanderungen – also der Umzug innerhalb des Gebietes – zahlten sich nicht aus.

BürgermeisterInnen-Konvent

Städte wollen mehr für Klima tun als EU verlangt

■ Die EU-Kommission will gemeinsam mit BürgermeisterInnen aus ganz Europa mehr für den Klimaschutz tun und hat deshalb einen „Konvent“ initiiert. Die Mitglieder des Konvents verpflichten sich förmlich, bei der Reduzierung ihrer CO₂-Emissionen durch höhere Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien über die Ziele der EU hinauszugehen. Die teilnehmenden Städte und Regionen wollen ihre CO₂-Emissionen bis 2020 durch Aktionspläne für nachhaltige Energie um mehr als 20 Prozent senken. Nahezu 100 Städte in ganz Europa, darunter 15 Hauptstädte, haben bereits ihre Unterstützung für den Konvent bekundet. In Deutschland wollen unter anderem Bonn, Berlin, Heidelberg und München teilnehmen. Die Städte sind aufgerufen, konkrete Projekte mit messbaren Ergebnissen zu starten. Die BürgerInnen sollen mit regelmäßigen Berichten, die von unabhängigen Dritten überwacht werden können, über die Fortschritte ihrer jeweiligen Städte unterrichtet werden. [jg]

- EU-Kommission, Brüssel, Tel. +32 (2) / 2988150, www.europa.eu/rapid (IP/08/103)

Nachhaltigkeit

A-Z



G wie gutes Gewissen, gute Gewinne

»Gute« Unternehmen bieten heute nicht mehr nur hochwertige Produkte an, sie handeln auch sozial und ökologisch verantwortungsvoll. Weil es die Kundinnen und Kunden so wollen.

Doch ist »Corporate Social Responsibility« nur eine Modewelle, die in schlechten Zeiten abflaut, oder ein für das Überleben von Unternehmen notwendiger, langfristiger Trend?

M. Müller, S. Schaltegger (Hrsg.)
Corporate Social Responsibility
Trend oder Modeerscheinung?
oekom verlag, München 2007, 262 Seiten
34,80 EUR, ISBN 978-3-86581-053-3

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
Fax +49/(0)81 91/970 00-405

oekom
verlag

Die guten Seiten der Zukunft

TIERSCHUTZ & ETHIK

Irreführende Werbung

Anbindehaltung ist nicht „artgerecht“

■ Der Deutsche Tierschutzbund hat einen Erfolg im Kampf gegen irreführende Werbung erreicht. Die Molkerei Weihenstephan, die zum Müllermilch-Konzern gehört, hatte über mehrere Monate für „Milch aus artgerechter Tierhaltung“ geworben. Wie der Tierschutzbund herausfand, stammt die Milch jedoch von Kühen, die ganzjährig in Anbindehaltung leben und nie zum Grasen auf die Weide kommen. Diese Form der Tierhaltung sei zwar erlaubt, aber in keiner Weise artgerecht. Nachdem Gesprächsangebote des Tierschutzbundes an die Molkerei nicht zum Erfolg führten, hatte die Tierschutzorganisation die „Irreführung der Verbraucher“ öffentlich gemacht und ein Verfahren wegen unlauteren Wettbewerbs angestrengt.

Der Protest der Tierschützer war nun insofern erfolgreich, dass die Molkerei im Fernsehen nicht mehr mit dem Begriff „artgerechte Tierhaltung“ werben wird und der Slogan nicht mehr auf jeder Milchverpackung erscheint. Allerdings droht Müllermilch weiter mit Klagen.

Umwelt- und Tierschutzorganisationen sowie Bio-Anbauverbände kritisieren seit langem, dass die konventionelle Ernährungswirtschaft in ihrer Werbung Slogans und Bilder benutzt, die mit den tatsächlichen Produktionsbedingungen wenig oder nichts zu tun haben.

Der Tierschutzbund setzt nun auf die Kundinnen und Kunden: „Solange weder von Seiten der Landwirte noch von Molkereien oder Politik glaubwürdige Schritte unternommen werden, um die Anbindehaltung abzuschaffen, ist es besonders wichtig, bessere Tierschutzstandards auch über den Einkauf durchzusetzen.“ [mb]

► Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -41, www.tierschutzbund.de

Delfintherapie

Neues Wundermittel bringt Geld für Delfinarien

■ Die internationale Wal- und Delfinschutzorganisation WDCS hat eine Studie zu den Folgen von sogenannten Delfintherapien erstellt. Die Faktensammlung analysiert die Therapieform und ihre „Risiken und Nebenwirkungen“. Dazu gehören laut WDCS auch Gesundheitsrisiken für Mensch und Tier und die vermehrte Entnahme von Delfinen aus der freien Wildbahn. „Hinter der oft als Wundertherapie für behinderte Kinder dargestellten Methode verbirgt sich meist wenig mehr als das kommerzielle Interesse von Delfinarien“, sagte der WDCS-Experte Dr. Karsten Brensing. Wissenschaftlich haltbare Beweise, dass die Therapie mit den durch „Flipper“ berühmt gewordenen Sympathieträgern besser als andere Therapien wirkten, gebe es bisher nicht. Die WDCS zeigte sich über die Ausweitung von Fangaktionen besorgt, die auch mit der starken Zunahme von Einrichtungen für Delfintherapien zu tun hätten. So habe die türkische Regierung im November den Fang von 23 Delfinen mit der Nutzung für therapeutische Zwecke begründet. [mb]

- WDCS, Dr. Karsten Brensing, Berlin, Tel. + 49 (0)30 / 39828583, www.wdcs.de
- Studie: www.wdcs-de.org/docs/DAT-Report.pdf
- Hintergrund: www.wdcs-de.org/docs/Wildfang_von_Delfinen_fuer_Delfinarien.pdf

Seevogel-Rettungsaktionen

Retten oder erlösen?

■ Mit Öl verschmutzte Seevögel an der Nordseeküste haben Diskussionen zwischen Tier- und Umweltschützern über die richtige Vorgehensweise wieder aufleben lassen. Seit Beginn der ersten Februarwoche 2007 wurden zahlreiche ölverschmierte Trauerenten an die schleswig-holsteinische Küste gespült. Ursache war nach Angaben des Deutschen Tierschutzbundes schweres Heizöl, das sowohl Ladung als auch Treib-

stoff eines Schiffes gewesen sein könne. Immer wieder führten illegale Tankreinigungen zu erheblichen Umweltverschmutzungen, so der Tierschutzbund.

Die Zahl der freiwilligen HelferInnen zur Rettung der Tiere war groß. Viele von ihnen nahmen lange Reisewege auf sich oder beantragten Urlaub. Die Seevogelrettungsstation Weidefeld in Kappeln nahm zahlreiche Vögel auf, um sie zu stabilisieren und zu reinigen. Der Deutsche Tierschutzbund rief zu Spenden auf. Allerdings gab es auch Kritik. Nach Ansicht des Bündnisses zur Rettung verolter Vögel, Pro Bird, können nur die eigenen Spezialeinrichtungen die notwendigen Standards beim Tier-, Arbeits- und Gesundheitsschutz gewährleisten. Die Schutzstation Wattenmeer verwies wiederum auf Studien, wonach ohnehin nur ein bis fünf Prozent der gesäuberten Vögel das folgende Jahr überleben. WWF-Experte Hans-Ulrich Rösner sprach von einer Verlängerung der Qualen für die Vögel. Auch Greenpeace sieht den Kampf um restriktivere Vorschriften für Seeschiffe und deren Durchsetzung als wirksamer an. Schärfere Kontrollen und ein Verbot von Tankerrouten durch ökologisch sensible Meeresabschnitte fordern aber auch die Tierschutzorganisationen. [tt, mb]

- ▶ Schutzstation Wattenmeer, Rendsburg, Tel. +49 (0)4331 / 23622, Fax 252460, www.schutzstation-wattenmeer.de
- ▶ www.tierschutzzentrum-weidefeld.de
- ▶ www.wwf.de/regionen/wattenmeer

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Umweltinformationssystem

Datenschungel bald gelichtet?

■ Mit dem Gemeinsamen Europäischen Umweltsystem (SEIS) plant die Kommission die gegenwärtigen Datenflüsse in eine einzige, besser verknüpfte Plattform zu ermöglichen. Umweltrelevante Daten

und Informationen sollen EU-weit gespeichert werden. Die bessere Vernetzung soll nicht nur Entscheidungsträgern als Hilfediensten, sondern auch für EU-BürgerInnen eine Informationsquelle zu Umweltproblemen darstellen. Das neue System soll die Arbeit vereinfachen und gleichzeitig Dopplungen und Kosten der Datenauswertung senken.

Im Laufe des Jahres will die Kommission ihre Pläne konkretisieren. Klar ist jetzt schon, dass von der EU entwickelte integrierte Informationssysteme, wie die Inspire-Richtlinie, mit Bestandteil des neuen Systems sein sollen. [io]

- ▶ www.kurzlink.de/seis-start

Vernachlässigte Medienthemen

Umwelt kommt zu kurz

■ Die Initiative Nachrichtenaufklärung (INA) hat im Februar ihre Top-Liste der von den Medien vernachlässigten Themen des Jahres 2007 bekannt gegeben. Trotz hoher Brisanz gebe es immer wieder Nachrichten, die bei der Berichterstattung kaum vorkämen, so die INA. Der Umweltbereich stellt allein vier von acht kaum beachteten Themen: Die Gefährdung der menschlichen Fruchtbarkeit durch gesundheitsgefährdende Stoffe in Kosmetika oder Lacken, die Aufhebung des Baumschutzes in deutschen Städten, die Pläne für neue Atomkraftwerke in der Schweiz sowie die Finanzierung schadstoffintensiver Goldförderung durch die WestLB. Weitere vernachlässigte Themen waren deutsche Kriegsverbrechen in Afrika und Geheimabsprachen in der Mobilfunkbranche. Auch die Behinderung von Ombudsstellen und ganz allgemein der Qualitätsverlust im Journalismus sind für die INA wichtige Fragen, über die kaum berichtet wird.

Die Initiative Nachrichtenaufklärung wurde 1997 in Siegen gegründet und ist ein Projekt der Universitäten Dortmund, Bonn und Darmstadt. [jg]

- ▶ www.nachrichtenaufklaerung.de

Bürokratieabbau

EU-Gesetze: Schon 5.000 Seiten wegrationalisiert

■ Die EU-Kommission hat ihren zweiten Fortschrittsbericht zum Bürokratieabbau („Better Regulation Initiative“) vorgelegt. Seit dem Jahr 2005 seien demnach bereits 300 Bestimmungen oder 5.000 Seiten Gesetzestext gestrichen worden, weil sie als überflüssig, doppelt oder schädlich angesehen wurden. Das entspricht etwa fünf Prozent des gesamten EU-Gesetzeswerkes („acquis communautaire“). Laut Kommission haben die europäischen Unternehmen dadurch im vergangenen Jahr 500 Millionen Euro Verwaltungskosten gespart.

Ein Beispiel für eine Vereinfachungsmaßnahme ist die Zusammenfassung von unterschiedlichen Bestimmungen zur „innerstaatlichen Beförderung gefährlicher Güter“ in einer einzigen Richtlinie. Ursprünglich gab es für die Verkehrsträger Straße, Schiene und Binnenschiff jeweils unterschiedliche Bestimmungen sowie einzelstaatliche Ausnahmen. Durch die Integration der verschiedenen Rechtsakte konnte das Amtsblatt um rund 2.000 Seiten verringert werden.

Die Better-Regulation-Initiative wurde vor drei Jahren von Industriekommissar Günter Verheugen gestartet. Sie hat zum Ziel, bis 2012 den Verwaltungsaufwand für Unternehmen um 25 Prozent zu reduzieren. Dafür werden die Vorschriften in 13 Schwerpunktbereichen auf mögliche Vereinfachungsmaßnahmen durchsucht. Aus Umweltsicht sind vor allem Vorschriften im Abfallbereich sowie die Richtlinie zur Integrierten Vermeidung und Verminderung von Umweltverschmutzung (IPPC) betroffen.

Umweltverbände begrüßen zwar den Gedanken, die Verwaltung zu vereinfachen, warnen jedoch davor, wichtige Vorschriften zum Schutz von Umwelt und Gesundheit abzubauen. Auch fürchten sie, dass die Initiative neue Gesetze verhindern könnte – unter dem Vorwand, dass dadurch neue Bürokratie entstünde.

Um den Prozess zu beschleunigen, hat Verheugen im Herbst 2007 eine spezielle

Arbeitsgruppe zum Bürokratieabbau eingesetzt, die von dem ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber geleitet wird. Die 15-köpfige Gruppe hat erst einmal getagt und zunächst ihre Arbeit organisiert. Die Umweltverbände vertritt darin John Hontelez vom Europäischen Umweltbüro (EEB). [ms]

- ▶ Zwischenbericht der EU-Kommission zu „Better Regulation“: www.kurzlink.de/better_reg
- ▶ Hintergrundstudie der DNR EU-Koordination: www.eu-koordination.de/PDF/Fink_BetterRegulation_final.pdf

Eurobarometer

Umwelt ist für Deutsche zweitwichtigstes Thema

■ Umweltschutz und Energiefragen belegen in Deutschland mit 39 und 38 Prozent Zustimmung die Plätze zwei und drei der wichtigsten Politikfelder der Europäischen Union. Das ist ein Ergebnis des letzten Eurobarometers, einer repräsentativen Umfrage zu Europathemen. Etwas wichtiger ist den deutschen BürgerInnen nur der Kampf gegen Kriminalität mit 40 Prozent Zustimmung. Der Umweltschutz ist den Deutschen damit wichtiger als dem EU-Durchschnitt (33 Prozent).

Die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft Deutschlands hat den höchsten Stand seit Jahren erreicht, nämlich 67 Prozent. Allerdings setzen nur 46 Prozent der Befragten Vertrauen in die EU-Kommission. Höchstes Vertrauen genießt bei den Deutschen immer noch der Europäische Gerichtshof (EuGH) mit 68 Prozent. Im Vergleich dazu liegt die EU im Gesamtdurchschnitt mit der Hälfte aller Stimmen weit darunter. Allerdings fühlen sich alle EU-BürgerInnen nicht ausreichend in europäische Angelegenheiten eingebunden. Nur 28 Prozent der Deutschen und 20 Prozent der EuropäerInnen sehen sich beteiligt. [jg]

- ▶ Eurobarometer, deutsche Teilauswertungen:
- ▶ www.ec.europa.eu/deutschland/documentation/polls/index_de.htm (Herbst 2007)

Konsultation

Ihre Meinung zum Run auf Rohstoffe ist gefragt

■ Die EU-Kommission hat die Öffentlichkeit eingeladen, ihre Meinung zum Thema nicht-energetische Rohstoffe zu äußern. Bei der Konsultation, die noch bis zum 24. März läuft, geht es vor allem um die Frage, wie in einer globalisierten Wirtschaft die europäischen Unternehmen sicheren und kostengünstigen Zugang zu Rohstoffen erhalten können. Ein Diskussionspapier der Kommission schlägt eine integrierte Perspektive vor, die unter anderem handels-, entwicklungs-, umwelt- und industriepolitische Aspekte berücksichtigen soll. [ms]

- ▶ www.kurzlink.de/rawmaterials-consult

Ombudsmann

Lob fürs Einmischen

■ Der Bürgerbeauftragte der EU, der sogenannte Ombudsmann, hat die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) für ihre Arbeit gelobt. Auch grüne Aktive hätten mitgeholfen, Missstände bei den EU-Institutionen aufzudecken, sagte P. Nikiforos Diamandouros. So beschwerten sich zwei polnische NGOs über die Europäische Investitionsbank, die bei flutbedingten Sanierungsarbeiten 2001 in Polen die Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung verletzt habe. In einem anderen Fall hatte Greenpeace den „Austausch von Arbeitsplätzen“ zwischen der EU-Kommission und Lobbyisten der Chemieindustrie kritisiert. Dies hatte ein Sprecher der Kommission „unbegründet und unfair“ genannt. Greenpeace beschwerte sich beim Ombudsmann. Dieser unterstrich die Bedeutung von Transparenz bei Lobbyaktivitäten – auch wenn er in diesem Fall „keine schlechte Verwaltungspraxis“ bei der Kommission feststellen konnte. [jg]

- ▶ www.ombudsman.eu/release/de/2008-01-24.htm

Umwelthaftung

Verursacherprinzip nicht ausreichend integriert

■ Mehr als die Hälfte aller EU-Staaten hat das Verursacherprinzip immer noch nicht in die nationale Gesetzgebung zur Umwelthaftung integriert. Das kritisierte die EU-Kommission Mitte Februar im Umweltinformationsdienst ENDS Europe Daily. Obwohl die Frist zur Umsetzung bereits im April letzten Jahres verstrichen ist, hätten bisher erst 11 von 27 Staaten dafür gesorgt, dass die Umwelthaftungsrichtlinie im eigenen Land ins Rechtssystem integriert würde. Es könne keine Rede davon sein, dass das EU-Recht in allen Ländern harmonisiert umgesetzt würde. Einige Staaten gingen über die Vorschriften hinaus, andere machten Gebrauch von Ausnahmeregelungen, berichtete ein Kommissionssprecher. [jg]

EU-Kommission

Schwerpunkte für 2009

■ Als einen ihrer Arbeitsschwerpunkte für das Jahr 2009 hat die EU-Kommission den Klimawandel und eine nachhaltige Entwicklung für Europa benannt. Da im nächsten Jahr sowohl das EU-Parlament neu gewählt als auch die Kommission neu besetzt werden, plant sie keine großen Gesetzesinitiativen mehr. Gleichwohl sollen laufende Prozesse forciert und einige neue Debatten angestoßen werden.

Im Bereich Klima und Energie will die Kommission „Europas Übergang zu einer kohlenstoffarmen und ressourceneffizienten Ökonomie“ beschleunigen. Dafür sollen die im Klima- und Energiepaket vom Januar enthaltenen Vorschläge (siehe S. 12–14) umgesetzt werden. Im Effizienzbereich sollen Vorschläge zur Kennzeichnung von Reifen sowie für Maßnahmen zur Beleuchtung vorgelegt werden.

Weiterhin will die Kommission eine Strategie für den Ostseeraum sowie einen Fahrplan für die Umsetzung der EU-Nachhaltigkeitsstrategie präsentieren. Als weite-

„Wir können viele Sachen besser als die Regierung – das wird aber nicht wahrgenommen“

Slowenien ist ein kleines Land mit noch kleineren Umweltverbänden. Es ist der erste der neuen osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten, der die Europäische Ratspräsidentschaft innehat. Die Agraringenieurin Anamarija Slabe vom Institute for Sustainable Development in Ljubljana berichtet von den Tücken der Umweltsache in Zeiten des slowenischen Vorsitzes.

umwelt aktuell: Wir treffen uns hier auf einer Konferenz zu grünen Wirtschaftschancen. Ist das Thema Wälder und Wirtschaft aus Umweltsicht vordringlich?

Anamarija Slabe: Ich freue mich sehr, dass das slowenische Umweltministerium die Waldbiodiversität als Hauptthema der Ratspräsidentschaft gewählt hat. Slowenien ist über 60 Prozent mit naturnah bewirtschafteten Wäldern bedeckt. Ein Drittel der Landesfläche sind europäische Natura-2000-Schutzgebiete, die meisten davon sind Wälder. Insofern ist das Thema gut gewählt und deshalb haben wir Mitte Februar auch die internationale Konferenz „Forst und Holz – Grüne Wirtschaftschancen“ in Ljubljana organisiert.

Was sind für Sie die wichtigsten Ergebnisse der Konferenz?

Wir haben ein paar sehr gute Beispiele für nachhaltige und innovative Holznutzung zeigen können und die Teilnehmer angeregt, etwas in dieser Richtung auch in Slowenien zu unternehmen. So konnten wir durch die Präsentation einer Firma, die in Österreich Holzhäuser in innovativer Bauweise produziert, einige Teilnehmer motivieren, sich weiter mit dem Thema zu beschäftigen, und wir planen nun eine Exkursion zu diesem Betrieb in Österreich. Innovative Technologien sind wichtig für eine nachhaltige Entwicklung, und es ist eine Aufgabe unseres Instituts solche Technologien und Methoden zu vermitteln und zu verbreiten. Weil Wald für Slowenien so wichtig ist, sollten alle Unternehmen, die sich mit Holz und Wald befassen, diesen auch nachhaltig und die Ökosysteme schonend nutzen. Das ist gut für die Biodiversität, die Umwelt und Ökonomie des Landes.

Wie geht es weiter bis Mitte des Jahres?

Biodiversität, Landwirtschaft sowie Klima und Energie sind wichtige Themen auf der Agenda. Unser Institut arbeitet da besonders an den Schnittstellenthemen wie Gentechnik, Agrokräftstoffe und Klimawirkungen auf die Artenvielfalt. Beim informellen EU-Umweltministertreffen im April in Brdo möchten wir, dass einige Themen auf die Tagesordnung kommen. Die sind auch in den „Zehn grünen Prüfsteinen“ des Europäischen Umweltbüros aufgeführt, mit dem

wir eng kooperieren. Zum Beispiel sollte das Thema Boden noch einmal aufgegriffen werden, da es im Dezember im EU-Umweltministerrat gescheitert ist. Wir wünschen uns viel – auch internationale – Unterstützung für die Bodenschutzrichtlinie und beim Thema Gentechnik.

Was bedeutet die Ratspräsidentschaft für slowenische Nichtregierungsorganisationen?

Wir sehen die EU-Ratspräsidentschaft als Chance! Die Regierung bindet vielleicht die NGOs nun ein bisschen mehr ein. Es gibt in Slowenien etwa 100 Umwelt-NGOs, die mehr oder weniger aktiv sind. Die meisten sind aber sehr klein und lokal und sehr spezialisiert. Die wenigsten arbeiten auf EU-Ebene. Es gibt nur sieben NGOs, die in europäischen Netzwerken aktiv sind und im Bereich Klima, Energie, Verkehr und Biodiversität arbeiten. Die sind dafür sehr engagiert. Unsere Kooperation läuft gut, wir haben gemeinsame Interessen und eine ähnliche Arbeitsweise. Fünf der NGOs sitzen zusammen im Umweltzentrum, einem gemeinsamen Gebäude in Ljubljana. Solche Konferenzen wie diese sind eine gute Gelegenheit zusammenzuarbeiten.

Das hört sich nach einem gut eingespielten Team an. Gibt es auch Probleme?

Das größte Problem ist der Mangel an finanziellen Mitteln, nicht nur während der Präsidentschaft, sondern generell. Es gibt keine finanzielle Unterstützung durch das slowenische Umweltministerium während der Präsidentschaft und sonst auch nicht viel. Ohne das Geld aus dem deutschen Umweltministerium für unser gemeinsames Business-and-Biodiversity-Projekt hätten wir diese Konferenz gar nicht organisieren können. In der Zeit der Vorbereitung auf den EU-Beitritt gab es noch mehr finanzielle Unterstützungsprogramme für NGOs, die sind dann aber 2004 weggefallen. Das ist ziemlich schlimm, da die Anforderungen größer, die Geldbeschaffungsmöglichkeiten aber geringer geworden sind. Momentan zahlt das Umweltministerium immerhin für insgesamt acht Monate die Miete für das Umweltzentrum. Eine langfristige finanzielle Planung ist so aber natürlich nicht möglich.

Was wird sich nach dem Ende der slowenischen Ratspräsidentschaft ändern?

Positiv ist, dass wir jetzt viel über die EU und das politische Entscheidungssystem in allen Bereichen und über die Bürger generell lernen. Der Umweltsektor in Slowenien ist sehr schwach ausgeprägt. Umweltthemen werden zwar allgemein immer wichtiger – auch in den Augen der Bürger. Wir fürchten aber, dass wir nicht das leisten können, was in diesem Bereich nötig wäre, da die Anforderungen einfach zu groß sind. In den NGOs gibt es nur sehr wenige fest angestellte MitarbeiterInnen. Slowenien nutzt die Möglichkeiten, die NGOs bieten, fast gar nicht. NGOs können viele Sachen günstiger und besser machen als die Regierung. Das wird aber von der Regierung nicht wahrgenommen. Wahrscheinlich werden wir alle nach der Ratspräsidentschaft etwas erschöpft sein, aber das ist normal. Wir hoffen, dass Slowenien die zehn grünen Prüfsteine des EEB meistert, aber das wissen wir erst im Sommer. Wir werden zumindest unseren Beitrag dazu leisten, die Regierung an ihre umweltpolitischen Pflichten zu erinnern.

[Interview: Bjela Vossen]

Anamarija Slabe arbeitet für das Institute for Sustainable Development (ISD) in Ljubljana, das sie 1995 mitgegründet hat. Das ISD hat in und für Slowenien erste Standards für Ökolandbau entwickelt, den ersten Entwurf der Biolandbauregeln vorbereitet und den Biobauernverband organisiert. Es führt Beratungen für die Umstellung auf Ökolandbau durch und forscht zu Ökolandwirtschaftspolitik und zum Ökolebensmittelmarkt.

Kontakt: Institut za trajnostni razvoj – Institute for Sustainable Development (ISD)

Tel. +386 (0)1 / 439465,

E-Mail: anamarija.slabe@itr.si, www.itr.si, www.business-biodiversity.eu



re vorrangige Aufgaben für 2009 nennt sie die Umsetzung der Aktionspläne zum Erhalt der biologischen Vielfalt, zur Nutzung marktwirtschaftlicher Instrumente im Sinne der Umwelt sowie zur nachhaltigen Konsum- und Produktionsmuster. Aus umweltpolitischer Sicht dürften zudem die Überprüfung des Haushalts, die Initiative zum Bürokratieabbau sowie die Lissabon-Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung interessant werden. [ms]

- Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2009: www.kurzlink.de/arbprogr2009

Staatliche Beihilfen

Mehr Geld für grüne Unternehmen

■ Die EU-Kommission hat ihre Leitlinien zu staatlichen Umweltschutzbeihilfen für Unternehmen überarbeitet. Wichtigste Neuerung: Die Staaten können jetzt prozentual mehr Beihilfen zahlen. So wurden die „Beihilfehöchstintensitäten“ für Großunternehmen von bisher 30 bis 40 Prozent auf 50 bis 60 Prozent des geplanten Investitionsvolumens angehoben. Kleine Unternehmen können bis zu 80 Prozent staatliche Förderung erhalten. Erfolgt die Beihilfevergabe im Rahmen von Ausschreibungen, sind künftig sogar 100 Prozent zulässig. Auch über die existierenden Normen hinausgehende Öko-Innovationen sollen mehr erhalten.

Es gibt dazu neue Bestimmungen in den Leitlinien, etwa zu Beihilfen für Umweltstudien, Fernwärme oder Abfallbewirtschaftung. Einige Arten von Umweltbeihilfen müssen überhaupt nicht mehr bei der Kommission angemeldet werden, wenn sie einen bestimmten Betrag nicht überschreiten. Das soll Bürokratie sparen. Auch langfristige Steuerermäßigungen für umweltfreundliche Unternehmen sollen möglich sein, sofern „notwendig und verhältnismäßig“. [jg]

- EU-Kommission, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2988150, www.europa.eu/rapid (IP/08/80, MEMO/08/31)

Müllentsorgung

EU-Verfahren gegen Bonn

■ Öffentliche Aufträge müssen in Europa transparent ausgeschrieben werden. Ob dies bei der Entsorgung von Biomüll in der Stadt Bonn ordnungsgemäß geschah, bezweifelt die EU-Kommission und hat deshalb ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. 1997 hatte die Stadt mit einer Firma vereinbart, ihren Hausmüll in deren Müllverbrennungsanlage zu entsorgen. Dafür sollte die Firma den Bonner Biomüll in einer Kompostierungsanlage entsorgen. Der Vertrag sollte 28 Jahre gelten. Ein Konkurrent beschwerte sich und nun hat sich die EU-Kommission des Falles angenommen. Wegen der möglichen Vertragsverletzung soll die Bundesregierung jetzt eine Stellungnahme abgeben. Wenn Bonn nicht rechtmäßig gehandelt hat, könnten hohe Schadensersatzforderungen auf Deutschland zukommen. [jg]

VERKEHR & TOURISMUS

Externe Verkehrskosten

Handbuch zum Handeln für mehr Kostenwahrheit

■ Seit Januar kann sich die Europäische Kommission bei ihren Bemühungen zur Einberechnung der externen Kosten aller Verkehrsträger in die Preise für Verkehrsdienstleistungen und bei der Überarbeitung der Wegekostenrichtlinie auf ein neues Handbuch stützen. Das im Auftrag der Kommission erstellte Buch gibt einen Überblick über den Stand der Technik für die Veranschlagung externer Kosten.

Außerdem sind darin Verfahren für die Schätzung und Bezifferung der externen Kosten von Verkehrsaktivitäten zusammengefasst. Schwerpunkte liegen auf Luftverschmutzung, Lärm, Klimaveränderungen, Verkehrsüberlastungen und Unfällen im Straßenverkehr. Den Autoren zufolge ist dem Straßenverkehr der weitaus

größte Teil der externen Kosten im Verkehr zuzurechnen. Es werden aber auch andere externe Kosten und andere Verkehrsträger berücksichtigt, beispielsweise die Kosten der Luftverschmutzung durch einen Lkw in einem Ballungsgebiet.

Das Handbuch wurde von verschiedenen Forschungseinrichtungen aus mehreren Ländern zusammengestellt. Eine förmliche Mitteilung der Kommission zu den externen Kosten ist für Juni 2008 geplant. [mbu]

- Handbuch Download (PDF, 336 S., 4,5 MB): www.kurzlink.de/handbook-excort

Lärm und Gesundheit

Straßen- und Fluglärm erhöhen den Blutdruck

■ Wissenschaftler haben bestätigt, dass mit steigender Lärmbelastung auch der Blutdruck steigt. Einer internationalen Studie zufolge, die im Januar veröffentlicht wurde, haben Menschen, die häufig Nachtfluglärm ausgesetzt sind, signifikant höhere Blutdruckwerte als jene, die in ruhigeren Wohngebieten leben. Ein Anstieg des nächtlichen Fluglärmpegels um zehn Dezibel im Schallpegelbereich zwischen 30 und 60 Dezibel erhöht das Risiko für Bluthochdruck um etwa 14 Prozent, und zwar gleichermaßen bei Frauen wie bei Männern.

An der europäischen Studie, an der auch das deutsche Umweltbundesamt (UBA) mitwirkte, nahmen rund 5.000 Anwohnerinnen und Anwohner der Flughäfen Amsterdam, Athen, Berlin, London, Mailand und Stockholm teil. Die Forscher ermittelten die Wirkungen des Flug- und Straßenverkehrslärms auf die Gesundheit, vor allem auf den Blutdruck.

Grundlage für die Untersuchung des Fluglärms waren die Flugbewegungen und Flugzeugdaten. Die nächtliche Fluglärmbelastung der Testpersonen lag zwischen 30 und 60 Dezibel. Zum Vergleich umfassten die Stichproben auch Personen, die keinen wesentlichen Lärmbelastungen ausgesetzt

waren. Einflüsse durch soziodemografische Merkmale wie Alter und Schulbildung oder bestimmte Risikomerkmale – etwa Rauchen, Übergewicht, körperliche Aktivität – wurden durch die Auswahl der Probanden weitgehend ausgeschlossen.

Die subjektive Einschätzung der Lärm-situation der Befragten zeigte zudem einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Lärmbelastung des Flug- oder Straßenverkehrs-lärms und dem Schallpegel außerhalb der Wohnungen: Je höher die Schallbelastung, desto höher die Belästigung der Menschen durch den Lärm. Die Forscher stellten fest, dass sich die Menschen bei gleicher Schallbelastung durch Fluglärm stärker gestört fühlen, als aus früheren Untersuchungen bekannt war. [mbu]

- ▶ UBA, Dessau, Tel. +49 (0)340 / 21030, E-Mail: pressestelle@uba.de, www.uba.de
- ▶ Studie: www.ehonline.org/docs/2007/10775/abstract.html

Luftqualität

Verkehr macht Atmen in Europa riskanter

■ Die Luftqualität in der EU hat sich zwischen 2001 und 2005 deutlich verschlechtert. Einer Studie des Europäischen Zentrums für Luft und Klimawandel (ETC) zufolge überschritt 2005 vor allem die Konzentration von Feinstaubpartikeln in der Größe bis zehn Mikrometer (PM₁₀), Stickstoffdioxid (NO₂) und Ozon die erlaubten Grenzwerte in erheblichem Maß. Die jüngsten Daten, die Ende Januar veröffentlicht wurden, haben die Experten mit Messwerten aus dem Jahr 2001 verglichen.

So wurden die täglichen Obergrenzen für PM₁₀-Feinstaub in 44 Prozent der untersuchten Zonen nicht eingehalten. Die gesundheitlich bedenkliche Schwelle für Ozon überschritt ein Drittel der Zonen, das

zulässige jährliche Limit für NO₂ mehr als ein Viertel. Bessere Werte im Vergleichszeitraum stellte die Studie lediglich für Schwefeldioxid (SO₂) fest. Hier wurden 2005 pro Tag, pro Jahr und im Winter weniger Überschreitungen der Konzentration gemessen als vier Jahre zuvor. Einbezogen in die Studie waren alle EU-Staaten außer Bulgarien und Rumänien.

Hauptverantwortlich für die schlechtere Luftqualität ist laut Studie der Verkehr. Mehr als 70 Prozent der NO₂-Überschreitungen, über die Hälfte der höheren PM₁₀-Werte und 20 Prozent der gesteigerten Ozonkonzentration seien auf den regionalen Verkehr zurückzuführen. Für Schwefeldioxid hingegen seien hauptsächlich die Industrie und die Energieerzeugung verantwortlich, schreiben die Autoren.

[mbu]

- ▶ Studie (PDF, 100 S., 2,5 MB): www.kurzlink.de/etcacc-2007



Die Ressourcen- und Energieeffizienz sollte mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung im Zentrum einer „dritten industriellen Revolution“ stehen.

Diese Studie zeigt Wege zur Optimierung des rechtlichen Instrumentariums zur Schonung der natürlichen Ressourcen auf. Leitbilder hierfür sind neben der Reduzierung des Ressourceneinsatzes vor allem die Steigerung der Ressourceneffizienz. Ansatzpunkte sind insbesondere die bislang wenig untersuchten Phasen des Stoffstroms.

Grundlagen der Weiterentwicklung von rechtlichen Instrumenten zur Ressourcenschonung

Herausgegeben vom Umweltbundesamt

Von Prof. Dr. Alexander Roßnagel und PD Dr. Joachim Sanden

Unter Mitarbeit von Ass.iur. Steffen Benz, LL.M., Ref. iur. Verena Stein, LL.M., Univ. Kassel, Fachgebiet Öffentliches Recht mit dem Schwerpunkt Recht der Technik und der Umwelt

2007, 175 Seiten, Euro (D) 34,80.
ISBN 978 3 503 10661 5

Berichte des Umweltbundesamtes, Band 2/07

Bestellmöglichkeit online unter [www.ESV.info/978 3 503 10661 5](http://www.ESV.info/978_3_503_10661_5)

ESV

ERICH SCHMIDT VERLAG
Postfach 30 4240 • 10724 Berlin
Fax 030 / 25 00 85 275
E-Mail: ESV@ESVmedien.de
www.ESV.info
www.UMWELTDigital.de

ÖPNV

Wie Bus und Bahn attraktiver für Jugendliche werden

■ Vor zwei Jahren hat die Naturfreundejugend Deutschlands eine Imagekampagne für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) gestartet. Dabei arbeitete sie mit dem Rhein-Main-Verkehrsverbund zusammen und realisierte unter anderem die Webseite www.mainmove.de. Die Resultate der Kampagne und der Kooperation wurden nun in einer Broschüre zusammengefasst.

Die vom Bundesumweltministerium geförderte Broschüre enthält Hintergrundartikel über Jugendmobilität und über Ansätze zur Imageverbesserung des ÖPNV. Im Kapitel „Ideenbörse“ werden Beispiele guter Praxis aus Verbänden, Verkehrsverbänden und -betrieben vorgestellt. Die Autoren präsentieren außerdem die neue Internetseite www.youthmove.de, auf der Jugendliche Tipps und Tricks zur Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln sowie ein Glossar mit wichtigen Begriffen finden. Das Heft ist gegen eine Schutzgebühr von 2,50 Euro bei der Naturfreundejugend erhältlich. [mbu]

- Naturfreundejugend, Remagen, Tel. +49 (0)2228 / 9415-0, Fax -22, www.naturfreundejugend.de

WASSER & MEERE

Erika-Prozess

Total muss büßen

■ Mehr als acht Jahre nach dem Untergang der „Erika“ ist der Ölkonzern Total der mangelnden Vorsicht für schuldig befunden worden. Nach dem Urteil des Pariser Strafgerichts vom 16. Januar ist das Unternehmen mitverantwortlich für die Ölkatastrophe, die nach dem Schiffbruch des Tankers 1999 die Bretagne heimsuchte. Total muss die Höchststrafe von 375.000 Euro Bußgeld bezahlen. Auch der italie-

nische Reeder, dessen Verwalter und die Zertifizierungsgesellschaft RINA wurden für mitschuldig am Untergang des verwrlosten Schiffes erklärt. Alle zusammen müssen außerdem 192 Millionen Euro Schadenersatz zahlen. Der tatsächliche Schaden war allerdings ungleich größer: Im Dezember 1999 hatten 30.000 Tonnen Schweröl die Atlantikküste auf einer Länge von 400 Kilometern verschmutzt. Zehntausende Wasservögel gingen zugrunde, die Tourismuseinnahmen stagnierten.

Mit Total ist erstmals ein Unternehmen für eine Umweltkatastrophe und nicht nur für den materiellen oder moralischen Schaden verurteilt worden. Der Konzern will gegen das Urteil in Berufung gehen. [jg]

- www.euractiv.com/de/umwelt/article-169634

Ostseepipeline

EU-Toleranz für Gasleitung im Meer schwindet

■ Die umstrittene Ostseepipeline erhält in der EU immer mehr Gegenwind. Der Petitionsausschuss des Europaparlaments führte Ende Januar eine Anhörung über die geplante Gasleitung von Russland nach Deutschland durch, auf der zahlreiche ungeklärte Probleme zur Sprache kamen. EU-Umweltkommissar Stavros Dimas sagte, die Genehmigung für das Milliardenprojekt werde nur erteilt, wenn sich alle beteiligten Staaten an europäische und internationale Umweltgesetze hielten. Umweltverträglichkeitsprüfungen seien allerdings Sache der Mitgliedstaaten. Polnische und litauische AktivistInnen protestierten mit 28.000 Unterschriften gegen die erwarteten hohen Umweltrisiken.

Die 1.200 Kilometer lange Pipeline soll ab 2010 Gas in großen Mengen direkt von Russland nach Deutschland befördern. Die beiden Länder profitieren nach Ansicht anderer Ostseestaaten als einzige von dem Projekt. Die geplante Route durchquert aber auch die Hoheitsgebiete von Finnland, Schweden und Dänemark.

Das Baukonsortium Nord Stream besteht aus den deutschen Firmen BASF und Eon, der niederländischen Gasunie und der russischen Gazprom, die mit 51 Prozent Hauptaktionär ist. Aufsichtsratsvorsitzender des Konsortiums ist der deutsche Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder.

Mehrere Ostseerainer haben schon seit längerem schwere Bedenken gegen die Gaspipeline. Mitte Februar wies die schwedische Regierung den Bauantrag als ungenügend zurück. Es fehlten Angaben für eine Umweltprüfung sowie eine Prüfung alternativer Streckenführungen einschließlich einer Variante an Land.

Auf Drängen einer Gruppe von Europaparlamentariern hat die EU-Kommission für den 6. März eine Sondersitzung einberufen. Im Sommer soll ein Bericht zum Thema im EU-Parlament behandelt werden. Berichterstatter ist der nationalkonservative Abgeordnete Marcin Libicki aus Polen. [jg, mb]

- www.europarl.eu (Ausschüsse – PETI)
- www.de.wikipedia.org/wiki/Ostseepipeline

EU-Fischereipolitik I

Sarkozy fischt im nationalen Becken

■ Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy hat den Fischern seines Landes versprochen, sich während der kommenden französischen EU-Ratspräsidentschaft für die Abschaffung der Fischfangquoten einzusetzen. Der Staatschef nannte die Fischerei der rund 8.000 Schiffe der französischen Fangflotte einen „Teil der nationalen Identität“.

Die Europäische Union legt jedes Jahr Fangquoten für die Mitgliedstaaten fest. Diese seien Jahr für Jahr viel zu hoch, kritisieren UmweltschützerInnen (umwelt aktuell 02.08, S. 27). Frankreich übernimmt turnusgemäß vom 1. Juli an für ein halbes Jahr den Vorsitz über die EU-Ratspräsidentschaft. [jg]

- www.kurzlink.de/surpecheur

EU-Fischereipolitik II**Kontrollen ineffizient**

■ Über eine grundlegende Reform der EU-Fischereiwirtschaft haben Mitte Februar die EU-Fischereiminister diskutiert. Besonders die mangelnden Kontrollen bei der Einhaltung der Fangquoten seien ein Problem. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Schiffskontrolle müsse verstärkt werden, ebenso die Bewertung der von den Mitgliedstaaten festgelegten Strafen bei Übertretung der Regelungen. Das zurzeit existierende Kontrollsystem sei „ineffizient, zu teuer, kompliziert und erfülle nicht die Erwartungen“, so der zuständige slowenische Minister Iztok Jarc. Die EU-Kommission soll in der zweiten Jahreshälfte einen Gesetzesvorschlag für eine Neuregelung der Kontrolle der Gemeinsamen Fischereipolitik vorlegen. Bei besagtem Treffen wurde über einen Entwurf („non-paper“) diskutiert.

Außerdem war ein neues Fischereiabkommen mit Mauretanien Thema. [jg]

► Slowenische EU-Ratspräsidentschaft:
www.eu2008.si

Chemikalienbelastung**Sonnencremes lösen Korallensterben aus**

■ Nur zehn Mikroliter Sonnencreme auf einen Liter Meerwasser können dazu führen, dass innerhalb von nur vier Tagen eine Korallenbleiche einsetzt. Das ergab eine Untersuchung von Meeresbiologen der Polytechnischen Universität von Ancona (Italien), die im Wissenschaftsmagazin Environmental Health Perspectives veröffentlicht wurde. Offenbar läuft eine virale Infektion auf dem Umweg über die in Symbiose mit den Korallen lebenden Algen. Besonders problematisch seien Salze und Ester der Zimtsäure, ein Benzophenon und ein Kampferderivat sowie das Konservierungsmittel Paraben. [jg]

► www.presetext.de/pte.mc?pte=080131003

Meeressäuger**Brüssel will Walfang stoppen**

■ Zwar hat die EU noch keine gemeinsame Haltung entwickelt, doch äußerte die Europäische Kommission Mitte Februar Kritik am japanischen Walfang zu „wissenschaftlichen Zwecken“. Umweltkommissar Stavros Dimas forderte die EU-Staaten auf, eine gemeinsame Position zu finden. Bis zum Treffen der Internationalen Walfangkommission im Juni müsse die Kommission ein Mandat haben, um für die Gemeinschaft verhandeln zu können. Wandernde Walarten nur in EU-Gewässern zu schützen sei nicht genug. Umweltschützer hatten im Januar mehrere Tage lang eine japanische Walfangflotte blockiert. [jg]

- Sea Shepherd Conservation Society, Washington, Tel. +1 (0)360 / 3705650, www.seashepherd.org
- Greenpeace Japan, Junichi Sato, Walprojekt, Tokyo, Tel. +81 (0)80 / 50882990

Evolution im Meer**Die Stärksten werden gefressen**

■ Die industrielle Ausbeutung der Fischbestände könnte langfristig zu einer Veränderung des Erbgutes führen, warnt eine internationale Gruppe von WissenschaftlerInnen im Fachmagazin Science. Die Fische, die die Fischerei überleben, seien meist kleiner als ihre Artgenossen, die auf den Tellern landen, und erzeugen kleinere Nachkommen. Durch die Veränderung der Körpergröße könnten sich auch Nahrungsketten und andere ökologische Prozesse verändern. Damit greife die industrielle Fischerei in die Evolution ein. Auch die Fischbetriebe machten weniger Gewinn, wenn die Fische immer kleiner würden. Die Forschergruppe spricht sich deshalb für einen „evolutionsbiologischen Ansatz für das Fischereimanagement“ aus. [jg]

► Leibniz-Institut, Prof. Dr. Robert Arlinghaus, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 64181-653, Fax -750, www.adaptfish.igb-berlin.de

Klimawandel**Meeresspiegelanstieg kann sehr schnell gehen**

■ Eine Gruppe von Wissenschaftlern der Universitäten Tübingen, Southampton, Cambridge und New York hat historische Phasen von Klimaerwärmung und Meeresspiegelanstiegen untersucht. Sie fanden heraus, dass es bereits Zeiten gab, in denen der Meeresspiegel rasant anstieg: um 1,60 Meter innerhalb von 100 Jahren. Dies war zwar vor rund 120.000 Jahren, aber die Resultate zeigen erstmals, wie schnell der Meeresspiegel den Höchststand erreichte. Dieser lag rund sechs Meter über dem heutigen Niveau. 1,60 Meter in 100 Jahren sind etwa das Doppelte des vom Weltklimarat IPCC geschätzten Maximums. Die Forscher sehen in dem Wert einen Anhaltspunkt für den möglichen Extremfall. Die Gruppe vermutet, dass im IPCC-Bericht der Einfluss dynamischer Eisschichtenprozesse nicht berücksichtigt wurde. [jg]

► Studie: www.nature.com/nggeo/journal/v1/n1/full/nggeo.2007.28.html

Artenschutz**Deutsch-tschechisches Otterprojekt**

■ Um die Vernetzung von Lebensräumen geht es beim Projekt „Otterbahnen nach Oberfranken“, das Mitte Februar begonnen hat. Das Projekt soll mit Hilfe von Lebensraumkorridoren in grenzüberschreitender Zusammenarbeit ermöglichen, dass Fischotter aus Tschechien über Oberfranken nach Luxemburg und Belgien gelangen können. In Tschechien gibt es im Unterschied zu Deutschland noch eine stabile Population. Der Otter gilt dem Projekt als Symbol für grenzüberschreitenden Gewässerschutz. Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt finanziert das Projekt mit 120.000 Euro. [jg]

► www.otterfranken.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Klima-Allianz

Erste Gewerkschaft ist Mitglied im Bündnis

■ Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) ist im Februar als erste Gewerkschaft der Klima-Allianz beigetreten. Sie wolle als Motor in der Bau- und Agrarwirtschaft wirken, um den Klimawandel aufzuhalten, teilte die IG BAU mit. Die Branchengewerkschaft, die rund 350.000 ArbeitnehmerInnen vertritt, geht mit gutem Beispiel voran und wechselt mit ihren rund 100 Standorten bundesweit zu einem Ökostromanbieter. Außerdem will sie ihre Mitglieder für den Klimaschutz sensibilisieren.

Die Klima-Allianz wurde im April 2007 gegründet. Dem Bündnis gehören fast 100 Umweltorganisationen, Kirchen und gesellschaftlich engagierte Gruppen an. Mit dabei sind alle großen Umweltverbände, darunter der DNR und viele seiner Mitglieder, viele Nord-Süd-Organisationen sowie Attac. [jg]

- ▶ www.ig-bau.de
- ▶ www.die-klima-allianz.de

Umweltgutachterausschuss

Verbändevertreter berufen

■ Im Januar sind sechs Vertreter des DNR und seiner Mitgliedsverbände BUND, NABU und BBU vom Bundesumweltministerium in den Umweltgutachterausschuss (UGA) berufen worden. Bis Ende 2010 werden sie vor allem weiter am europäischen Umweltmanagement- und Auditsystem EMAS arbeiten. Als UGA-Mitglieder für die Verbände sind jetzt Wolfgang Guhle (BBU), Ludwig Glatzner (BUND) und Jens Pape (NABU) berufen, zu stellvertretenden Mitgliedern Bernd Schott (BUND), Edmund A. Spindler (DNR) und Hans Ewers (NABU). Wolfgang Guhle vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz ist auch wieder einer der vier stellvertretenden UGA-Vorsitzenden.

Zum Umweltgutachterausschuss zählen bundesweit 50 ExpertInnen aus den Bundes- und Landesverwaltungen, aus Unternehmen und deren Verbänden, aus Gewerkschaften und von Umweltverbänden. Zu den Aufgaben des UGA gehören Qualitätsvorgaben für Umweltgutachter, die Förderung des EMAS-Systems sowie die Beratung des Umweltministeriums in Umweltmanagementfragen. [mb]

- ▶ UGA, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 297732-30, Fax -39, www.uga.de

Biodiversitätsgipfel

„Plaza der Vielfalt“

■ Während der UN-Konferenz zur biologischen Vielfalt organisiert die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) vom 27. bis 30. Mai ein Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm auf dem Bonner Robert-Schuman-Platz in der Nähe des Tagungsortes. Etwa 160 Verbände – darunter auch der Deutsche Naturschutzring sowie das Forum Umwelt und Entwicklung –, Firmen und Forschungsstätten aus dem In- und Ausland stellen neue Projekte und Produkte vor, die zum Erhalt der Artenvielfalt beitragen sollen. Ein Diskussions- und Informationsforum behandelt aktuelle Entwicklungen. Jeder der vier Tage steht unter einem eigenen Themenschwerpunkt. Insgesamt sollen etwa 20 einstündige Veranstaltungen stattfinden. Sie befassen sich mit Themen wie Klimawandel, Biotreibstoffe, Nahrungsmittelsicherheit oder der Bedeutung von Biodiversität für Forschung und Wirtschaft. Außerdem stellt die DBU interaktive Ausstellungen zu Naturschutz und Bionik mit Führungen auch für Schüler vor. [mb]

- ▶ www.plaza-der-vielfalt.de
- ▶ DBU, Martin Schulte, Osnabrück, Tel. +49 (0)541 / 9633940, E-Mail: m.schulte@dbu.de, www.dbu.de

Nachhaltigkeit

A-Z



S wie soziales Engagement

Acht Monate lang reisten Jan, Tim und Metti durch Asien, Afrika und Lateinamerika. Sie trafen 33 »Sozialunternehmer« – Menschen, die nicht tatenlos zusehen, wenn etwas schief läuft, sondern auf eigene Faust gesellschaftliche Probleme bekämpfen. Die drei Studenten porträtieren diese »Sozialunternehmer« und ihre Projekte und geben konkrete Tipps, wie andere junge Menschen aktiv werden können.

J. Holzapfel, T. Lehmann, M. Spiecker
Expedition Welt
 Vom Abenteuer, sich zu engagieren
 oekom verlag, München 2008, 304 Seiten, 16,90 EUR
 ISBN 978-3-86581-089-2

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
 Fax +49/(0)81 91/970 00-405

Die guten Seiten der Zukunft

 **oekom**
verlag

PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

Jugendumweltwettbewerb I**Die Vielfalt der Natur entdecken**

■ Einen Schüler- und Jugendwettbewerb haben die Zeitschrift National Geographic, der Kinderfernsehsender Nick und die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) ausgeschrieben. Wer zwischen zehn und vierzehn Jahre alt ist und sich für die Natur einsetzt, kann sich beteiligen. Gefragt sind Engagement und neue Ideen – egal ob naturwissenschaftliche, künstlerische oder Aktionsideen. Eine Reihe von Vereinen, Naturschutzgruppen und Umweltbildungszentren haben zugesagt die jungen Aktiven zu unterstützen.

Für den allgemeinen Wettbewerb läuft die Bewerbungsfrist bis zum 19. Oktober. Wer seine Ideen schon im Mai auf der UN-Konferenz für biologische Vielfalt in Bonn präsentieren will, muss dagegen schnell sein und sie schon bis zum 16. März einreichen. [jg]

- ▶ Wettbewerb: www.entdecke-die-vielfalt-der-natur.de
- ▶ Ansprechpartnerin: DBU, Zentrum für Umweltkommunikation, Vera Pfister, Osnabrück, Tel. +49 (0)541 / 96339-32, Fax -90, E-Mail: v.pfister@dbu.de

Jugendumweltwettbewerb II**TRIOlogisch die Umwelt retten**

■ Die BUNDjugend ruft junge Menschen zwischen 11 und 15 Jahren auf, sich am Umweltwettbewerb TRIOlogisch! zu beteiligen. Unter dem Motto „Entdecken, Motzen, besser Machen“ können Projekte aus den Bereichen Natur- und Umweltschutz sowie Projekte für eine gerechtere Gesellschaft vorgeschlagen werden. Für grenzüberschreitende Vorhaben sind Zusatzpreise

ausgelobt. Mit einer Dokumentation ihres Projekts nehmen die Kinder und Jugendlichen am Wettbewerb teil und können Sachpreise gewinnen. Hauptgewinn ist eine einwöchige Donau-Schlauchbootfahrt im kommenden Sommer. Wer sich im Internet anmeldet, bekommt ein kostenloses Starterset zugeschickt. Einsendeschluss ist der 1. Juni. [jg]

- ▶ Wettbewerb: www.triologisch.de
- ▶ Ansprechpartner: BUNDjugend, Martin Malkmus, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 27586583, E-Mail: martin.malkmus@bundjugend.de

Trophée de femmes**Frauen an die Naturmacht!**

■ Seit 2004 zeichnet die Umweltstiftung Fondation Yves Rocher jährlich drei Frauen aus, die sich im Umwelt- und Naturschutz außerordentlich engagiert haben. Dies geschieht in mehreren Ländern. In Deutschland wählte die Stiftung zusammen mit den Zeitschriften Natur+Kosmos und Für Sie sowie dem Institut de France aus über 60 Bewerberinnen drei Frauen für den mit insgesamt 18.000 Euro dotierten Preis aus. Auf Platz eins kam die Gründerin des Netzwerks „Living Lakes“, Marion Hammerl vom Global Nature Fund. Als Erste ermöglichte sie einen weltweiten Austausch unter Umweltorganisationen über Probleme der Seen. Mittlerweile gehören weltweit 45 Seenpartner dem Netzwerk an.

Zweitplatzierte wurde Eva-Maria Epple vom Fachverband Fußverkehr (FUSS) mit ihrem Projekt „20 grüne Hauptwege in Berlin“. Die 20 Spazierwege sollen ganz Berlin miteinander verbinden und so eine „grüne Alternative“ zum Autoverkehr bieten.

Der Naturhof Faßmannsreuther Erde ist das Projekt der dritten Gewinnerin Ingrid Schaller. Sie will damit das Bewusstsein im Umgang mit der Natur fördern. Neben einem Informations- und Veranstaltungsgebäude wachsen in einem Schulgarten 200 heimische Kräuterarten. [io]

- ▶ www.yves-rocher-fondation.org

Energiewende-Projekte**Europäischer und Deutscher Solarpreis 2008**

■ Eurosolar, die Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien, hat die diesjährigen Deutschen und Europäischen Solarpreise ausgeschrieben. Preiswürdig sind „herausragende innovative und kreative Leistungen für die Verbreitung Erneuerbarer Energien“. Es können sich sowohl Kommunen als auch Unternehmen, Vereine, Medien und Bildungsorganisationen beteiligen. Einen Sonderpreis gibt es für Einzelpersonen. Eurosolar verleiht seit 1994 Solarpreise. Europaweit wurden bisher rund 300 PreisträgerInnen ausgezeichnet.

Bis zum 31. Juli können Bewerbungen und Vorschläge eingereicht werden. [jg]

- ▶ Eurosolar, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 362373, Fax 361279, E-Mail: info@eurosolar.org, www.eurosolar.org

Didacta 2008**DNR auf der Bildungsmesse**

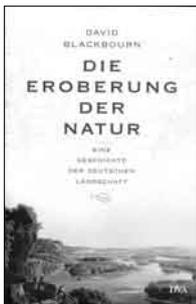
■ Auf der Bildungsmesse „didacta“ vom 19. bis 23. Februar in Stuttgart hat der Deutsche Naturschutzring (DNR) wieder einen Sonderstand für seine Mitgliedsverbände angeboten. Gemeinsam mit dem NABU Baden-Württemberg und der Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU) stellte der DNR Projekte zu den Themen Umweltbildung, Nachhaltigkeitsstrategie, Geschlechtergerechtigkeit und Biodiversität vor. Außerdem informierte der Dachverband über die Arbeit seiner EU-Koordination sowie des Forums Umwelt und Entwicklung. Der DNR zog eine positive Bilanz der Messe und hofft nun auf eine Teilnahme bei der didacta 2009 mit möglichst vielen seiner Mitgliedsverbände. [mb]

- ▶ DNR, Bildungsexperte Klaus Hübner, Hilpoltstein/Mfr., Tel. +49 (0)9174 / 477540, E-Mail: k-huebner@lbv.de, www.lbv.de/umweltbildung

REZENSIONEN

Natureroberung deutscher Landschaften

In die Vergangeneheit zurückversetzt würden wir verblüfft feststellen, dass wir unsere eigene Heimat nicht wiedererkennen. Die Menschheit hat die Naturlandschaft immer wieder verändert. Dabei wohnt dieser auch ohne unser Zutun eine enorme Dynamik inne.



■ Deutschland hat viel erlebt: Herrscher kamen und gingen, Revolutionen und Kriege erschütterten das Land. Doch „welche umstürzenden Ereignisse der Krieg auch bringen

würde, die natürliche Landschaft (...) war immer da, beruhigend unveränderlich. Nur dass sie tatsächlich alles andere als unveränderlich war. Ein Deutscher, der aus dem Jahr (...) 1940 in das Jahr 1750 zurückversetzt worden wäre, hätte zu seiner Verblüffung festgestellt, wie anders die „natürliche“ Landschaft aussah (...). Würde man ihn in die Zeit weit vor homo sapiens zurückversetzen, würde er seine Heimat nicht wiedererkennen. Doch die Naturgeschichte von Beginn an aufzurollen ist nicht das Anliegen von David Blackbourn. Betrachtet werden lediglich die letzten 250 Jahre. Im Stile eines Erzählers lässt der Historiker uns „erleben“, wie unsere Vorfahren die Landschaft verändert haben, indem sie Sümpfe trockenlegten, Flüsse begradigten und Staudämme errichteten. Keiner dieser Eingriffe war zum jeweiligen Zeitpunkt etwas wirklich Neues. Neu war jedoch das Ausmaß, mit dem der moderne Mensch sich seit dem 18. Jahrhundert die Natur untertan machte.

Inhaltlich könnte man das Buch als eine Geschichte des modernen Wasserbaus bezeichnen, in der Gesamtbetrachtung wäre diese Einstufung jedoch zu profan. Was der Harvard-Dozent vorgelegt hat, ist vielmehr ein wortgewaltiges Potpourri aus Natur-, Sozial- und Geistesgeschichte. Mit einer akribischen Liebe zum Detail, mit einer Fülle von Querverweisen zur Kulturgeschichte beschreibt er unter anderem die Tulla'sche Rheinkorrektur,

die nordwestdeutsche Moorkolonisation sowie die Umgestaltung des von Hitler eroberten „Lebensraums im Osten“. Beginnen und enden lässt er seine Ausführungen im Oderbruch, das Friedrich der Große trockenlegen ließ und welches 1997 vom Hochwasser heimgesucht wurde. Hier im Herzen Europas wird die Zwiespältigkeit des menschlichen Schaffens besonders deutlich. Die Umgestaltung der versumpften Flusslandschaft entzog der Fischerei ihre Grundlage. Die Verkürzung des Flusslaufs erhöhte die Fließgeschwindigkeit, die an das träge dahinfließende Wasser angepassten Fischarten blieben aus. An Land veränderte die Absenkung des Grundwasserspiegels den Lebensraum dramatisch und führte zum Aussterben so mancher Pflanzenart. Demgegenüber stehen die Ausrottung der Malaria sowie die Schaffung einer produktiven Agrarlandschaft. Sie gab weit mehr Menschen ein Auskommen als es die Fischerei jemals vermochte – freilich um den Preis episodisch auftretender, katastrophaler Hochwässer. Selbstverständlich vergisst Blackbourn auch nicht zu thematisieren, dass die Melioration des deutsch-polnischen Grenzlandes kein gewaltfreies Unternehmen war. Auch wenn der Alte Fritz im Triumphgefühl des Erfolges von einer „friedlichen Eroberung“ sprach, gab es viele Zeitgenossen, die das Projekt als einen „in der Stille geführten Siebenjährigen Krieg“ betrachteten.

In der Summe ist es genau diese Darstellung des Themas in all ihren Facetten, die beeindruckt. Keine einseitigen Anklagen, keine Verherrlichung der Technik, nur profunde Erzählkunst. Prädikat: lesenswert!

[Christoph Hirsch]

► Blackbourn, D.: Die Eroberung der Natur. Eine Geschichte der deutschen Landschaft. DVA, München 2007, 592 S., 39,95 €, ISBN 978-3-421-05958-1

Baumwolle globalisiert

Mit Spitzen gegen die Weltbank und Vorortrecherchen entführt der Romancier Orsenna die LeserInnen auf eine Weltreise. Seine Gespräche mit Betroffenen öffnen den Blick.



■ Der bekannte französische Romancier Erik Orsenna „erweitert das Feld der Literatur“ – so kündigte Le Figaro dieses Buch an. Und tatsächlich stellt es einen neuen literarischen Ansatz

dar, so etwas wie einen polit-analytischen Reisebericht in Romanform. Dabei ist die Reise dem Thema untergeordnet, anders als in den klassischen Reiseberichten, in denen die Orte die Themen definieren.

Orsenna, Mitglied der traditionsreichen Académie Française, berichtet von einer Weltreise – einer Weltreise zu den Orten der Baumwollproduktion und -verarbeitung. Der mehrfach preisgekrönte Autor zeigt dabei sehr spielerisch und gut lesbar, was Globalisierung bedeutet und welche Auswirkungen sie hat. Überhaupt liest sich das Buch – was dem Autor hoch anzurechnen ist – trotz relativ anspruchsvoller politischer Analyse sehr flüssig und spannend, ist also durchaus als Bettlektüre geeignet.

Orsennas Reise führt ihn zu fünf neu-ralgischen Punkten des globalisierten Baumwoll-Business: nach Mali, Brasilien, China, Ägypten, Usbekistan und in die USA. Orsenna berichtet von seinen Gesprächen mit verschiedenen Protagonisten des Baumwoll-dramas: mit Farmern, Textilproduzenten, Händlern, Lobbyisten. Ergänzt wird das Ganze durch scharfsinnige Beobachtungen seines Gegenstands: was uns Geographie, Geschichte und Zeitgeschichte über das große Geschäft mit der Baumwolle verraten.

Dennoch bleibt Orsenna – aus politikwissenschaftlicher Sicht – oft zu sehr an der Oberfläche, kratzt die Probleme nur

an, statt sie in ihrer Tiefe zu erforschen. Aber letztlich ist das auch nicht sein Anliegen – und der Grund dafür, warum das Buch es schaffen könnte, auch politisch weniger vorgebildete Menschen mit der Globalisierung und ihren Auswirkungen bekannt zu machen.

Insgesamt also mehr ein kritischer Reisebericht als der Versuch einer umfassenden Analyse von Strukturen und Triebkräften – aber gerade deswegen sehr lesenswert. Orsennas Kritik an der Globalisierung ist substanzvoll, nur eben mehr praktisch begründet. Sie zeigt sich an schönen kleinen Spitzen etwa gegen die Weltbank („Vielleicht ist auch eine einzige Bank für die ganze Welt keine besonders gute Idee“) oder auch einfach an Untertiteln wie „Die Vereinigten Staaten. Lang lebe die Lobby!“

[Philipp Steuer]

- ▶ Orsenna, E.: Weiße Plantagen – Eine Reise durch die globalisierte Welt. C.H. Beck, München 2007, 288 S., 18,90 €, ISBN 978-3-406-55917-4

Lobbyierst du noch oder berätst du schon?



■ Cocktail-Abende, halbseidene Wahrheiten, dubiose Geldtransfers – in Deutschland hat der Beruf des Lobbyisten etwas leicht Anrüchiges. Nicht so in Brüssel. Dort gehört der Lobby-

ist nicht nur zum alltäglichen Bild auf den Behördenfluren, was bei geschätzten 15.000–20.000 hauptamtlichen Lobbyisten kein Wunder ist, er ist auch ein etablierter und wichtiger Teil des europäischen Politikprozesses. Denn die MitarbeiterInnen der EU-Kommission und die Abgeordneten des Parlaments sind auf Stellungnahmen, Briefe und persönliche Mitteilungen angewiesen, die sie von den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und aus den verschiedenen Ländern erhalten. Die Kunst ist lediglich, diese Informationen

richtig einzuordnen. Dann ist es auch kein Problem, dass deutlich mehr als 90 Prozent der Lobbyisten wirtschaftliche Interessen vertreten – so zumindest die Theorie.

Den Blick auf die Praxis wagen Steffen Dagger und Michael Kambeck in ihrem Sammelband, in dessen Titel sie beziehungsweise den Begriff Politikberatung dem Begriff Lobbying voranstellen. Zwar gibt das Buch auf die Frage, wann Beratung aufhört und wann Lobbying anfängt, auch keine abschließende Antwort. Doch eine Reihe von Hinweisen erhält der Leser durchaus. So vergleicht etwa Silvana Koch-Mehrin die Brüsseler mit der Berliner Szene und denkt über den „Glamour-Effekt“ nach. Jochen Grünhage gewährt Einblicke in das wohl undurchsichtigste Gremium der EU, den Ausschuss der Ständigen Vertreter. Und Hajo Friedrich äußert einige kritische Gedanken über die Rolle seiner eigenen Zunft, der Medien. Viel ist die Rede von Loyalitäten, Lösungsorientierung und Spezialistentum, mal sehr abstrakt, dann wieder anhand konkreter Beispiele aus den letzten Jahren. Viele Artikel sind erfreulich offen und geben tatsächlich interessante Einblicke, andere scheinen eher gefangen in der Kommunikationsstrategie ihrer Produzenten. Dabei ist das Spektrum der AutorInnen so breit wie die Brüsseler Politikszene: aktive und ehemalige MitarbeiterInnen des Apparates, Parlamentarier, Umwelt- und Sozialaktivisten, Wissenschaftlerinnen, Journalisten und Vertreter der Mitgliedstaaten blicken aus ihrer jeweiligen Sicht auf den Brüsseler Lobbydschongel.

Dementsprechend leidet das Buch auch unter dem typischen Charme eines Sammelbandes – diversen Wiederholungen, qualitativ unterschiedlichen Beiträgen und der enormen Bandbreite von individuellen Erfahrungsberichten bis hin zu faktenorientierten Sachdarstellungen. Die große Bandbreite unterschiedlicher Sichtweisen nimmt man aber eher als Gewinn denn als Last wahr. Und dass die Herausgeber die Texte nach drei zentralen Perspektiven gegliedert haben, dient als ordnendes Element.

Fazit: Wer ein Gefühl dafür bekommen möchte, wie die politische Entscheidungen

in Brüssel wirklich fallen, dem sei die Lektüre wärmstens ans Herz gelegt.

[Markus Steigenberger]

- ▶ Dagger, S.; Kambeck, M. (Hrsg.): Politikberatung und Lobbying in Brüssel. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007, 272 S., 24,90 €, ISBN 978-3-531-15388-9

Ohne Moos was los?

■ Das leidige Thema Geld macht kleinen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) häufig zu schaffen. An Ideen mangelt es nicht, nur die finanziellen Grundlagen fehlen. Michael Zschiesche vom Unabhängigen Institut für Umweltfragen beschäftigt sich in seinem Handbuch „Ohne Moos was los?“ mit Fragen von Fundraising und Organisationsentwicklung besonders in kleineren Umweltorganisationen. Kleinere NGOs haben häufig kein Startkapital, das sie für die Einwerbung weiterer Finanzen einsetzen könnten. Und so münden die beschriebenen Praxiserfahrungen in Vorschläge, die mit nicht allzu großem finanziellem Aufwand umsetzbar sind. Da ein „ernsthafte Fundraising immer Veränderung bedeutet“, werden auch Konzeptgerüste mitgeliefert, wie der Anfang dieser Veränderung – beispielsweise eine Tagesklausur zum Thema Fundraising – aussehen kann. Checklisten, typische „NGO-Fallen“ wie mangelnde Konfliktfähigkeit oder schwache Führung, aber auch die Warnung davor, sich selbst nur als „Unternehmen“ zu sehen, finden sich ebenfalls in dem gut 140 Seiten starken Handbuch. Zwar oft speziell auf die Situation in ostdeutschen Vereinen bezogen, lassen sich die Beispiele und Ratschläge dennoch auf andere Organisationen übertragen. Ein Buch aus der Innensicht kleinerer Verbände, das den Finger auf offene Wunden legt und gleichzeitig praktische Lösungsvorschläge parat hält.

[Juliane Grüning]

- ▶ Zschiesche, M.: Ohne Moos was los? Fundraising und Organisationsentwicklung am Beispiel kleinerer Umwelt-NGOs. Unabhängiges Institut für Umweltfragen, Berlin 2007, 143 S., 12,- €, ISBN 978-3-935563-15-4

INTERNET

Klimafolgen im Überblick

■ Eine neue Internetseite der Working Group on Climate Change and Development bietet eine Übersicht zu regionalen Klimaberichten. Das aus Umwelt- und Entwicklungsorganisationen bestehende Netzwerk „Up in the smoke“ hat bereits den fünften Bericht über die Auswirkungen des Klimawandels veröffentlicht. Nachdem bisher Afrika und Lateinamerika im Blickpunkt standen, handelt der fünfte Report von den Klimafolgen in Asien und der Pazifikregion. [io]

► www.upin smokecoalition.org

Newsletter zu Klimafolgen und Anpassung

■ Das Kompetenzzentrum Klimafolgen und Anpassung (KomPass) beim Umweltbundesamt informiert etwa vierteljährlich über Entwicklungen, Projekte und Initiativen im Bereich der deutschen Anpassungsstrategie. Auch soll generell über den Klimawandel und die Folgen sowie die Anpassung an Klimaänderungen weltweit berichtet werden. [io]

► www.anpassung.net/newsletter

Klimalügen unter der Lupe

■ Der „Klima-Lügendetektor“ nimmt seit Kurzem PR-Strategien unter die Lupe, bei denen behauptet wird, dass sich die UrheberInnen für den Klimaschutz einsetzen. Zeitungsanzeigen, Politikerreden oder Lobbyisten-Statements werden auf ihren Wahrheitsgehalt geprüft – und gegebenenfalls richtiggestellt oder um verschwiegene Informationen ergänzt. Getragen wird das Projekt vom Greenpeace Magazin und von wir-klimaretter.de, einem unabhängigen Internetportal zum Klimaschutz. Bei der Entlarvung von Klimalügnern setzen die Initiatoren auch auf die Unterstützung durch ihre LeserInnen. [jg]

► www.klima-luegendetektor.de

Netz europäischer Umweltagenturen

■ Die Europäische Umweltagentur (EPA) will mit einer neuen Internetseite die Zusammenarbeit im Netzwerk der verschiedenen europäischen Umweltagenturen und vergleichbaren Institutionen untereinander verstärken. Neben aktuellen Neuigkeiten aus den jeweiligen Ämtern oder Agenturen gibt es auch Berichte und Erklärungen zu Konferenzen. [io]

► <http://epanet.ew.eea.europa.eu>

REACH-Informationsportal

■ Über das Informationsportal des Umweltbundesamtes (UBA) zur EU-Chemikalienverordnung REACH können sich BesucherInnen einen detaillierten Überblick über die Gesetzeslage verschaffen. Neben einem Online-Lernprogramm, das mit vertonten Präsentationen über die Verordnung aufklärt, findet man auch den vollständigen Gesetzestext und Angaben zu aktuellen Ereignissen und Veranstaltungen im Bereich REACH. Die UBA-Seite verweist auch auf die Seiten der zuständigen Behörden, etwa des Bundesinstituts für Risikobewertung und des REACH-Helpdesk, das VerbraucherInnen als nationale Auskunftsstelle zur Verordnung dienen soll. [io]

► www.reach-info.de

„Nachhaltige“ Studiengänge

■ Die Freie Universität Berlin hat im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung einen Leitfaden entwickelt, der über Studienangebote im Bereich Nachhaltigkeit informiert. Über 300 Master- sowie Bachelorstudiengänge mit unterschiedlichen Schwerpunkten in der ganzen Bundesrepublik werden präsentiert. Die zum Leitfaden gehörende Homepage ermöglicht mit ihrer Suchfunktion ein einfaches und praktisches Auffinden. Auch Forschungseinrichtungen sind aufgelistet und können zum Beispiel nach dem Ortsnamen sortiert werden. [io]

► www.leitfaden-nachhaltigkeit.de

Nachhaltigkeitsforschung

■ Ein von der EU-Kommission betriebenes Portal bietet Informationen zu den europäischen Forschungsanstrengungen zur nachhaltigen Entwicklung. Auf der Webseite findet man Dokumente und Veröffentlichungen zum Thema sowie Informationen zu Initiativen, Projekten und Terminen. Ein großer Bereich ist dem Siebten Forschungsrahmenprogramm gewidmet. [io]

► www.ec.europa.eu/research/sd

Stand der UN-Millenniumsziele

■ Die Vereinten Nationen haben zusammen mit den Betreibern der Internetsuchmaschine Google und dem Netzwerkausrüster Cisco eine Internetseite entwickelt, die über den neuesten Stand der UN-Millenniumsziele Bericht erstatten soll. Sie richtet sich an Politiker und Journalistinnen genauso wie an Studierende und andere Interessierte. BesucherInnen der Seite erhalten hier Informationen über die neuesten Entwicklungen in den einzelnen Staaten, zu denen es überdies eine steckbriefartige Beschreibung gibt. Darüber hinaus bieten interaktive Weltkarten einen Überblick zur Umsetzung einiger Millenniumsziele. So kann man beispielsweise die jeweilige Quote der unterernährten Kinder unter fünf Jahren vergleichen. Auch der Prozentsatz der Frauen in Parlamenten ist angegeben. Die Webseite ist in englischer Sprache gehalten. [io]

► www.mdgmonitor.org

Konsumismus ist kein Schicksal

■ Woher kommen eigentlich die vielen Dinge im Supermarkt? Und was passiert damit, wenn sie gekauft, benutzt und weggeworfen werden? In „The story of stuff“ zeigt US-Ökoaktivistin Annie Leonard den ganzen Kreislauf vom Rohstoff bis zum Müll. Mit der 20-Minuten-Animation von Free Range Studios (Meatrix, StoreWars) macht auch Englisch lernen Spaß. [mb]

► www.storyofstuff.com

NEU ERSCHEINEN

- AgrarBündnis e.V. (Hrsg.): **Der kritische Agrarbericht 2008. Landwirtschaft als Energieproduzent.** Abl., Hamm 2008, 304 S., 19,80 €, ISBN 978-3-930413-33-1
- Ahlhorn, F. et al. (Hrsg.): **Zukunfts-Bilder. Die niedersächsische Küste im Jahr 2050.** Isensee, Oldenburg 2007, 48 S., 9,80 €, ISBN 978-3-89995-476-0
- Amelung, N.; Mayer-Scholl, B.; Schäfer, M.; Weber, J. (Hrsg.): **Einstieg in Nachhaltige Entwicklung.** Peter Lang, Frankfurt am Main 2008, 289 S., 39,- €, ISBN 978-3-631-54436-5
- Barth, M.: **Gestaltungskompetenz durch Neue Medien? Die Rolle des Lernens mit Neuen Medien in der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung.** Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2007, 240 S., 39,- €, ISBN 978-3-8305-1483-1
- Brandt, A.; Bothmer W.v., Mangels, C.: **Garten-Netze Deutschland. Entwicklung – Vernetzung – Vermarktung historischer Gärten.** Hinstorff, Rostock 2007, 103 S., 19,90 €, ISBN 978-3-356-01221-7
- Brune, W.: **Weltsicht nach vorn. Eine ökonomische Sicht auf die Entwicklung der Welt – vom Boden der Physik.** VWBL, Leipzig 2008, 268 S., 17,95 €, ISBN 978-3-937350-18-9
- DNR (Hrsg.): **„Business and Biodiversity“. Artenschutz durch Wirtschaftsunternehmen zwischen Grünfärberei und Glaubwürdigkeit.** Berlin 2007, 28 S., kostenlos. Download (PDF): www.eu-koordination.de/?page=52
- Erdmann, K.-H.; Schell, C.: **Natur zwischen Wandel und Veränderung. Ursache, Wirkungen, Konsequenzen.** Springer, Berlin 2008, 233 S., 49,95 €, ISBN 978-3-540-41126-0
- EU-Kommission (Hrsg.): **Neue Fonds, bessere Regeln. Übersicht der neuen Finanzregeln und Fördermittel-Möglichkeiten für den Zeitraum 2007–2013.** Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg 2007, ISBN 978-92-79-05619-2
- Grimm, H. U.: **Katzen würden Mäuse kaufen. Schwarzbuch Tierfutter.** Paul Zsolnay, Wien 2007, 208 S., 17,90 €, ISBN 978-3-552-06049-4
- Hees, W.; Müller, O.; Schüth, M.: **Volle Tanks – leere Teller. Der Preis für Agrokraftstoffe: Hunger, Vertreibung, Umweltzerstörung.** Lambertus, Freiburg 2007, 192 S., 25,- €, ISBN 978-3-7841-1791-1
- Hoering U.: **Agrar-Kolonialismus in Afrika. Eine andere Landwirtschaft ist möglich.** VSA-Verlag Hamburg 2007, 164 S., 12,80 €, ISBN 978-3-89965-248-2
- Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (Hrsg.): **Biogaserzeugung im ökologischen Landbau. Ergebnisse des KTBL-Fachgesprächs am 5. und 6. April 2006.** Darmstadt 2007, 56 S., 9,50 €, ISBN 978-3-939371-32-8
- Le Monde Diplomatique (Hrsg.): **Atlas der Globalisierung speziell – Klima.** 96 S., 2008, 10,- €, ISBN 978-3-937683-16-4
- Limberg, A.: **Das Plankton-Manifest. Wie ein neuer Rohstoff die Welt verändern wird.** Edition Zaunkönig, Hamburg 2007, 176 S., 16,90 €, ISBN 978-3-00-023243-5
- Ott, H. E.; Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): **Wege aus der Klimafalle.** oekom, München 2008, 232 S., 19,90 €, ISBN 978-3-86581-088-5
- Pearce, F.: **Die Erde früher und heute. Bilder eines dramatischen Wandels.** Fackelträger, Köln 2008, 290 S., 39,95 €, ISBN 978-3-7716-4349-2
- Pomrehn, W.: **Heiße Zeiten. Wie der Klimawandel gestoppt werden kann.** Papyrossa, Köln 2007, 236 S., 16,90 €, ISBN 978-3-89438-371-8
- Walk, H.: **Partizipative Governance. Beteiligungsformen und Beteiligungsrechte im Mehrebenensystem der Klimapolitik.** VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007, 39,90 €, ISBN 978-3-531-15524-1
- Winiwarter, V.; Knoll, M.: **Umweltgeschichte. Eine Einführung.** UTB, Köln 2007, 368 S., 17,90 €, ISBN 978-3-8252-2521-6

Impressum

umwelt aktuell März 2008
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V., Am Michaelshof 8–10, D-53177 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstraße 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 544184-0, Fax -49, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Gesellschafter und Anteile: Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich (Deutschland, verantwortl.), Markus Steigenberger (Europa und Internationales, verantwortl.), Adressen siehe Redaktion

Redaktion: Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Markus Steigenberger [ms], Marion Busch [mbu], Bjela Vossen [bv]

Kontakt: umwelt aktuell, Marienstraße 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81, Fax -80, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.dnr.de/publikationen

Redaktionelle Mitarbeit: Isabel Oettinger [io], Tim Treibmann [tt]

Grafik/DTP: Matthias Bauer, Juliane Grüning

Anzeigen: oekom verlag, Stefanie Gritsch, Tel. +49 (0)89 / 544184-25, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Druck: Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang

Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos:

Rhenus Medien Logistik, Landsberg, Tel. +49 (0)8191 / 97000-378, Fax -103, E-Mail: oekom@de.rhenus.de

Titelfoto: Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Dieser Ausgabe liegt ein Werbebeileger des BUND bei.



TERMINE

MÄRZ

06.03., Berlin (D)

Europäische Agrarpolitik fair gestalten. Tagung

- Brot für die Welt, Stuttgart,

Tel. +49 (0)711 / 2159-741, Fax -8741, E-Mail: ernaehrung@brot-fuer-die-welt.de, www.abl-ev.de

11.–14.03., Berlin (D)

7. Internationale Konferenz Solarenergie in Architektur und Stadtplanung

- Eurosolar, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 36-2373, Fax -1279, E-Mail: info@eurosolar.org, www.eurosolar.de

20.–22.03., Dresden (D)

Demografischer Wandel – Verkehrsrückgang als Chance. Kongress

- Umkehr e.V., Stefan Lieb, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 4927-473, Fax -972, E-Mail: info@umkehr.de, www.umkehr.de

28.–30.03., Tutzing (D)

Psychologie der Nachhaltigkeit. Tagung

- Evangelische Akademie Tutzing, Susanna Satzger, Tel. +49 (0)8158 / 251126, Fax +49 (0)8158 / 996426, E-Mail: satzger@ev-akademie-tutzing.de, www.ev-akademie-tutzing.de

APRIL

02.–04.04. Essen (D)

Wasser- und Abfallwirtschaft im Zeichen des Klimawandels. Tagung

- Lehrstuhl für Siedlungswasserwirtschaft und Siedlungsabfallwirtschaft der RWTH Aachen, Dr. Verena Kölling, Tel. +49 (0)241 / 80-25214, Fax -22970, E-Mail: et@isa.rwth-aachen.de, www.essenertagung.de

03./04.04., Dresden (D)

MeetBike. World European Conference on Bicycle Transport & Networking. Konferenz

- TU Dresden, Marzena Schöne, Tel. +49 (0)351 / 46334126, E-Mail: contact@meetbike.org, www.meetbike.org

07./08.04., Kaiserlautern (D)

Deutscher Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten

- Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Dipl.-Ing.

Cornelia Rösler, Köln, Tel. +49 (0)221 / 340308-18, Fax -28, E-Mail: roesler@difu.de, www.difu.de/seminare/seminarliste

09.04., Bonn (D)

Biologische Globalisierung durch invasive Arten? Die Situation in Deutschland und der Bezug zur 9. UN-Konferenz über die biologische Vielfalt 2008 in Bonn. Workshop

- DNR/Forum Umwelt & Entwicklung, Tel. +49 (0)228 / 92399353, Fax +49 (0)228 / 359096, E-Mail: bettina.lange@dnr.de, www.biodiv-network.de

10./11.04., Ebrach/Steigerwald (D)

Naturerbe Buchenwälder. Tagung

- Bund Naturschutz in Bayern, Ursula Erlwein-Blassl, Tel. +49 (0) 911 / 8187821, Fax 969568, E-Mail: ursula.erlwein-blassl@bund-naturschutz.de, www.dnr.de/termine

16.–18.04., Darmstadt (D)

Ökologisch verträglicher Schutz vor Hochwasserschäden. Planung, Bewertung und Kommunikation. Internationale Fachkonferenz

- nofdp, TU Darmstadt, Axel Winterscheid, Tel. +49 (0)6151 / 162043, Fax 163243, E-Mail: winterscheid@ihwb.tu-darmstadt.de, www.nofdp.net

17./18.04., Leipzig (D)

Auf dem Weg zu einem Umweltgesetzbuch nach der Föderalismusreform. Tagung

- Universität Leipzig, Katja Rath, Tel. +49 (0)341 / 235-1693, Fax -1836, E-Mail: katja.rath@ufz.de, www.ufz.de/ugb-tagung

18.–20.04., Wartburg bei Eisenach/Thür. (D)

Tag der Regionen 2008. Klimaschutz durch kurze Wege

- Tag der Regionen, Brigitte Hilcher, Borgentreich, Tel. +49 (0)5643 / 948-537, Fax -803, E-Mail: bund-nord@tag-der-regionen.de, www.tag-der-regionen.de

24.–26.04., Berlin (D)

Qualifizierung von Ehrenamts- und FreiwilligenkoordinatorInnen. Seminarprojekt

- Naturschutzbund, Ralf Schulte, Tel. +49 (0)30 / 284984-1131, Fax -3131, E-Mail: ralf.schulte@nabu.de, www.mitarbeit.de

Weitere Termine: www.dnr.de/terminlinks

Nachhaltigkeit

A-Z

**B wie Bäume der Erkenntnis**

In einer globalisierten Welt, in der sich die Wirtschaftswege immer mehr vernetzen, kann es schnell passieren, dass eine Schwarzwaldtanne als japanischer Sushi-Untersetzer endet oder man auf dem heiligen Baum der Mayas sein Gemüse hackt. In diesem Arbeitsbuch erzählen Eiche, Teak und Kokospalme von ihrer Reise um den Globus. Eine Fundgrube für Lehrerinnen, Umweltbildner und alle Baumfans.

K. Geißler, M. Hirschmann
Mit 18 Bäumen um die Welt

Ein Arbeitsbuch für Umweltbildung und Globales Lernen
oekom verlag, München 2007, 112 Seiten
34,80 EUR, ISBN 978-3-86581-066-3

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
Fax +49/(0)81 91/970 00-405

oekom
verlag

Die guten Seiten der Zukunft

Qualitätssicherung

Schweiz bewertet Umweltbildung

Qualitätssicherung und -entwicklung sind auch in der Schweizer Natur- und Umweltbildung keine Fremdworte. Welche Chancen und Probleme damit verbunden sind, diskutierten Fachleute im Januar auf einer Tagung in Wädenswil bei Zürich.

□ Qualitätsentwicklung wird auch in der Umweltbildung immer wichtiger. Sie trägt dazu bei, dass Lernziele erreicht werden und Angebote langfristig marktfähig bleiben. Doch die vorhandenen Instrumente sind komplex und facettenreich, ebenso die Wege zu ihrer Umsetzung. Das zeigte die Tagung „Qualitätsentwicklung in der Natur- und Umweltbildung“ in Wädenswil im Kanton Zürich, organisiert von der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), der Stiftung Silviva für Umweltbildung und Wald und der Stiftung Umweltbildung Schweiz (SUB).

Rolf Jucker, Mitglied der Geschäftslei-

tung der SUB, begründete auf der Tagung den hohen Stellenwert von Qualitätssicherung (QS) und Qualitätsentwicklung (QE) in der Natur- und Umweltbildung mit der Notwendigkeit, einerseits den NutzerInnen von Umweltbildungsangeboten eine gewisse Sicherheit über deren Qualität zu vermitteln und andererseits die anbietenden Organisationen zu Verbesserungen anzuregen. Dabei sei ein Gespräch oft hilfreicher als eine große Fragebogenaktion. Die Erfahrungen hätten gezeigt, dass die in Schulen eingesetzten Methoden oft nur wenig zur Verbesserung des Unterrichts beigetragen hätten, so Jucker.

Lieber Weiterbildung als externe Kontrolle

Was in der Natur- und Umweltbildung unter Qualität eigentlich zu verstehen ist, zeigte Bruno Scheidegger von der ZHAW auf. Besonders wichtig seien eine hohe Kundenzufriedenheit, die Wirtschaftlichkeit des Angebots, zielgruppenspezifische Bildungsziele sowie realistische Zielsetzungen, die regelmäßig überprüft und angepasst werden.

Scheideggers Kollegin Sandra Wilhelm präsentierte die Ergebnisse einer im Auftrag der SUB erarbeiteten Studie über die Umsetzung von QS und QE in außerschulischen Lernorten in der Schweiz. Sie hatte mit Leitfadenterviews VertreterInnen von 15 Bildungseinrichtungen befragt. Dabei fand sie heraus, dass mit zunehmender Größe der Organisation sich die Instrumente von informellen Befragungen (Feedback) über den Einsatz von Fragebögen hin zu eigentlichen QE-Prozessen bewegen. Wilhelm stellte einen Bedarf an Professionalisierung fest, der allerdings zu keiner wesentlichen Mehrbelastung führen dürfe. Als geeignete Maßnahmen zur Weiterentwicklung nannte sie Kriterienkataloge, Weiterbildung, partnerschaftlich

getragene Netzwerke und Coaching. Nicht gewünscht hingegen sei eine externe Kontrolle. Auch gegenüber einer Zertifizierung herrsche große Skepsis.

Vorgestellt wurden auf der Tagung auch Praxisbeispiele außerschulischer Lernorte. Im Naturlehrgebiet Ettiswil im Kanton Luzern wird zum Beispiel großer Wert auf die individuelle Vorbereitung jeder einzelnen Exkursion gelegt. Die Reaktionen der Teilnehmenden werden für die Nachbereitung dokumentiert. Gleiches tut auch die Rucksackschule im Kanton Zürich. Hier kann das Feedback der Teilnehmenden sogar zur Anpassung des Kurskonzeptes führen. In der Wildparkschule Langenberg bei Zürich finden regelmäßige Beratungen und Intervisionen statt, wobei die Erlebnisse einzelner Mitarbeiter als Fallbeispiele von der Gruppe besprochen werden.

Checkliste zur Qualitätsentwicklung

Barbara Sintzel von der Stiftung Silviva stellte ein im Auftrag des Bundesamtes für Umwelt (Bafu) erarbeitetes Instrument zur Qualitätsentwicklung vor. Eine Checkliste nennt sechs Hauptbereiche: Institution, Entwicklung und Grobplanung, Feinplanung, Durchführung, Beurteilung, Reflexion, Weiterentwicklung. Die Liste umfasst 35 Teilbereiche, die Aussagen über die Qualität von Organisationen ermöglichen. Das Instrument eignet sich laut Sintzel zur Erstellung einer Ist-Analyse und hilft den Qualitätsentwicklungsprozess zu strukturieren und zu planen. Die Liste soll aufgrund von Erfahrungen und Rückmeldungen weiterentwickelt werden.

Als Prozessbeobachter nahm Peter Lehmann von der Stiftung Sanu teil. Seine Thesen sorgten für lebhaft Diskussionen. Lehmann zufolge findet bei vielen Schweizer Einrichtungen derzeit ein Prozess des Umdenkens statt: weg vom besserwisserischen Appell umweltbewusster zu leben, hin zum kundenorientierten Marketing.

Weitere Schritte

Der Schweizer Interessenverband für Erleben und Bildung in der Natur will Anfang März auf seiner Generalversammlung ein offenes Forum zum Thema Qualitätsentwicklung durchführen und dabei die

Die Stiftung SUB

Die Stiftung Umweltbildung Schweiz (SUB) wurde von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie Organisationen der Bildung und des Umweltschutzes gegründet, um die Umweltbildung in der Schweiz und in Liechtenstein zu fördern, auszubauen und in den vorhandenen Strukturen zu verankern. Darüber hinaus soll die Stiftung die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren, mit dem Ausland und mit verwandten Gebieten verstärken, neue Ansätze entwickeln und den Zugang zu den Ressourcen erleichtern.

Auf ihrem Internetportal präsentiert die SUB eine Gesamtsicht der Akteure, Angebote und Informationen zur Umweltbildung in der Schweiz. Die Seiten enthalten auch Nachrichten, Informationen zur Aus- und Weiterbildung von LehrerInnen sowie eine umfangreiche Linksammlung auch zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE).

www.umweltbildung.ch

Ergebnisse der Tagung nutzen. Für den Herbst ist eine weitere Tagung geplant. Parallel dazu will die Stiftung SUB mit VertreterInnen des staatlichen Bildungssystems sowie des Interessenverbandes qualitative Kriterien für außerschulische Angebote erarbeiten. Angebote, die diese Kriterien erfüllen, sollen dann in der Datenbank „Institutionen und Angebote“ im Internet entsprechend gekennzeichnet werden. **[Christoph Frommherz]**

- ▷ Stiftung Umweltbildung Schweiz (SUB), Zofingen, Tel. +41 (0)62 / 7468120, E-Mail: zofingen@sub-fee.ch, www.umweltbildung.ch
- ▷ www.silviva.ch
- ▷ www.sanu.ch

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU Hamburg startet Mazedonienprojekt

□ Das kleine Balkanland Mazedonien ist seit Jahrtausenden ein Schmelztiegel der Kulturen und daher auch ein Zentrum großer Artenvielfalt in Europa. Mit ihrem im März gestarteten Projekt „Learning partnership – von Region zu Region“ will die ANU Hamburg den fachlichen Austausch zwischen UmweltpädagogInnen aus beiden Ländern fördern und neue Bildungsprojekte zu Nachhaltigkeit und biologischer Vielfalt anstoßen. Im Mai wird zunächst eine Besuchergruppe vom Balkan verschiedene Umweltbildungseinrichtungen in der Hansestadt besuchen. Im Oktober findet der Gegenbesuch einer Hamburger Gruppe statt.

- ▷ ANU Hamburg, Projektleiterin Heike Markus-Michalczyk, Tel. +49 (0)40 / 7121510, E-Mail: markus-michalczyk@naturundumwelt.info, www.naturundumwelt.info

Umweltakademie Schleswig-Holstein mit neuer Adresse

□ Zum Jahreswechsel ist die Akademie für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein von Neumünster nach Flintbek bei Kiel umgezogen. Zugleich führte sie ein

neues Logo ein und gab ihrer Internetseite ein neues Gesicht. Highlight des gerade erschienenen Jahresprogramms ist unter dem Motto „Natürlich wild!“ eine Exkursion im Mai nach Ostpolen. „Kochen wie Ötzi“, „Prima Klima in der Biosphäre“ und „Welt entdecken – Zusammenhänge begreifen“ sind nur drei von vielen Angeboten, die sich in erster Linie an Lehrkräfte, ErzieherInnen und Weiterbildner an den außerschulischen Lernorten richten.

- ▷ Akademie für Natur und Umwelt, Hamburger Chaussee 25, 24220 Flintbek, Tel. +49 (0)4347 / 704780, E-Mail: info@afnu.landsh.de, www.afnu.schleswig-holstein.de

Hamburger Umweltzentrum wird Erlebnispark

□ Die Stadt Hamburg baut das Umweltzentrum Karlshöhe zu einem attraktiven Besucherzentrum mit gesamtstädtischer Bedeutung aus. Rund 4,6 Millionen Euro stehen für die Modernisierung des ehemaligen Stallgebäudes zur Verfügung, weitere 0,9 Millionen Euro steuert die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) für eine Erlebnisausstellung bei. Themenschwerpunkte sind Natur, Energie und Klimaschutz. In Zukunft können Kinder und Familien sowohl in der Ausstellung als auch im Außengelände erleben, wie es die Natur schafft, Energie einzusparen und nachhaltig mit den Ressourcen umzugehen. Damit sind die neun Hektar Restflächen des ehemaligen Staatsguts für die Natur- und Umweltbildung auf Dauer gesichert. Die ANU Hamburg hat den Prozess begleitet und wirkt auch bei der weiteren Gestaltung mit.

- ▷ www.hamburger-umweltzentrum.de

LBV-Station in Bayreuth zeigt Strategien zur milieuspezifischen Umweltbildung

□ Das Projekt „Regenbogen – soziale Integration neuer Zielgruppen in die Umweltbildung“ ist im November 2007 als offizielles UN-Dekade-Projekt ausgezeichnet worden. An dem Projekt der LBV-Umweltstation Lindenhof in Bayreuth waren

1.100 Teilnehmer aus gesellschaftlichen Randgruppen (Langzeitarbeitslose, Migranten, verhaltensoriginäre Kinder, psychisch Erkrankte) beteiligt. Ziel war die Erarbeitung von Umweltbildungsangeboten für Menschen, die sozial benachteiligt oder ins gesellschaftliche Abseits geraten sind. Dazu wurden auch Wege der aufsuchenden Umweltbildung in sozialen Brennpunkten erstmals eröffnet. Eine ausführliche Dokumentation von Thomas Kappauf kann gegen 5 Euro angefordert werden.

- ▷ www.lbv-lindenhof.de

Rucksackschule im Naturpark Thüringer Wald

□ Wer auf einer Wanderung entlang eines gedachten oder tatsächlich vorhandenen Lehrpfades oder eines gewöhnlichen Wanderweges im Thüringer Wald die Natur besonders intensiv erleben möchte, kann das Umweltbildungsangebot „Rucksackschule“ buchen. Dann bekommt er oder sie einen Rucksack mit Arbeitsblättern, Aufgabenstellungen, Arbeitsgeräten und Nachschlagewerken, die beim Entdecken und Bestimmen von Pflanzen, Tieren oder Gesteinen helfen. Allein oder mit Betreuer geht es dann hinaus. Mitgegeben wird auch spezielles Kartenmaterial, in dem Wegeverlauf und Stationen eingezeichnet sind.

- ▷ www.sei-gmbh.com (Thüringer Wald – Lehrerdiallog – Umweltbildung)

SCHWERPUNKT: UMWELTBILDUNG INTERNATIONAL

Europäische Umweltbildungskonferenz

□ Vom 6. bis 9. März findet in der maltesischen Hauptstadt Valletta die 10. Konferenz für Umweltbildung in Europa (CEEE) statt. Zu der Konferenz mit dem Titel „Thinking and acting outside the box“ werden wie immer Umweltbildungsakteure aus nationalen und lokalen Regierungen, Universitäten und NGOs eingeladen. Veranstalter sind die European Foundation for Education and Sustainable Development (ESD-Net) und die Universität von Malta.

Inhaltliche Schwerpunkte sind nachhaltige Entwicklung, Klimawandel, Biodiversität und Armutsbekämpfung. Außerdem werden die Aktivitäten der neu gegründeten Stiftung European ESD-Net vorgestellt.

▷ www.european-esd.net

EU-Bildungsprogramme aus einer Hand

□ Die bisherigen EU-Bildungsprogramme Comenius (Schulbildung), Erasmus (Hochschulbildung), Leonardo da Vinci (berufliche Aus- und Weiterbildung) und Grundtvig (Erwachsenenbildung) sind 2007 in dem „Programm für lebenslanges Lernen 2007–2013“ zusammengefasst worden. In diesem Zeitraum werden mit einem Budget von fast sieben Milliarden Euro die allgemeine und berufliche Bildung, der Austausch von Lehrenden und Lernenden aller Altersstufen, die Zusammenarbeit der Bildungseinrichtungen und das Entstehen eines gemeinsamen europäischen Hochschulraums gefördert.

▷ Programm 2007–2013(PDF, 24 S., 2 MB): www.ec.europa.eu/deutschland/pdf/eu_nachrichten/eu-themenheft-20-web.pdf

BNE in den EU-Bildungsprogrammen

□ Anne Busch vom Institut für Umweltkommunikation an der Universität Lüneburg hat eine „Bestandsaufnahme zum Stellenwert der Bildung für nachhaltige Entwicklung in den EU-Bildungsprogrammen“ vorgenommen. In der Studie untersuchte sie, in welchem Umfang Projekte zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) dort gefördert wurden. Zwar ließen sich in allen untersuchten EU-Programmen Best-Practice-Beispiele für BNE finden. Doch im Vergleich zum Gesamtvolumen ist der Anteil der Projekte eher gering. Eine Schwierigkeit für die Bestandsaufnahme war die unsystematische Projektdokumentation, denn bislang gibt es keine gemeinsame Datenbank, die eine Suche nach thematischen oder inhaltlichen Schwerpunkten erlaubt.

▷ www.kurzlink.de/comenius-bne

Europapolitik verstehen

□ Die Naturfreundejugend Deutschlands hat gemeinsam mit dem Deutschen Bundesjugendring eine Broschüre mit dem Titel „Europasprech“ erarbeitet. Kernstück ist ein Glossar, das Fachbegriffe der Europäischen Union, der europäischen Jugendpolitik und der Europapolitik erläutert. Weitere Informationen dazu finden sich auch auf einer eigenen Internetseite.

▷ www.europasprech.de

Bildungslandkarte Österreich

□ Wer wissen will, wer sich wo in Österreich für Umweltbildung und BNE engagiert, findet alles Wesentliche auf dieser Karte im Internet. Derzeit sind fast 200 Organisationen und Schulen eingetragen, dazu rund 100 Projekte und über 400 Hinweise auf Materialien und Workshops. Darüber hinaus können unter der Bezeichnung „Bildungswellen“ viele Institutionen, Akteure und Projekte auch akustisch als Podcast (Internet-Hördatei) abgerufen und sogar abonniert werden. Für Interessierte gibt es Anleitungen zum Erstellen eigener Podcast-Beiträge.

▷ www.umweltbildung.at (Bildungslandkarte)

Neues aus der Umweltbildung in der Schweiz

□ Die Dezemberausgabe des Rundbriefs umweltbildung.ch stellt die Bildungsarbeit im Biosphärenreservat Entlebuch bei Luzern vor, wo ein Bildungsforum die Aktivitäten der Biosphärenschule, Zentren und Lehrpfade koordiniert und Lernmaterialien für Schulen zur Verfügung stellt. Der Februar-Rundbrief ist dem Thema „Werte und Umweltbildung“ gewidmet. Neben einem Grundsatzartikel zur Ethik beleuchten Interviews mit den Umweltpädagogen Michael Kalff aus Deutschland und Mohamed Thaleb aus der Schweiz das Thema. Weitere Beiträge behandeln die Erd-Charta, interaktives Theater sowie BNE im Berufsbild von LehrerInnen.

▷ www.umweltbildung.ch (Produkte – InfoDienst – Rundbrief)

Pisa-Studie bestätigt deutschen Schülern hohe Umweltkompetenz

□ Deutsche SchülerInnen liegen nach einem im Dezember veröffentlichten Ergebnis der Pisa-Studie 2006 mit ihrer Umweltkompetenz weit über dem weltweiten Durchschnitt. Bei den im Test abgefragten Umweltthemen zeigten die Jugendlichen eine hervorragende technische und naturwissenschaftliche Problemlösungskompetenz. Umweltminister Sigmar Gabriel gratulierte.

▷ www.bmu.de/publikationen/bildungsservice/klimaschutz/doc/39312.php

Kids for Future

□ Eine japanische Webseite gibt Kindern und Jugendlichen Tipps in englischer Sprache, wie sie ihre eigene Zukunft mitgestalten können. Auf etwas textlastigen Seiten werden nachhaltige Ideen verbreitet, beispielsweise, dass eine Stadt auch ohne Autos funktioniert, man statt Produkten auch nur die Funktionen kaufen könnte und man naturbewusste Firmen bevorzugen sollte.

▷ www.kidsforfuture.net

World Habitat Society fördert Umweltbildung

□ Wissenschaftler und Studierende der Universität Paderborn haben den Verein World Habitat Society e.V. ins Leben gerufen, der sich weltweit für die Erhaltung natürlicher Ökosysteme sowie deren nachhaltige Nutzung einsetzt. Neben Naturschutzprojekten und Forschungsvorhaben stehen auch die Förderung von sanftem Tourismus, Naturerleben und Umweltbildung in Ostwestfalen-Lippe auf dem Programm. So hat der Verein zwei GPS-gestützte Erlebnispfade realisiert. Besucher können Natur und Kultur im Naturpark Eggegebirge und südlicher Teutoburger Wald mit Hilfe des satellitengestützten Orientierungssystems entdecken. Eine Broschüre und ein Newsletter stehen als Download im Internet bereit.

▷ www.world-habitat-society.org/de

Leverkusens Partnerstädte kooperieren bei der Umweltbildung

□ Im Rahmen eines trinationalen Projekts fördert die EU den Umweltaustausch zwischen der Stadt Leverkusen und ihren Partnerstädten Racibórz (Ratibor) in Polen und Villeneuve-d'Ascq in Frankreich. Geplant sind Lehrerfortbildungen zur Nutzung außerschulischer Lernorte wie dem NaturGut Ophoven sowie ein Austausch im Vorschulbereich und zwischen Schülergruppen.

▷ www.naturgut-ophoven.de

Afrika in Unesco-Schulen

□ Auf ihrer 41. Jahrestagung 2006 stellten die Unesco-Projekt-Schulen das Thema „Afrika – der vergessene Kontinent“ in den Mittelpunkt. Die wichtigsten Referate behandelten Politik, Wirtschaft, den sozialen Wandel und die afrikanische Kultur. Vorgestellt wurden auch Unterrichtsprojekte in Schulen. In dem weltweiten Schulnetzwerk der Unesco arbeiten rund 190 deutsche Schulen mit. Das komplette Heft „forum“ 1-2/2007 kann aus dem Internet heruntergeladen werden.

▷ www.ups-schulen.de/zeitschrift.php

Mit 18 Bäumen um die Welt

□ Katja Geißler und Markus Hirschmann nehmen uns mit auf eine Bildungsreise in Sachen Umwelt und Entwicklung. Sie führt uns ins Land des Baobab, des Mahagonibaumes oder der Eiche. Zu jeder Baumart werden Geschichte und Geschichten über Kultur und Wechselbeziehungen zwischen Mensch und Natur erzählt. Das Buch ist faktenreiches Lehr- und unterhaltsames Lesebuch zugleich und soll dazu anregen, über Bedeutung und Nutzung natürlicher Ressourcen nachzudenken. Eine beiliegende CD enthält zusätzliche Beschreibungen, Bestimmungshilfen, Aufgaben und Spielanleitungen.

▷ Geißler, K.; Hirschmann, M.: Mit 18 Bäumen um die Welt, oekom, München 2007, 128 S., CD-ROM, 34,80 €, ISBN 978-3-86581-066-3

WEITERBILDUNG

Natur- und Umweltfachfrau/-mann

□ Die Schweizer Bildungsstiftung Sanu bietet seit 18 Jahren einen Lehrgang vorwiegend für Nicht-AkademikerInnen mit Berufserfahrung und ehrenamtlichem Bezug zum Natur- und Umweltschutz an. Die Teilnehmenden erwerben dabei Kompetenzen, um verantwortliches Management von Firmen, Gemeinden, Städten und Verbänden zu übernehmen. Anmeldeabschluss ist der 31. März.

▷ www.umweltfachleute.ch
▷ www.sanu.ch

VERSCHIEDENES

Aktionstage zur UN-Dekade im September

□ Die Deutsche Unesco-Kommission hat nach Hamburg, Heidelberg und Neumarkt in der Oberpfalz auch Bonn als „Stadt der Weltdekade BNE“ ausgezeichnet. Gewürdigt wurden insbesondere die internationalen Aktivitäten zur BNE, beispielsweise die Biodiversitätskonferenz im Mai. Zugleich ruft die Unesco bundesweit auf, sich an den BNE-Aktionstagen vom 19. bis 28. September zu beteiligen. Ein Anmeldeformular findet sich im Internet, Meldefrist ist der 31. März.

▷ www.bne-portal.de

UMWELTBILDUNG-TERMINKALENDER

Weitere aktuelle Termine: www.umweltbildung.de. Stellen Sie Ihre Termine dort selbst kostenlos ein!

06.03.2008, Schwerin (D)

Der Letzte macht das Licht aus! Kann „Energiesparen“ spannend sein?

▷ www.anu-hamburg.de

06./07.03.2008, Schneverdingen/Nds. (D)

Projektmanagement für Bildungseinrichtungen

▷ www.nna.de

06./07.03.2008, Pullach (D)

Umweltbildung und Medienarbeit

▷ www.naturerlebniszentrum.org

06.–08.03.2008, Laufen/Bayern (D)

Tanz den Apokalypso?! – Gedanken zur Endzeitstimmung mit Musik und Exkursion

▷ www.anl.bayern.de

07.03.2008, Berlin (D)

Energiesparmesse für Schulen

▷ www.schule-energie-bildung.de

10.03.2008, Wien (A)

Treffpunkt Nachhaltigkeit: Methodenwerkstatt zur Bildung für nachhaltige Entwicklung

▷ www.umweltbildung.at

11.03.2008, Kiel (D)

Kooperation von Offenen Ganztagschulen mit außerschulischen Partnern

▷ www.afnu.schleswig-holstein.de

28.–30.03.2008, Annaberg/Sachsen (D)

Didaktisch-pädagogische Methoden für eine gelungene Naturführung. Deutsch-tschechische Seminarreihe

▷ www.gueg.eu

01./02.04.2008, Hankensbüttel/Nds. (D)

Angebotsoptimierung in Bildungseinrichtungen. Seminar

▷ <http://cms.otterzentrum.de>

02.04.2008, Wuppertal (D)

11. Waldpädagogisches Forum NRW: Globaler Wald- und Klimawandel

▷ www.nua.nrw.de

Impressum **ökopädNEWS**

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich),

jfs@oekopaednews.de;

Birgit Paulsen, Webmaster, netzwerk@anu.de

ANU-Bundesverband Deutschland e.V.,

Philipp-August-Schleißner-Weg 2, D-63452 Hanau,

Tel. +49 (0)6181 / 1804778, bundesverband@anu.de,

www.umweltbildung.de